

**Willy Klages**

**Teuflische Lügen  
und  
bittere Wahrheiten**

**Die systematische Zerstörung  
der  
deutschen Energieversorgung  
durch EU-Vorgaben,  
Klimawahn und Energiewende**

**Sonderheft Nr. 1**



# Die systematische Zerstörung der deutschen Energieversorgung durch EU-Vorgaben, Klimawahn und Energiewende

## Sonderheft Nr. 1

### Endzeit: Stromausfall in Deutschland

<b><u>Inhaltsverzeichnis</u></b>	<b>Seite</b>
Historische Entwicklung der deutschen Energieerzeugung	2-5
Der weltweit inszenierte Klimawahn und die Zerstörung der deutschen Nuklearindustrie	5-33
Die Energiewende	33-38
Windkraftwerke und Solaranlagen sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht grundlastfähig	38-47
Kürzung der Grundlaststromerzeugung von 80 % im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022	47-51
Schluß mit der destabilisierenden Energiewende und Wiedererrichtung einer stabilen deutschen Stromversorgung	51-66
Mögliche Ursachen für einen flächendeckenden Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes	66
Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes (Blackout)	66-79
Drohende Freisetzung von Radioaktivität	79-84
Gefährdung der Sicherheit, der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung sowie des Bestandes der Bundesrepublik Deutschland	84-89
Fragen und Antworten	89-94
Schlußbemerkungen	95-97
Hinweise für den Leser	98-99
Quellen- und Literaturnachweis	

#### **Historische Entwicklung der deutschen Energieerzeugung**

Die Wahrheit hat noch keinem geschadet - außer dem, der sie ausspricht.  
*Spottvers der 68er Bewegung*

#### **Gründung von staatlichen Stromversorgungsunternehmen**

Die Forderung nach rationeller Energieerzeugung bestimmte schon seit den 1920er Jahren jede deutsche Elektrizitätspolitik, denn der Strom sollte überall verfügbar sein und preisgünstig angeboten werden.

Die Geschichte der deutschen Energieerzeugung wurde entscheidend von den Holdinggesellschaften VIAG und VEBA geprägt, deren historische Wurzeln bis in die zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurückreichten.

Am 7. März 1923 gründete die deutsche Regierung in Berlin die "Vereinigte Industrie-Unternehmungen Aktiengesellschaft" (VIAG) als Holdinggesellschaft. Am 24. Oktober 1927 wurde

in Berlin die Preußische Elektrizitäts AG durch den Freistaat Preußen gegründet (Gesetz über die Zusammenfassung der elektrowirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen des preußischen Staates). 1929 gründete der Freistaat Preußen in Berlin die "Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks- Aktiengesellschaft"(VEBA) als Finanzholding.

Insbesondere deutsche Ingenieure des Münchner Siemens-Konzerns entwickelten in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die wesentlichen Grundlagen für den Aufbau einer flächendeckenden Stromversorgung. In allen Teilen Deutschlands ermöglichten später Staatsunternehmen in den städtischen Regionen und den ländlichen Gebieten den Aufbau einer flächendeckenden Stromversorgung um eine eventuelle Industrialisierung und Wohlstandsentwicklung sowie Chancengleichheit auch für das flache Land zu gewährleisten.

Der technische Fortschritt brachte über Jahrzehnte hinweg enorme Effizienzfortschritte hervor. Diese effiziente Energieumwandlung verbesserten unentwegt die Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit der Stromerzeugung. Benötigte man bis in die Nachkriegszeit in den ersten Kohlekraftwerken noch etwa 600 g Kohle pro erzeugter Kilowattstunde, benötigten die modernen Kohlekraftwerke später nur noch knapp die Hälfte dieser Kohlemenge. Die Effizienz der Transformatoren im Hoch- und Höchstspannungsnetz wurde in den vergangenen 50 Jahren sogar um ca. 70 % gesteigert.

Die rationelle Gestaltung der Elektrizitätswirtschaft ermöglichte nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur ein rasantes industrielles Wirtschaftswachstum, sondern sie förderte gleichzeitig das kulturelle und soziale Leben in der Bundesrepublik Deutschland. Die Energiewirtschaft stärkte nachweislich die Position der deutschen Volkswirtschaft und bildete die Basis für die internationale Konkurrenzfähigkeit.

Die staatliche Elektrizitätspolitik unterstützte damals in erster Linie das Gemeinwohl und garantierte ein freies Wirtschaften. Vor allem in den dünn besiedelten und strukturschwachen Regionen war der Aufbau einer Energieversorgung sehr wichtig.

### **Privatisierung der deutschen Energiewirtschaft**

Seit den 1960er Jahren wurden in Deutschland entscheidende Schritte zur Privatisierung der Energiewirtschaft unternommen. 1965 privatisierte die Bundesrepublik Deutschland die Mehrheit der VEBA-Kapitalanteile. Der deutsche Staat zog sich danach allmählich aus der Energieversorgung zurück, so daß alle Energieversorgungsunternehmen (EVU), wie z.B. PreussenElektra, Bayernwerk und RWE teilweise privatisiert wurden.

Nach der Teilprivatisierung der Stromversorgung war der deutsche Staat nicht mehr die treibende Kraft und Geldgeber für die Schaffung der Infrastruktur, sondern die privaten Kraftwerks- und Netzbetreiber. Sie mußten auf dem freien Markt das nötige Kapital für die großen Investitionen (Neubau von Kraftwerken und Netzen) beschaffen, die in den kommenden Jahren anstanden.

Der Energiebereich wurde nach der Teilprivatisierung durch betriebswirtschaftliche Managementmethoden ständig rationeller und optimaler ausgerichtet. Die Energieversorgungsunternehmen zeichneten sich trotz ihres Versorgungsmonopols stets durch unternehmerische Dynamik aus. Nicht umsonst zählten die Anlagen der deutschen Energieversorgungsunternehmen schon bald zu den modernsten und sichersten der Welt.

In Deutschland verlegte man z.B. seit den späten 60er Jahren Mittel- und Niederspannungsleitungen konsequent unter die Erde. Es war zwar doppelt so teuer wie oberirdische Freileitungen, aber die Zuverlässigkeit des Stromnetzes wurde entscheidend verbessert. Infolge des dynamischen und sozialverträglichen Wirtschaftens unterstützte die Elektrizitätswirtschaft nachhaltig die positive Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft.

1983 und 1987 folgten weitere Privatisierungen. In dieser Zeit wurde auch die VIAG privatisiert. Im Jahr 1988 verkaufte die Bundesrepublik Deutschland schließlich seine letzten Aktien.

VEBA und VIAG wurden danach in den Deutschen Aktienindex (DAX) aufgenommen. Die deutschen Energieversorgungsunternehmen zeichneten sich auch nach der vollständigen Privatisierung nicht durch überhöhte Strompreise aus. Sie verzichteten zu Gunsten der Wirtschaft und auch im nationalen Interesse auf überzogene Profite.

Im Verlauf der "eleganten Privatisierung" aller deutschen Energieversorgungsunternehmen, die aufgrund von EU-Vorgaben seit Mitte der 1990er Jahre abgewickelt wurde, erzielte der deutsche Staat nicht nur hohe Verkaufspreise für die Kernkraftwerke, sondern gleichzeitig gelang es auch, die enormen Entsorgungs- und Stilllegungsverpflichtungen an die privatisierten Energieversorgungsunternehmen zu "übertragen" bzw. sich vorübergehend aus der "staatlichen Verantwortung" zu stehlen.

Aufgrund der Tatsache, daß alle deutschen Kernkraftwerke ursprünglich von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben wurden, blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der arglistigen Privatisierung der Kernkraftwerke völkerrechtlich jedoch weiterhin für den Rückbau dieser Kernkraftwerke und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle verantwortlich.

Nach der Privatisierung folgten umfangreiche Restrukturierungen in den Unternehmensbereichen Strom, Chemie, Distribution/Logistik und Immobilien-Management.

Nach dem Zusammenschluß von VEBA und VIAG zu E.ON im Jahre 2000 erfolgte später die Konzentration auf den Bereich Energie. Ende des 20. Jahrhunderts besaßen die Deutschen aufgrund der grandiosen Aufbauleistung der Nachkriegsgenerationen die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die sicherste Stromversorgung der Welt. In Deutschland gab es pro Jahr nur durchschnittliche Ausfallraten von nur 12 Minuten.

E.ON war damals eines der besten privaten Energieunternehmen der Welt, welches weltweit über beachtliche Beteiligungen verfügte.

### **EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität"**

Am 19. Februar 1997 trat die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft. Die vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt durchgesetzte Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" sollte spätestens bis zum 19. Februar 1999 in den jeweiligen EU-Ländern umgesetzt werden.

Die EU-Länder Großbritannien, Schweden, Finnland und Deutschland öffneten bzw. liberalisierten ihre Märkte fristgemäß für den Wettbewerb. Da Frankreich seinen Strommarkt jedoch weiterhin gegen ausländische Konkurrenten abschottete, aber gleichzeitig massiv Strom exportierte, bahnten sich bereits im Jahre 1999 schwere Handelskonflikte innerhalb der EU an.

In diesem Wirtschaftsliberalismus (große Wettbewerbsfreiheit, vollständige Konkurrenz, keine staatlichen Eingriffe, fehlender sozialer Ausgleich) herrschte das primitive Ausleseprinzip vor: Der Starke setzt sich durch, der Schwache unterliegt. Dieser extreme Wirtschaftsliberalismus zeichnete sich besonders durch ungehemmtes Gewinnstreben der einzelnen Unternehmen aus, während die Interessen der Allgemeinheit nur noch unbedeutend waren.

Nach der sog. Liberalisierung des EU-Strommarktes begann in der Bundesrepublik überraschend schnell ein heftiger Preiskampf bzw. regelrechter "Energiekrieg", denn die deutschen Versorgungsunternehmen mußten ihre Leitungen aufgrund der EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" für den Billigstrom der in- und ausländischen Konkurrenz öffnen.

Die verhältnismäßig kleinen deutschen Versorgungsunternehmen wurden durch die überstürzte Marktliberalisierung in eine ungemein schwierige Lage gebracht, denn sie mußten sich plötzlich mit übermächtigen subventionierten Staatsmonopolen auseinandersetzen. Der deutsche Energiemarkt wurde für die großen ausländischen Konzerne sehr schnell ein wichtiger Teil des europäischen Strommarktes. Nach den skandinavischen Unternehmen Vattenfall und Fortum drängte auch der größte Stromkonzern Europas, die EdF, aus Frankreich, mit aller

Macht auf den deutschen Energiemarkt, um überschüssige Energie als Billigstrom zu verkaufen und strategische Beteiligungen in Deutschland zu erwerben.

Der französische Strommonopolist EdF beteiligte sich u.a. in Baden-Württemberg an der EnBW. Mit 435 Milliarden Kilowattstunden (MkWh) produzierte der Staatsmonopolist EdF im Jahre 1997 wesentlich mehr Strom als die 3 größten privatwirtschaftlichen deutschen Versorgungsunternehmen (RWE, PreussenElektra, und Bayernwerk = 300 MkWh) zusammen. Das französische Staatsunternehmen EdF deckte mit seinen 55 Kernkraftwerken, die größtenteils abgeschrieben waren, über 80 % der Stromversorgung Frankreichs.

Die ausländischen Staatskonzerne besaßen damals beträchtliche Überkapazitäten, deshalb konnten sie den Strom in Deutschland konkurrenzlos billig anbieten, ohne Verluste zu machen. Der von "Yello" zum Spottpreis angebotene Strom stammte z.B. zu 70 % aus französischen Kernkraftwerken. Der finnische Staatskonzern Fortum erwirkte u.a. im Jahre 2000 eine einstweilige Verfügung gegen die e.dis Energie Nord, um seinen Billigstrom nach Mitteldeutschland durchzuleiten.

Die deutschen Stromversorger konnten dem Billigstrom aus Frankreich und anderen europäischen Ländern fast nichts entgegensetzen. Die EU-Länder hatten zwar vereinbart, daß die einzelnen Länder nur die Strommenge in ein anderes EU-Land exportieren dürfen, die aus dem anderen EU-Land importiert wird, aber diese Regelungen galten nicht für direkte Beteiligungen im Ausland.

Die Öffnung des deutschen Strommarktes brachte Preissenkungen ab 1998 und entlastete die deutschen Stromverbraucher zunächst um etwa 7,5 Mrd. Euro.

### **Die systematische Destabilisierung der deutschen Energiewirtschaft durch die Folgen der EU-Vorgaben, des EEG und der planwirtschaftlichen Maßnahmen der deutschen Bundesregierung**

Nach der sogenannten Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990 und der Auflösung der Sowjetunion im Jahre 1991 begann schließlich die verdeckte, systematische Destabilisierung der Bundesrepublik Deutschland.

Die in den 1980er Jahren privatisierten deutschen Energieerzeugungsunternehmen wurden letzten Endes durch die EU-Vorgaben (Wirtschaftsliberalismus) und das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) sowie weitere planwirtschaftliche Maßnahmen der deutschen Bundesregierung (Vorrang einspeisung von Wind- und Solarstrom) planmäßig ruiniert. Infolge dieser destabilisierenden politischen Maßnahmen wurde der Betrieb aller konventionellen Kraftwerke zwangsläufig unrentabel.

E.ON, der ehemals größte deutsche Stromerzeuger, verkaufte z.B. im Jahre 2018 sämtliche deutschen Kohle-, Gas- und Wasserkraftwerke (alle konventionellen Kraftwerke, außer den Kernkraftwerken) an den finnischen Staatskonzern Fortum.

### **Der weltweit inszenierte Klimawahn und die Zerstörung der deutschen Nuklearindustrie**

Die UNEP (Umweltorganisation der Vereinten Nationen) und die WMO (Weltorganisation für Meteorologie) gründeten im Jahre 1988 den IPCC (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen).

Während der UN-Klimakonferenz in Kyoto wurde am 11. Dezember 1997 das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen für die Industrieländer.

Das Kyoto-Protokoll trat letzten Endes erst nach der Ratifizierung durch die russische Duma am 16.2.2005 in Kraft.

Die deutsche Bundesregierung - SPD und Bündnis 90/Die Grünen - verständigte sich am 13.

Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden, um die bis 1990 in Deutschland aufgebaute leistungsfähige Nuklearindustrie systematisch zu zerstören. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde schließlich ab 2000 verboten.

Der deutsche Physiker und Hochschullehrer Sigurd Schulin berichtete später über "die 68er und die Vernichtung der deutschen Nuklearindustrie" (x858/...): >>... 1. Die 68er

Die 68er und in ihrer Nachfolge die Grünen haben bei ihrem Marsch durch die Institutionen und in den schließlich erreichten Positionen unermeßlichen Schaden in Deutschland angerichtet. ...

Industrie ist ohne ausreichende Energiebasis nicht möglich – das wenigstens hatten sie verstanden. Es ist seit Jahrzehnten bekannt, daß die Energieversorgung Deutschlands ohne Kernkraft und heimische Kohle nicht gesichert ist. Anton Zischka hat in seinen Büchern die negativen Folgen der Anti-Kernkraft- und CO<sub>2</sub>-Hysterie beschrieben, ohne das daraus folgende Unheil verhindern zu können. Die von den 68ern als Ersatz für die Kernenergie vorgeschlagenen erneuerbaren Energien sind ohne Speicherung und Konzentrierung durch Wasserstoff in einem industrialisierten Land wie Deutschland reiner Unfug.

Deutschland hatte in den Jahren von 1960 bis 1990 eine sehr leistungsfähige Nuklearindustrie aufgebaut. Das Glanzstück dieser Industrie war der Hochtemperaturreaktor, in dem Temperaturen bis 1.000° C erzeugt werden können. Bei dieser Temperatur kann Kohle aus dem Ruhrgebiet zu Synthesegas vergast werden, aus dem dann Benzin, Methanol, Methan, Wasserstoff oder Kunststoffe usw. hergestellt werden kann. Gleichzeitig produziert dieser Reaktor elektrischen Strom. Die Energieversorgung Deutschlands wäre damit für Generationen gesichert gewesen. Das mußte verhindert werden. Die Stichworte zur Zerstörung der deutschen Energiebasis und damit der produktiven Industrie kamen aus dem gelobten Land jenseits des Atlantiks. ...

### **Was nun sind die herausragenden Leistungen der 68er und ihrer Nachfolger?**

Vor allen Dingen haben sie den Bau von Kohle- und Kernkraftwerken verhindert oder behindert, den Bau der Wiederaufbereitungs- und Endlagerungsanlage unterbunden, den Bau von Autobahnen, Flughäfen, Eisenbahnen, Transrapid, Kanälen boykottiert, die technische Entwicklung gebremst. ...

Vor allen Dingen haben sie es durchgesetzt, daß die erneuerbaren Energien mit erheblichen Staatsmitteln gefördert werden, ohne gleichzeitig die Speicherung dieser Energien durch Wasserstoff zu entwickeln. Ohne Speichermöglichkeit sind die erneuerbaren Energien in dem Industriestaat Deutschland völliger Unfug. ...

Diese Leute ohne Realitätssinn und in Unkenntnis technischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge haben die Energieversorgung Deutschlands auf eine Basis gestellt, die das Land unweigerlich in den Abgrund führt. Statt der Versorgungssicherheit des Landes unbedingte Priorität zu geben, haben sie, als sie in der Regierung waren, den Einflüsterungen aus New York und London Folge geleistet und die blühende deutsche Nuklearindustrie vernichtet ...

### **Folgerungen**

Den Anglo-Amerikanern ist es mit Hilfe der Grünen und der Medien gelungen, innerhalb von zehn Jahren die deutsche Nuklearindustrie zu vernichten, die für unsere Energieversorgung und unser Überleben notwendig war. Die Entwicklung des Hochtemperaturreaktors und des schnellen Brütters wurde eingestellt, wichtige Auslandsaufträge zum Aufbau der Infrastruktur in Brasilien und im Iran wurden durch Druck aus New York annulliert, um die deutsche Nuklearindustrie zu schwächen und die betreffenden Länder in Abhängigkeit zu halten.

Die Antikernkraftkampagnen wurden von New York aus ferngesteuert. Sie dienten dazu, die deutsche Nuklearindustrie zu vernichten. Ihr Ziel war nicht die Sorge um das Wohlergehen des deutschen Bürgers, wie man uns weismachen will. Die von den 68ern und Grünen benutz-

ten Argumente sind ohne Substanz und dienen nur dazu, Angst zu verbreiten. ...

### **Die Medien wenden seit Jahrzehnten diese Methoden der Gehirnwäsche an**

Erstaunlich ist, daß dies nicht mehr nur auf historischem Gebiet geschieht, sondern neuerdings auch auf naturwissenschaftlich-technischem. Nur eine unverzügliche Wiederaufnahme der Kernenergietechniken, die man Ende der 80er Jahre aufgeben mußte, kann Deutschland noch retten. Die Drohungen aus New York dürften uns dabei nicht hindern. ...

Nicht mit einer mächtigen Armee überleben wir die kommende Krisenzeit, sondern mit der richtigen Energietechnik für die ganze Welt. Joachim Fernau sagt 1977 in seinem Buch "Halleluja": Gewinnt der Amerikanismus, so wird er in 150 Jahren die Menschheit zugrunde richten, und die Erde wird als erstorbener Mars im Weltall weiterkreisen.

Joachim Fernau irrt. Die Menschheit wird viel schneller zugrunde gerichtet.<<

### **Ablaßhandel oder realer Klimaschutz?**

Das Klima wandelt sich, seit die Erde existiert. Der Klimawandel wird seit jeher hauptsächlich durch die Sonnenaktivitäten und durch die zyklischen Schwankungen der Erdumlaufbahn um die Sonne geprägt.

Das global freigesetzte CO<sub>2</sub> auf der Erde stammt zu 97 % aus der Natur (Ozeane = ca. 44 %, Bodenorganismen = ca. 29 %, Atmung der Landorganismen = ca. 24 %).

Nur 3 % des global freigesetzten CO<sub>2</sub> auf der Erde stammt aus menschlicher Tätigkeit (Industrie, Landwirtschaft etc.).

Ungeachtet der Tatsache, daß zum Beispiel der "Treibhauseffekt" nicht existiert und der menschliche Anteil nur höchstens 3 % des global freigesetzten CO<sub>2</sub> auf der Erde beträgt, setzte die allgegenwärtige Umweltpropaganda diese Ursachen der vermeintlichen globalen "Klimakatastrophe" weltweit als einzige "Wahrheit" durch.

Die aktuelle Klimaschutzpolitik der Ökoideologen beruht seit Jahrzehnten auf bisher unbewiesenen fiktiven Klimamodellen. Nach Auffassung des selbsternannten "Weltklimarates" wird sich die Erde durch die menschengemachte Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Gehaltes in den nächsten Jahrzehnten zwischen 7 Grad und 14 Grad Celsius erwärmen. Nach Meinung der fanatischen Klimaschützer kann die Erde nur durch die Menschen gerettet werden, wenn man den CO<sub>2</sub> Verbrauch drastisch reduziert.

Der angeblich menschengemachte Klimawandel entwickelte sich schon bald zu einem vorzüglichen Herrschaftsinstrument, denn die systematische Erzeugung von Angst war seit jeher ein wichtiges Machtmittel, um die Bevölkerung zu unterdrücken und zu drangsalieren.

Da "glücklicherweise" niemand den menschengemachten "Treibhauseffekt" und andere neue "Umweltgefahren" nachweisen kann, erweisen sich diese fiktiven "Umweltgefahren" als erfolgreiche Manipulationsinstrumente, um Industrienationen zu destabilisieren und um den Bevölkerungen bisherige Freiheitsrechte zu entziehen.

Die selbsternannten Klimaschützer zeichneten sich in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren durch rücksichtslose und zerstörerische Maßnahmen aus, ohne an die enormen Gefahren, Schäden und Kosten für die nachfolgenden Generationen zu denken. Jeder Kritiker der Klima-Ideologie wurde als reaktionär, faschistisch oder vergangenheitsorientiert verleumdet.

Obleich seriöse Wissenschaftler den menschengemachten Klimawandel als den größten Schwindel der Menschheitsgeschichte bezeichnen, belügt, betrügt, manipuliert und täuscht die verbrecherische Klimasekte weiterhin das leichtgläubige Volk, um ihre frei erfundenen Behauptungen und physikalische Unmöglichkeiten vor der Demaskierung zu schützen.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland als wirksames Machtinstrument genutzt, um planwirtschaftliche Maßnahmen zu realisieren sowie um eine gigantische Umverteilung von Vermögen an einige Gewinner des elegant inszenierten Klimaschwindels zu verwirklichen. Ferner wurde der weltweite Klimaschwindel

genutzt, um unbequeme Konkurrenten, wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland, zu destabilisieren und um vermeintliche "klimageschädigte" Entwicklungsländer zu entschädigen.

Die Energiewende zur angeblichen Klimarettung entpuppte sich sehr schnell als Riesenschwindel und entwickelte sich vor allem in der Bundesrepublik Deutschland zu einer totalitären Öko-Diktatur, die in erster Linie die Zerstörung der Energieversorgung, die Deindustrialisierung, die Auflösung des Nationalstaates sowie die "Befreiung" der Menschen von Eigentum, Freiheit, Selbstbestimmung, Sicherheit und Identität anstrebt.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 17. März 2001 über die Entwicklung des "Klimaschutzes" (x887/...): >>>Die Revolte der "Achtundsechziger"

... Der auf geistige Distanz gegangene Achtundsechziger und "Sponti" Michael Buselmeier schildert die damaligen Motive in einer Ehrlichkeit und Offenheit, die einem "Offenbarungseid" gleichkommt und andere Schönredereien als unehrlich erscheinen läßt:

... Buselmeier bestätigt auch, daß viele Achtundsechziger die Chancen der Öko-Bewegung gewittert, einfach ihre Couleur gewechselt und diese Bewegung schlicht unterwandert haben. Sie hofften, getarnt als "grüne" Umweltaktivisten, schneller an die Schalthebel der Macht zu kommen und so den "langen Marsch durch die Institutionen" gewaltig abkürzen zu können. Die Karrieren von Cohn-Bendit und Fischer sind Bestätigung dieser erfolgreichen Machtergreifung.

Buselmeier schreibt: "Es wäre wünschenswert gewesen, wenn sich die Leitwölfe und Funktionäre der radikalen Linken nach ihrem schwachen Abgang in unauffällige Berufe und Hausarbeit zurückgezogen hätten.

Statt dessen haben sie die grüne Partei, kaum daß sie vorhanden war, in den Griff genommen. Zwar waren sie an Ökologie, an Pflanzen und Tieren nicht interessiert. Dafür verfügten besonders die ehemaligen Maoisten über organisatorische Fähigkeiten, Sitzfleisch und die Fähigkeit, Seilschaften zu knüpfen. Ihr zweiter, diesmal legaler Versuch, an die Macht zu gelangen, erscheint weit aussichtsreicher als der erste. Sie haben auf Vorrat Kreide gefressen und reden sehr moralisch in der gleichen vermurksten Sprache wie die übrigen Politiker. Dicht an den Staat geschmiegt, müssen sie vermutlich nicht einmal mehr lachen, wenn sie ihre Köpfe auf den Bildschirmen erkennen."

Joseph Martin "Joschka" Fischer, Daniel Cohn-Bendit, Jürgen Trittin, "Joscha" Schmierer und viele andere emanzipierten sich nicht, um der "Hausarbeit" nachzugehen. Sie bemächtigten sich der Naturschutzbewegung, deren Hoffnungsträger und Symbolfigur der ehemalige CDU-Abgeordnete Herbert Gruhl war. Er hatte 1976 den Bestseller "Ein Planet wird geplündert" geschrieben. Es ist schon eine Ironie des Schicksals, daß dieser fanatische Antikommunist ausgerechnet von K-Aktivisten ausgebootet wurde.

Als Herbert Gruhl seine Naturschutzbewegung 1980 in eine offizielle Partei umwandelte, da war es um ihn geschehen. Das Zugpferd wurde ausgemustert, die Macht übernahmen die "Achtundsechziger".

Herbert Gruhl mitsamt dem Ökobauern Baldur Springmann wandte sich enttäuscht ab und gründete die Ökologisch Demokratische Partei ÖDP, die jedoch eine Splitterpartei blieb. Derweil segelten die Achtundsechziger unter der Flagge "Grün" von Wahlerfolg zu Wahlerfolg und verdrängten gar die FDP in der Parteienhierarchie vom dritten Platz.

Seit Ende 1998 stehen die "Grünen" auf Bundesebene in der Regierungsverantwortung und besetzen mit dem Außenminister und Vizekanzler Fischer, dem Umweltminister Trittin und jetzt der Verbraucherschutzministerin Künast drei wichtige und gesellschaftspolitisch hochbrisante Schlüsselressorts. Hier kann und hier wird ganz gezielt der "Umbau der modernen Industriegesellschaften" vorangetrieben, nach dem Motto "Wieviel ist genug?".

Der Sektor "Umweltschutz" eignet sich vorzüglich für revolutionäre Geister, denn noch kei-

nem klugen Geist ist es bisher gelungen zu definieren, welche "Umwelt" denn zu schützen ist. "Umwelt" ist ein ganz subjektiver Begriff, und so werden wir mit immer neuen "Umweltgefahren" konfrontiert, von denen kein Sterblicher wirklich sagen kann, welche nun real oder fiktiv sind. Fiktive Gefahren eignen sich vorzüglich, unter dem Vorwand akuter Gefahrenabwehr die bürgerlichen Freiheitsrechte immer mehr einzuengen.

Als die größte umweltpolitische Herausforderung wird der "Treibhauseffekt" bezeichnet, der, verursacht durch die Kohlendioxidemissionen der "reichen" Industrienationen, zu einer globalen "Klimakatastrophe" führen soll. Diesen Effekt gibt es in der Natur zwar nicht, aber er ist Teil unserer "Einbildung" und damit, wenn schon nicht physisch, so doch psychisch real. Er hat seine eigene Wirkmächtigkeit und dient in der Hand der Mächtigen als wundersames Manipulationsinstrument.

Der "Treibhauseffekt" wurde als schlichte Vermutung in die Welt gesetzt, avancierte dann durch ständige Propaganda zu einer Meinung, die nunmehr den Status einer Überzeugung angenommen hat und damit weitgehend kritikresistent geworden ist. Der "Treibhauseffekt" eignet sich ideal für gesellschaftspolitische Veränderungspläne, kann man sich doch zum Schutzpatron des "kleinen Mannes" aufspielen, um ihm dann um so forscher in die Tasche zu greifen.

Die Argumentation ist einfach: Die "monokapitalistische Gesellschaft" ist verantwortlich für den "Konsumterror", dessen korrumpierenden Wirkungen das Individuum hilflos ausgesetzt ist. In dieser Situation bietet sich der Staat als Retter an, indem er dem "kleinen Mann" die Mittel entzieht, die ihn in Gefahr bringen könnten, sich weiter an der "Umwelt" zu versündigen.

Die Taktik dieser Vorgehensweise beschreibt Wolfgang Fritz in schwer verständlichem Politkauderwelsch im Kursbuch 20 von 1970: "Die korrumpierenden Wirkungen von geradezu anthropologischem Ausmaß, die ein bloßer Nebeneffekt der Dynamik kapitalistischen Profitstrebens sind, sind verheerend. Den Leuten ist das Bewußtsein abgekauft. Täglich werden sie trainiert im Genuß der Identifikation mit der Übermacht.

Selbst in realen Gebrauchswerten, die sie bekommen, wohnt oft eine unheimliche Macht der Zerstörung. Das Privatauto - bei Vernachlässigung der öffentlichen Transportmittel - zerpflegt die Städte nicht weniger wirksam als der Bombenkrieg und schafft die Entfernungen erst, die ohne es nicht mehr zu überbrücken sind."

Der Kleinbürger sollte froh sein, daß sich in den "Grünen" eine geradezu seelsorgerische Kaste gefunden hat, die ihm die Mittel nimmt, mit denen er korrumpiert werden kann, um sich dann am "Klima" zu versündigen. So viel staatliche Vorsorge um das private Seelenheil sollte stutzig machen.

Das Instrument, mit dem sich der Bürger versündigt, ist das "Privatauto". Es stand schon 1970 auf der roten Abschußliste der Achtundsechziger, um 1999 auf die grüne Verbotsliste gesetzt zu werden. Die erste umweltpolitische Großtat der rot-grünen Bundesregierung war die Einführung der "Ökosteuer" zum 1. April 1999. Sie sieht vor, schrittweise in Sechs-Pfennig-Stufen bis 2003 die Mineralölsteuern zu erhöhen, um der "Spaßgesellschaft" den Spaß am "Privatauto" zu vermiesen und den Bürger zum Umsteigen auf die bequemen "öffentlichen Transportmittel" zu nötigen.

"Ehrlich" wie Gesellschaftsrevolutionäre sind, hat "Joschka" Fischer bereits im Frühjahr 1998 dieses Vorhaben in seinem Buch "Der neue Gesellschaftsvertrag" angekündigt. Er schreibt: "Eine ökologische Preisreform hat sowohl ein anderes ökonomisches Verhältnis zu Energie und Mobilität zur Voraussetzung als auch einen entsprechenden Einsatz des staatlichen Steuersystems zur Durchsetzung dieser Preisreform".

Verstanden? Macht nichts!

Fakt ist, daß die Revolutionäre, deren Ziel es war, den repressiven Staat seiner Macht zu be-

rauben, um ein anarchistisches Leben zu führen, sich nun - kaum an der Macht - der Staatsmacht bedienen, um ihre "Reformideen" den Bürgern aufzuzwingen. Aus einer totalitären gewalttätigen Minderheit wurde eine ebenso totalitäre Mehrheit, die jetzt allerdings auf ihre demokratische Legitimation pochen kann.

Doch lassen wir wieder "Joschka" Fischer zu Wort kommen: "Die massenhafte Entfesselung der individuellen Mobilität durch die millionenfache Motorisierung war nicht nur eine gewaltige infrastrukturelle Herausforderung für den Staat, nicht nur ein enormes Geschäft für das investierte Kapital, nicht nur die Grundlage für steigende Massenbeschäftigung und Massenkaukraft, sondern die individuelle Massenmotorisierung setzte zugleich auch scheinbar grenzenlose Wunsch- und Traumkapazitäten frei.

Das Automobil wurde zum gesellschaftlichen und kulturellen Status-, ja Freiheitssymbol quer durch alle sozialen Schichten hindurch. Diese herrliche Zeit des westlichen Wohlfahrtsstaates - Wohlstand für alle! - war also zugleich das Zeitalter des Automobils und des billigen Öls. ... Die Energiepreise bestimmten und bestimmen den Lebensrhythmus der Industriegesellschaft, so wie dies die Kornpreise in den vorindustriellen Gesellschaften getan haben. Und was dort die Brotpreise für die Massen waren, ist in der automobilen Gesellschaft der Benzinpreis geworden."

Mit diesen Wunschträumereien ist es nun vorbei!

Leider haben die "Massen" Fischers Buch nicht gelesen, sonst hätten sie massenweise durch Stimmentzug dieser Schreckensvision eine Absage erteilt. Diese Chance ergibt sich erst wieder in zwei Jahren! Mit jeder staatlichen Erhöhung der Benzinsteuern weiß nun der Bürger, daß ihm sprichwörtlich der Brotkorb höher gehängt wird. Getroffen und gestraft werden immer zuerst die Ärmsten der Armen, die mit der geringsten Kaufkraft. Diese überproportionale Bestrafung des "kleinen Mannes" ist alles andere als sozial verträglich, geschweige denn sozial gerecht. Ist das die neomarxistische Variante einer neuen klassenlosen Gesellschaft?

Mobilitätsberaubung ist nichts anderes als Freiheitsberaubung. Mobilität heißt Beweglichkeit und die höchste Form der Beweglichkeit ist die Selbst- oder Automobilität, welche dem einzelnen die Freiheit gewährt, sich nach freiem Gutdünken in Raum und Zeit zu bewegen. Natürlich gehen vom Verkehr zu Lande, im Wasser und in der Luft Gefahren aus, natürlich werden Rohstoffe verbraucht, aber das rechtfertigt nicht die "Ökosteuer", denn diese wurde ausdrücklich mit der Notwendigkeit des "Klimaschutzes" begründet.

Dieses "grün-rote" Versprechen ist ein Nullversprechen, denn es gibt gar kein "Globalklima", das sich "erwärmen" könnte. Eine "Globaltemperatur" kann jeder Volksschüler berechnen, der das Addieren und Dividieren von Zahlen gelernt hat. Ein Klimawert setzt langjährige Wetterbeobachtung voraus und entsteht durch Kopfrechnen auf dem Papier! "Klima" ist immer und in jeder Dimension eine statistische Größe, die vom Wetter her bestimmt wird!

Man muß aber ein vom Machbarkeitswahn befallener "Klimaexperte" sein, um glauben zu machen, man könne der "Globaltemperatur" den "Odem des Lebens" einhauchen und fertig wäre ein neues Produkt, das der menschlichen Beeinflussung unterliegende "Globalklima". Dieses Unverhältnis wie Unverständnis der Natur gegenüber hatte bereits Karl Marx. Von ihm stammt die Vision, daß nur die anthropogen gestaltete Natur die wahre Natur sei.

Aber auch wenn von heute auf morgen alle Räder still stehen würden, das Wetter würde davon keinerlei Notiz nehmen. Das Vorhaben "Schutz des Globalklimas" ist pure Idiotie! ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 14. September 2001: >>"Kohlendioxid ist kein Luftschadstoff"

Interview: Der Meteorologe Wolfgang Thüne hält den Treibhauseffekt für eine Erfindung der Atomlobby

*Herr Dr. Thüne, wie stehen Sie zur aktuellen Diskussion über den zu hohen Kohlendioxid-Ausstoß in den Industrieländern und die damit zusammenhängende Erderwärmung?*

Thüne: Als Meteorologe halte ich die ganze Treibhaus-Diskussion für absurd. Als Soziologe nehme ich sie überaus ernst, verbirgt sich doch hinter dem Konzept Klimaschutz ein gewaltiges, ja globales kulturrevolutionäres Projekt zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaften. Dies steckt versteckt in der Behauptung, allein die reichen Industrieländer seien über den Kohlendioxid-Ausstoß für die Erderwärmung verantwortlich.

*Sind sie das also nicht?*

Thüne: Nein, das ist physikalisch unsinnig! Es gibt keine guten und keine bösen Kohlendioxidmoleküle! ...

Die Behauptung vom natürlichen Treibhauseffekt ist eine raffinierte wissenschaftliche Lüge!  
*Woran liegt es denn, daß die Meinungen der Wissenschaftler zum Thema Treibhaus-Emissionen so weit auseinandergehen?*

Thüne: Die hochgradigen Meinungsverschiedenheiten unter den Wissenschaftlern sind Folge der unterschiedlichen politischen Gesinnung und der Tatsache des "Wes Brot ich eß, des Lied ich sing"! ...

Buch zum Thema: Wolfgang Thüne: "Der Treibhausschwindel - Die Erde steckt in keinem Glashaus" ...<<

In Kopenhagen begann am 7. Dezember 2009 die Weltklimakonferenz mit Teilnehmern aus 192 Staaten.

Die evangelisch-lutherische "Kommunität St. Michael" berichtete später auf ihrer Webseite "[www.stmichael-online.de](http://www.stmichael-online.de)" über den angeblich von Menschen verursachten "Klimawandel" ([x1.010/...](#)): >>"**Wir retten die Welt**"

Mit geradezu messianischem Pathos versammeln sich ab Montag 15.000 (!!!) Wissenschaftler, "Experten", Diplomaten, Politiker und Minister zur größten Konferenz der letzten Jahrzehnte, dem sogenannten "Weltklimagipfel". Festes Ziel dieser Versammlung ist die Rettung der Menschheit, oder noch besser, die Rettung unseres Planeten.

Vor was soll denn der Planet gerettet werden? Vor dem angeblich von Menschen verursachten "Klimawandel", der das gesamte Leben auf dieser Erde bedroht. *Das Civitas Institut veröffentlicht in den kommenden Tage eine Fortsetzungsreihe über die Hintergründe dieses größten Betrugs der Menschheit seit dem Kommunismus.*

... **1. Teil.**

Rechnet man allein den Energieaufwand für diesen Gipfel zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß ohne diesen Gipfel die Atmosphäre der Erde erheblich geringer belastet würde, als das durch diesen Gipfel der Klimawandel gestoppt würde. Allein die Anreise der über 15.000 Teilnehmer aus 192 Nationen, die natürlich nicht zu Fuß oder per Fahrrad anreisen, sondern mit dem Flugzeug, trägt nicht unwesentlich zur Verschmutzung der Umwelt und der Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Gehaltes bei.

**Doch worum geht es überhaupt?**

Nach Auffassung von sogenannten "Experten", das sind insbesondere vier Klimaforschungsinstitute (von einigen Tausend) die im sogenannten "Weltklimarat" zusammengeschlossen sind, wird die Erde sich in den nächsten Jahrzehnten erheblich erwärmen. Die genaue Höhe der Erwärmung ist umstritten. Die Zahlen liegen zwischen 7 Grad und 14 Grad Celsius.

Wenn dies zutrifft, dann besteht allerdings eine nicht unerhebliche Gefahr für das "Weltklima" (ein Begriff, der blödsinnig ist und speziell hierfür geschaffen wurde). Dies kann man sich auch ohne Experte zu sein, leicht ausrechnen.

Nun sind die "Experten" zugleich davon überzeugt, daß diese Erderwärmung eine anthropogene Ursache hat, d.h. daß sie vom Menschen gemacht ist. Neben Methan und einigen anderen Gasen sowie Wasserdampf wird als Hauptursache der Erderwärmung das Kohlendioxid, chemische Formel CO<sub>2</sub>, verantwortlich gemacht. Dieses Gas kommt auch natürlicherweise in der Erdatmosphäre vor, doch die Experten haben festgestellt, daß sich der Anteil von CO<sub>2</sub> in

der Atmosphäre seit der Industrialisierung "exorbitant" erhöht hat und das die Ursache dafür die Verbrennungsprozesse sind, die durch Industrie, Verkehr und anderes entstehen.

Um das "Klima" zu retten, muß man folglich nach Meinung der "Experten", die inzwischen von Politikern, Ökosozialisten und anderen linken Ideologen, insbesondere den Medien unterstützt werden, den Ausstoß von CO<sub>2</sub> reduzieren und zwar gewaltig.

Die dafür vorgeschlagenen Maßnahmen würden in den kommenden Jahrzehnten nicht nur mehrere 10 Billionen Dollar kosten, sondern auch das Wirtschaftswachstum radikal reduzieren und zu einer gewaltigen Umverteilung des Reichtums führen.

Soviel zum Schreckensszenario der "Klimaforscher" im Dienste der Ökoideologen. Mit geradezu religiöser Terminologie wird die zweite Erbsünde im Verbrauch von CO<sub>2</sub> gesehen und die Rettung der Menschheit kann durch den Menschen selbst erfolgen, indem er den CO<sub>2</sub> Verbrauch reduziert. Was ist an diesen Behauptungen dran? Antwort: So gut wie nichts!

#### **Dazu zunächst einige Tatsachen:**

1. Das global freigesetzte CO<sub>2</sub> auf unserer Erde kommt zu 97 % aus der Natur (Ozeane, Verwitterung von Carbonaten, Atmung der Lebewesen, Verwesungsprozesse, Vulkane).

2. Nur 3 % des gesamten CO<sub>2</sub> auf der Erde stammt aus menschlicher Tätigkeit (Industrie, Landwirtschaft, Brandrodung etc.). Nach Auffassung des Umweltbundesamtes macht der menschliche Anteil sogar nur 1,2 % aus.

3. Der Anteil von CO<sub>2</sub> an der Atmosphäre beträgt insgesamt zwischen 0,03 und 0,038 Prozent. Der Rest ist Stickstoff (78 Prozent), und Sauerstoff (21 Prozent). Das alles haben wir früher auch in der Schule schon so gelernt und gehört zur Allgemeinbildung.

4. Von diesen, sagen wir mal, 0,038 Prozent CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre beträgt der menschliche Anteil also maximal 3 Prozent, das sind 0,00114 % der Erdatmosphäre.

**Schlußfolgerung** des gesunden Menschenverstandes: Selbst wenn alle Menschen sofort aufhören würden irgend etwas zu verbrennen, wenn also der gesamte vom Menschen gemachte Anteil am CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre beseitigt würde, wäre davon absolut nichts zu bemerken.

#### **... 2. Teil**

##### **Die neue Erbsünde - Der CO<sub>2</sub>-Verbrauch**

Die Weltklimakonferenz mit 15.000 Teilnehmern aus 192 Nationen hat (am 7. Dezember 2009) in Kopenhagen begonnen. Die Rettung der Welt steht auf der Tagesordnung. Dazu muß die Welt von der "neuen Erbsünde" erlöst werden, dem CO<sub>2</sub>-Verbrauch. Denn die dort versammelten Politiker, Diplomaten, Wissenschaftler, Minister usw. sind der festen Überzeugung, daß der Klimawandel durch das CO<sub>2</sub> verursacht wird, das der Mensch durch die moderne Industrie und Landwirtschaft erzeugt. Und die Medien trompeten diese Lüge in die Welt hinaus.

Im ersten Teil unserer Reihe zur Weltklimakonferenz haben wir gesehen, welchen Anteil das CO<sub>2</sub> an der gesamten Atmosphäre hat und wieviel davon vom Menschen beigetragen wird. Die Schlußfolgerung war, daß selbst dann, wenn die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Menschen auf Null reduziert würden, sich keine Veränderung des Klimas ergäbe.

Nun ist es aber sogar so, daß das CO<sub>2</sub> so gut wie überhaupt keine Rolle auf das Wetter und damit das Klima hat. Unter Klima versteht man übrigens das Durchschnittswetter über einen längeren Zeitraum von dreißig Jahren. Prognosen über eine Klimaveränderung sind angesichts dessen, daß man selbst das Wetter der nächsten drei Tage nur mit einer Wahrscheinlichkeit unter 50 Prozent vorhersagen kann, praktisch unmöglich. Auf solche Unmöglichkeiten stützen sich aber die in Kopenhagen versammelten "Klimaexperten", um in den nächsten Jahren Milliarden von Euro zur "Rettung der Erde" auszugeben.

##### **Wie ist es nun mit dem Einfluß des CO<sub>2</sub> auf das Wetter, oder das Klima?**

Die Tatsachen:

1. Das allermeiste CO<sub>2</sub> auf unserem Planeten ist in den Meeren gebunden. Diese enthalten

sechzig mal mehr CO<sub>2</sub> als die Atmosphäre.

2. Bei einer Erwärmung der Meere wird CO<sub>2</sub> an die Atmosphäre abgegeben, während dann, wenn es wieder kälter wird, das CO<sub>2</sub> wieder in den Meeren gebunden wird.

3. Dies bedeutet, daß der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre von der Meerestemperatur abhängt.

### **Schlußfolgerung des gesunden Menschenverstandes:**

Nicht das CO<sub>2</sub> führt zu einer Erwärmung der Atmosphäre, sondern umgekehrt führt eine Erwärmung der Atmosphäre und damit der Meere zu einer Erhöhung des CO<sub>2</sub>.

Beweise für diese Tatsache sind bereits hundertfach erbracht worden und können z.B. durch die Untersuchung von Bäumen, Bohrkernen aus der Erde und anderen geologischen Befunden sowie aus Eisbohrkernen von den Polen belegt werden.

Damit sind zunächst zwei der wesentlichsten Behauptungen der Ökosozialisten und anderer Klimahysteriker widerlegt:

A. Eine menschliche Verursachung für einen höheren CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre gibt es nicht.

B. Selbst wenn der Mensch wesentlich an einer Erhöhung des CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre beteiligt wäre, spielt das CO<sub>2</sub> für eine Erderwärmung überhaupt keine Rolle, denn die CO<sub>2</sub>-Erhöhung in der Atmosphäre ist eine Folge der Temperaturerhöhung und nicht deren Ursache.

In unserem nächsten Beitrag stellen wir die Frage: **Gibt es eine Erderwärmung und wenn ja, welche Ursachen hat diese?**

### **Wird die Erde wärmer?**

In Kopenhagen tagen derzeit über 15.000 Fachleute und Politiker aus 192 Nationen, die sich in den Kopf gesetzt haben, die Erde zu retten. Denn diese Leute glauben, die Erde sei durch eine schlimme Erwärmung bedroht, für die der Mensch verantwortlich ist. Viele der in Kopenhagen versammelten glauben zwar nicht an Gott, doch dafür an das Märchen, das vom Menschen verursachte Kohlendioxid würde bis zum Jahr 2100 zu einer Erderwärmung von 7-14 Grad Celsius führen. ...

### **3. Teil**

Im 1. Teil unserer Darstellung haben wir gezeigt, daß selbst eine vollständige Einstellung aller vom Menschen verursachten Verbrennungen den CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre allenfalls um 0,00114 % reduzieren würde.

Im 2. Teil haben wir dann deutlich gemacht, daß CO<sub>2</sub> praktisch ohne jeden Einfluß auf das Klima ist. Vielmehr führt eine Erwärmung der Atmosphäre und damit der Meere zu einer Freisetzung des in den Weltmeeren gespeicherten CO<sub>2</sub>. Also ist nicht CO<sub>2</sub> die Ursache der Erwärmung, sondern umgekehrt steigt das CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre, wenn sich diese erwärmt.

Heute stellen wir die Frage,

1. ob es eine Erderwärmung überhaupt gibt und

2. wenn ja, wodurch diese verursacht wird.

Zunächst zur Frage der Erderwärmung. Es wurde allgemein akzeptiert, daß im Verlauf der letzten 30 Jahre eine geringfügige Erwärmung der Atmosphäre stattgefunden hat. Allerdings zeigen nun die Daten der letzten 10 Jahre, daß es zu einer Abkühlung kommt.

So meldet z.B. das britische Hadley Zentrum für Klimawandel einen Temperaturanstieg von 2000 bis zum Jahre 2008 von nur 0,07 Grad Celsius, während der UNO-Weltklimarat einen Anstieg von 0,2 Grad Celsius behauptet. Das der tatsächliche Wert bei 0,07 Grad liegt gibt inzwischen aus der bekannteste deutsche Klimaforscher, Mojib Latif zu.

Daß offensichtlich die Daten zur Erderwärmung manipuliert wurden, hat erst vor einigen Wochen der Datenklau von Hackern aufgedeckt, die in das Computersystem des Climate Research Unit (CRU), dem wichtigsten Institut des Klimarates, eingebrochen waren und über 1.000 Emails entwendeten. Diese Emails wurden anschließend im Internet veröffentlicht und legen die Manipulation der Daten nahe.

Jedenfalls ist klar, daß man den Angaben des Weltklimarates keineswegs trauen darf. Doch selbst wenn die Daten annähernd zutreffend wären, ist ein Auf und Ab des Klimas völlig normal. Aus einer Temperaturerhöhung von 0,2 Grad Celsius (oder 0,07 Grad) auf einen Anstieg der Temperatur in den nächsten Jahrzehnten auf bis zu 14 Grad Celsius zu schließen ist vollkommen unseriös.

Wie schon gesagt: Eine einfache Wettervorhersage von drei Tagen für eine bestimmte Region ist mit einer Wahrscheinlichkeit von unter 50 Prozent möglich. Eine Langzeitwetterprognose, denn das ist das Klima, von 90 Jahren ist absolut unmöglich.

Selbst wenn wir nun eine leichte Erwärmung der Atmosphäre in den letzten 30 Jahren zugeben, besagt dies 1. nicht, daß dies auch für die nächsten 30 Jahre so sein muß und 2. erst recht nicht, daß die Erwärmung vom Menschen verursacht ist. Dies wurde bereits nachgewiesen.

Was also ist für die Erwärmung der Erde verantwortlich? Ganz einfach: die Sonne.

Die Sonneneinstrahlung der Erde ist ständigen Schwankungen unterworfen. Das zeigen schon ganz schlichte Untersuchungen von Baumringen, sowie Bohrungen und geophysikalische und geologische Untersuchungen. Durch die verschiedenen Zyklen der Sonneneinstrahlung sinkt oder steigt die Erdtemperatur.

Mit dem Steigen der Temperatur wird vermehrt CO<sub>2</sub> aus den Meeren gelöst und gelangt in die Atmosphäre. Ebenso nimmt der Wasserdampf in der Atmosphäre zu. Wird die Sonneneinstrahlung wieder geringer, so sinkt die Temperatur der Atmosphäre und auch der Meere. Das in der Luft befindliche CO<sub>2</sub> wird wieder in den Meeren gebunden.

Dieser Vorgang ist völlig natürlich und gehört zu den einzigartigen Wundern der göttlichen Schöpfung, auf die der Mensch praktisch keinen Einfluß ausüben kann. Dadurch entstehen Eiszeiten und Wärmezeiten, und auch innerhalb dieser großen Perioden gibt es vielfache Schwankungen.

Zudem ist allgemein bekannt, daß Wärmeperioden stets mit großem Wachstum und Wohlstand verbunden waren und sind, während Kälteperioden das Gegenteil bewirken. Eine größere Wärmeperiode von etwas 300 Jahren gab es z.B. zur Zeit des Römischen Reiches. Das Ende dieser Periode steht in direktem Zusammenhang mit dem Untergang des Reiches und der Völkerwanderung, die eine Folge der zunehmenden Kälte war.

Würden die in Kopenhagen versammelten Ideologen also tatsächlich das Klima verändern können und, wie es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht (!!!), die Temperatur um 2 Grad Celsius senken, müßte dies zu einer neuen Periode der Armut und des Hungers führen.

Fassen wir alles bisherige noch einmal zusammen:

1. Der menschliche Einfluß auf das atmosphärische CO<sub>2</sub> ist völlig unbedeutend.
2. Nicht CO<sub>2</sub> führt zu einer Erwärmung der Erdatmosphäre, sondern die Erwärmung dieser führt zu höherem CO<sub>2</sub>.
3. Temperaturschwankungen der Erde sind völlig normal und diese gab es zu allen Zeiten.

Damit erweist sich die Theorie der menschengemachten Erderwärmung als gewaltige Lüge, deren Kosten in die 100 Billionen Dollar gehen können, wenn man sie glaubt.

Deshalb stellt sich die Frage: Wer profitiert von der Klimalüge? Diese Frage werden wir in unserem nächsten Beitrag beantworten.

#### **Wem nutzt die Klimalüge?**

Nachdem wir in den vorangegangenen Beiträgen gezeigt haben, daß die Behauptung einer von Menschen verursachten Erderwärmung durch die industriellen und sonstigen Verbrennungsprozesse eine Lüge ist, stellen wir heute die Frage, wer von dieser Lüge profitiert. ...

#### **4. Teil**

Wenn die gesamte Theorie über die Erderwärmung falsch ist, aber dennoch tausende Wissenschaftler daran festhalten, insbesondere aber Politiker auf der ganzen Welt bereit sind, hunder-

te von Milliarden Dollar für diesen Schwindel auszugeben, dann stellt sich die Frage, wer davon profitiert. Eine andere Frage ist, wer hinter dieser Ideologie steht. Beides muß keineswegs identisch sein und im Falle der Klimalüge sind die Profiteure der Klimalüge und die Ideologen, die für deren Verbreitung in erster Linie verantwortlich sind, nur zum Teil identisch.

Stellen wir die Nutzenfrage etwas konkreter: Wem nützt es, wenn die CO<sub>2</sub>-Emissionen, wie gefordert, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten um mindestens 25 - 30 % reduziert werden?

Die Antwort liegt auf der Hand. Zunächst profitieren alle diejenigen, die Energieanlagen produzieren, deren CO<sub>2</sub>-Ausstoß gering ist. Dazu zählen die Hersteller und Betreiber von Sonnenenergieanlagen, Windkraftanlagen und nicht zu vergessen die Hersteller von Kernkraftwerken. Da letztere im Allgemeinen besonders mächtig sind, gab es einige Zeit lang die Vermutung, diese Unternehmen, zu denen in Deutschland z.B. Siemens gehört, hätten die Klimalüge ins Rollen gebracht.

Diese Vermutung ist nicht zu beweisen und auch wenig wahrscheinlich, da die Kernenergie praktisch davon kaum profitieren wird. Zumindest sieht es derzeit so aus und in Deutschland jedenfalls kann man sicher sein, daß es gegen den massiven Widerstand der rotlackierten Grünen und anderer Ökosozialisten keine Kernkraftwerke geben wird.

Zudem kann man sagen, daß in dem Falle, daß man wirklich an einer Reduzierung des CO<sub>2</sub> interessiert wäre, - und gerade die linken Ökos sind hier die größten Schreihälse - moderne Hochtemperaturreaktoren eine echte, sehr sichere und auch preiswerte Alternative wären. Das diese roten Ökos dagegen mit aller Macht ankämpfen macht bereits deutlich, daß es ihnen um etwas ganz anderes geht.

Weitere Profiteure des Klimaschwindels sind zweifellos die Regierungen. Mit Hilfe der Klimalüge gelingt es ihnen, neue Steuermittel einzutreiben. Deutschland war das erste Land, das eine "Ökosteuer" eingeführt hat.

Ein inzwischen nachahmenswertes Modell für viele andere Industriestaaten. Das eine solche Steuer das Wirtschaftswachstum massiv beeinträchtigt, interessiert diese für das Gemeinwohl verantwortlichen Damen und Herren nicht im geringsten.

Eine weitere Maßnahme der Regierungen um zu noch mehr Geld zu kommen, sind der Handel mit den CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten. Die Einführung einer Klimaschutzsteuer ist nur noch eine Frage der Zeit.

Auch die farbigen Umweltplaketten, die man am Auto haben muß, um in Städte fahren zu können, sind ein enormes Geschäft für die Autoindustrie. Viele Autohalter und insbesondere Kleintransporter müssen nun vorzeitig verschrottet werden, weil sie die Auflagen nicht erfüllen, um eine grüne Plakette zu bekommen. Daß diese Maßnahme, wie kürzlich bekannt wurde, absolut Null dazu beigetragen hat, die Belastung der Innenstädte zu vermindern: wen interessiert das schon.

Mit ein wenig Nachdenken kommt man schnell auf weitere Profiteure der Klimalüge. Wir müssen uns hier nicht die Mühe machen, diese alle aufzuzählen.

Doch eins muß noch gesagt werden: Die Zahl der Profiteure steht in keinem Verhältnis zu denen, die unter dem Klimawahn leiden. Nur eine verschwindend kleine Minderheit profitiert, die überwältigende Mehrheit der Menschen und der Wirtschaft wird darunter schwer zu leiden haben. Denn hinter dem Klimaschwindel steht eine gewaltige materielle Umverteilung von reichen zu armen Ländern.

Hierzu nur ein Zitat: Der Delegationsleiter des sozialistischen Äthiopien, das einen Krieg nach dem anderen gegen seine Nachbarn führt und dabei das eigene Volk verhungern läßt und ausblutet, drohte bereits vor dem Gipfel, falls nicht die geforderten Milliarden gezahlt würden, wird Afrika die Klimaverhandlungen boykottieren.

Die afrikanischen Staatschefs, die mit nur wenigen Ausnahmen korrupt bis über alle Ohren

sind und ihre Völker ausplündern, vertreten nämlich die ihnen von den Ökosozialisten einge-flüsterte Auffassung, daß die Industrienationen ihnen Milliarden Dollar schuldig sind für die "Ausbeutung" im Kolonialismus und durch deren angeblich "imperialistische Politik", die für die Klimaschäden in diesen Ländern verantwortlich sind. Anstatt diesen korrupten Politikern, die jährlich Milliarden Dollar Entwicklungshilfe verpulvern, ohne das dies den afrikanischen Völkern zugute kommt, die Wahrheit zu sagen, wagte niemand ihnen zu widersprechen.

Im 5. und letzten Beitrag unserer Reihe zum Klimagipfel werden wir die eigentlichen Hinter-männer (und natürlich "Hinterfrauen") nennen und deren Ziele aufdecken.

### **Die Hintergründe der Klimalüge**

Die "Retter der Menschheit" sind in Kopenhagen versammelt. Sie haben eine zweite Erbsünde entdeckt: der "Klimakiller CO2". Von diesem muß die Menschheit erlöst werden um wieder ein glückliches und zufriedenes Leben führen zu können. In einer Dokumentationsreihe zum Klimagipfel hat das Civitas Institut deutlich gemacht, daß die Theorie über den von Menschen gemachten Klimawandel auf Grund eine CO2-Erhöhung eine Lüge ist, von der einige Wenige profitieren. Im heutigen fünften und letzten Beitrag zum Thema werden wir die wahren Hin-tergründe dieser neuen Ideologie beim Namen nennen.

In unserem letzten Beitrag haben wir gezeigt, wer besonders von der Klimaideologie profi-tiert. Es sind neben einigen Wirtschaftszweigen vor allem die Politiker und Regierungen und dabei ragen besonders die sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer hervor, die nicht selten von einem sozialistischen Regime regiert werden.

Dennoch erklärt dies nicht die Beteiligung der hochindustrialisierten Länder, von denen diese Ideologie sogar ihren Ausgang nahm. Warum insbesondere die europäischen Länder an der Verbreitung dieser Lüge interessiert sind, warum gerade sie sich, im Verein mit einigen Ent-wicklungs- und Schwellenländern, besonders für die Ziele der CO2-Reduktion engagieren, muß andere Gründen haben.

Das Deutschland hier eine Führungsrolle einnimmt, erklärt sich leicht daraus, daß in keinem anderen Land der Erde die Öko-Sozialisten größeren Einfluß haben. Diese treiben selbst eine CDU geführte Bundesregierung vor sich her, da die CDU schon seit längerem jede selbständi-ge Position aufgegeben hat und sich dem Mainstream vollkommen anpaßt.

Um zu verstehen, wer hinter dieser Ideologie steht, reicht ein Blick auf die Ziele und Absich-ten der Klimahysteriker. Gesteuert wird diese Kampagne über die UNO. Auch die Kopenha-gener Konferenz ist von der UNO einberufen, bzw. von einem UN-Unterausschuß.

Das primäre Ziel der Öko-Sozialisten und ihrer Helfer ist die Errichtung einer Weltregierung. Um diesem Ziel näher zu kommen, bedarf es einer weltweiten Bedrohung, die nicht von eini-gen Ländern allein abzuwenden ist, sondern eine weltweite Kooperation erfordert. Diese Be-drohung ist die "Klimakatastrophe". Nachdem andere Scheinbedrohungen zu keinem Erfolg geführt haben (man erinnert sich an das "Waldstreben", das "Ozonloch" und andere "Gefah-ren", von denen heute niemand mehr redet), hat man mit der "Klimakatastrophe" ein Thema von globalem Ausmaßen gefunden, von dem alle Länder "bedroht" werden.

Über den Hebel der "Klimakatastrophe" soll es gelingen, die Strukturen für eine Weltregie-rung zu schaffen, die, ähnlich wie die EU und noch weitergehend, in die nationale Souveräni-tät der Staaten eingreifen kann und Anordnungen vorgibt, die von den Staaten durchzuführen sind. Wer sich dagegen wehrt wird isoliert und die Regierung wird nach kurzer Zeit gestürzt.

Dabei sind als Maßnahmen geplant:

Eingriffe in die Entscheidungsfreiheit der Verbraucher,

Kontrolle der Wirtschaft durch internationale Vorgaben und planwirtschaftliche Eingriffe,

Kontrolle über die Rohstoffvorkommen und deren Abbau,

Verbreitung einer weltweiten Ideologie unter den Begriffen "Frieden",

"Völkerverständigung" und "Toleranz" zur Auflösung nationalstaatlicher Strukturen,

Einebnung aller kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und religiösen Unterschiede. Gewaltige planwirtschaftliche Umverteilung der Güter aus dem wohlhabenden Ländern mit schweren Eingriffen in deren Wohlstand, zu Gunsten der Entwicklungsländer, Dies geht einher mit einem Programm zu De-Industrialisierung, wie es bereits von verschiedenen Seiten dargelegt wurde (z.B. dem Organisator der UN-Konferenz von Rio 1992 und Chefberater des UN-Generalsekretärs Kofi Annan, sowie von zahlreichen Öko-Sozialisten, unter anderem vom Ex-Maoisten Jürgen Trittin).

"Globale Kulturrevolution", wie vom Potsdamer Institut für Klimaforschung gefordert, bei der das Stadt- und Landleben neu definiert werden sollen.

Kurz und in einem Satz zusammengefaßt, wie von Dr. Klaus Peter Krause, dem langjährigen FAZ-Wirtschaftsredakteur in der "Jungen Freiheit" gesagt: "Der vorgebliche Klimawandel oder die 'Klimakatastrophe' dient als Vehikel, um die Menschen für eine neue Weltgesellschaft gefügig zu machen". Diese neue Weltgesellschaft wird noch weit weniger als die EU demokratisch sein, sondern eine globale Diktatur sein, zu deren Zielen zweifellos die Vernichtung der katholischen Kirche gehören wird, die schon immer gegen den "Fortschritt der Menschheit" stand, wie es seit der Französischen Revolution heißt.

Das zahlreiche Vertreter der Amtskirche dieser Klimaideologie hinterherlaufen und dabei mitwirken, hängt mit der Anpassung an alles Weltliche zusammen, dem bloß noch "sekundären Christentum", wie es seit dem II. Vatikanum in der Kirche vorherrschend geworden ist. Doch dies wird sicherlich nicht so bleiben. Die Kirche wird wieder zu ihrer Berufung zurückfinden und dann wird sie wieder als "Feind der Menschheit" von den Ideologen der Weltregierung bekämpft werden.

Gegen die Perspektive einer UN-Weltdiktatur, die von kleinen Gruppen von Öko-Sozialisten, Neo-Kommunisten und Freimaurern beherrscht wird, muß der weltweite Kampf aufgenommen werden. Nur die Kirche ist in der Lage, diesen weltweiten Kampf zu organisieren und anzuführen.

Es gibt aber bereits heute in zahlreichen Ländern entschlossenen Widerstand gegen die Klima-Ideologie, wenn auch deren Hintergründe nicht immer richtig eingeschätzt werden. Dieser Widerstand wird von den gleichgeschalteten Medien ignoriert, oder deren Vertreter werden auf das Übelste diffamiert. Wer z.B. hat jemals etwas gehört von der "Oregon Declaration"?

In den USA haben 19.000 Klimaforscher und andere Wissenschaftler eine Erklärung, die sogenannte "Oregon Declaration" unterschrieben, die die Regierung auffordert, sich nicht am Kyoto-Protokoll und ähnlichen Abkommen zu beteiligen, weil die Informationen über einen menschlich indizierten Klimawandel falsch sind.

Diese und zahlreiche andere Initiativen werden totgeschwiegen. Wissenschaftler und Forschungsinstitute, die sich nicht unterordnen und eine andere Theorie als die der Klimakatastrophe vertreten, bzw. den Schwindel entlarven, erhalten keine Forschungsgelder und werden arbeitslos.

Ein solches Institut ist EIKE: Hier erhalten Sie weitere Informationen über die Tatsachen und die Klimalüge: "Europäisches Institut für Klima und Energie".<<

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 26. Mai 2014 über den IPCC-Weltklimarat - <https://www.eike-klima-energie.eu/2014/05/26/wer-oder-was-ist-eigentlich-der-welt-klimarat-ipcc-und-was-tut-er/> -: >>**Wer oder was ist eigentlich der "WELTKLIMARAT" (IPCC) und was tut er?**

von C. O. Weiss

Der Weltklimarat (IPCC) wird der Öffentlichkeit als ein Gremium von Wissenschaftlern dargestellt, welches, streng sachlich, die wissenschaftlichen Ergebnisse der Klimaforschung sichtet und diese in unregelmäßigen Abständen in umfangreichen Berichten zusammenfassend darstellt. ...

Der Öffentlichkeit unter den Teppich gekehrt wird stets, daß der IPCC keineswegs ein Gremium von Wissenschaftlern ist. Tatsächlich gehören ihm 195 Vertreter der Regierungen aller Länder an und üben Einfluß aus.

... Dabei kämpfen natürlich die Politikvertreter darum, genehme Sachverhalte zu betonen. Selbst wenn sie durch den wissenschaftlichen Teil nicht gedeckt sind. So wird z.B. im diesjährigen Bericht festgestellt, mit 95 %-iger Wahrscheinlichkeit sei die Erderwärmung der letzten 100 Jahre menschengemacht.

Diese Feststellung beruht nicht auf Ergebnissen des Hauptteils sondern auf einer "Befragung". Wer befragt wurde, wurde nicht mitgeteilt, und unbequeme Ergebnisse möglichst zu verschweigen. So geschehen beim diesjährigen Bericht AR5:

Bei der Formulierung des "summary" kämpfte beispielsweise die deutsche Regierungsvertreterin, die Wissenschaftsministerin, darum, den Stillstand der Erderwärmung der letzten 15 Jahre (trotz starken Anstiegs der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre) zu verschweigen. Mit der Begründung, sonst würde die sogenannte "Energiewende" in Deutschland gefährdet. Eine breite Zustimmung der Regierungsvertreter zu Katastrophenszenarien, vor allem der kleineren Länder mit wenig Industrie, wird erreicht durch Gelder aus dem "Hilfsfond für Anpassung an den Klimawandel".

Je dramatischer die negativen Aussichten beschrieben werden, desto höher die Zahlungen des Hilfsfonds an die entsprechenden Länder. Kurz gesagt wirken daher die Hilfsfondsgelder als Bestechung der Regierungsvertreter. ... denn anders als der Öffentlichkeit dargestellt, hat der IPCC keineswegs die Aufgabe zu prüfen ob CO<sub>2</sub> einen Einfluß auf das Erdklima hat, sondern "das Drohen einer menschengemachten Klimakatastrophe nachzuweisen".

Eine klare politische Vorgabe, jenseits jeder Wissenschaftlichkeit, mit welcher der IPCC praktisch eine Propagandaorganisation ist. ...

Wie kommt es nun, daß eine derartige merkwürdig konstruierte Institution existiert, und zu wessen Interesse wurde sie geschaffen?

**Dazu der Bericht eines Mannes (Hartmut Bachmann), der zur Zeit der Gründung des Weltklimarates anwesend war.**

Wir befinden uns im Jahre 1986. Die USA werden regiert von Ronald Reagan. Ein bekannter und wichtiger Abgeordneter im Repräsentantenhaus ist Al Gore (AG). Er vertritt den Bundesstaat Tennessee. AG verfügte über außerordentliche Beziehungen zu Wirtschaft und Finanzen. Sonst wäre er auch nicht Senator der USA geworden. Seine Zukunft (zum Geldmachen) sah er in aktiver Beteiligung am modernen Umweltschutz. ...

Gores Bestrebungen gingen dahin, ein politisches Instrument zu schaffen, um mehr staatlich unterfütterten Einfluß zur Bekämpfung der fiktiven Klimakatastrophe zu erlangen. Ein solches Arrangement sollte über seine Beziehungen ein Instrument werden, das ihm Einkommen entsprechender Größenordnung für lange Zeit gewährt. Dazu mußte das Thema Umwelt-Klima nationalisiert werden. ...

Als Ergebnis des Hearings wird von der Regierung angeordnet, die derzeitigen und künftigen Forschungsergebnisse zum Klima bei UNEP zu konzentrieren. UNEP ist der Umweltarm der UNO und wurde damals von den Rockefeller und ihrem Intimus Maurice Strong, der wiederum bestens befreundet mit Al Gore war und meines Wissens noch heute Vorstand der Rockefeller Stiftung ist (welche Umweltorganisationen wie Greenpeace oder Club of Rome in breitem Maße finanziert), geleitet.

Es wird beschlossen, eine seitwärts der UNEP agierende neue Organisation, das spätere IPCC, zu schaffen. Die Organisation erhält, von Al Gore und Maurice Strong erarbeitet, zwei politische Aufgaben:

Festzustellen, daß die Erde einer Klimakatastrophe entgegengeht und, daß die Klimakatastrophe Mensch-gemacht ist. ...

Übrigens: Al Gore wurde der erste Karbon-Milliardär. Von jedem CO2-Zertifikat bekam und bekommt er über den Emissionsrechtehandel seine Provision. Bei jeder Bewegung, egal ob vor oder zurück, muß auf Umwegen mit dem Nobelpreisträger abgerechnet werden. Clever, nicht wahr? Klima - CO2?

Um was geht es? Nur um gigantische Geschäfte. Was meinen Sie, wann und von wem es arrangiert und speditiert wurde, daß Griechenland in die EU kam und den EURO nutzen durfte? Wenn Sie erfolgreich schnüffeln, kommen Sie zu den gleichen Figuren, die das IPCC, die UNEP, die Öl- und Baumwoll- und Kupferpreise etc. kontrollieren. ...

Weswegen 40.000 oder mehr häßliche Windmühlen? Schleswig-Holstein, Land der Horizonte. Weswegen eine wirtschaftlich total abwegige (und in gigantischem Maße Energie vergeuende) Solarnutzung? Geld, Geld, Geld.

... weil in einer solchen Situation - zum Geldkassieren - gelogen wird, daß sich die Balken biegen. Das Instrument, das generell allen verschuldeten sogenannten entwickelten Staaten, via UNO - UNEP - IPCC - Abkommen von Kyoto - überreicht wurde, nennt sich "Bekämpfung von AGW = Menschgemachte Klimaerwärmung.

(Bericht von H. Bachmann - Details in: "Die Lüge der Klimakatastrophe - und wie der Staat uns damit ausbeutet") ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 14. Februar 2015: >>Grüner Wahn

### **Deutschland leidet unter gefährlicher Öko-Hysterie**

Vor 50 Jahren fingen die Deutschen an, sich Sorgen um die Umwelt zu machen. Heute leben sie in einem Öko-Musterland. Die Mahner und Warner wenden sich deshalb Problemen zu, die meist gar keine sind.

Daimler wirbt für schicke Elektroautos, der Energieriese E.ON zerlegt sich selbst, und auf Elternabenden wird diskutiert, ob das Essen in der Kita nur bio, bio-vegetarisch oder bio-vegan sein soll. Touristen werden mit Rikschas durch Berlin und München kutschiert, abgasfrei und geräuschlos. Glühbirnen sind verboten, und die Klos haben Wasserspartasten.

Brokdorf-Veteranen bleibt die Spucke weg, wenn eine CDU-Kanzlerin die Energiewende ausruft.

In Deutschland, Österreich und der Schweiz hat grünes Gedankengut die Gesellschaft tief durchdrungen. Und es wurde mit Erfolg in viele andere Länder der westlichen Welt exportiert. Fahrradfahren, Energiesparen und Mülltrennen gehören zum fest eingeübten Alltagsverhalten, wie Zähneputzen. Man fühlt sich verantwortlich für das Weltklima, die Rettung der Wale und den tropischen Regenwald.

### **Landschaftsschützer streiten mit Klimarettern**

Alle sind grün geworden, von Angela Merkel bis Margot Käßmann, von "Bild" bis "Brigitte", von der Allianz bis zum ADAC. Sogar McDonald's hat sein Logo von rot auf grün umgefärbt. Gleichzeitig wird immer verschwommener, für was die Etiketten "grün" oder "nachhaltig" überhaupt noch stehen.

Dafür werden die Widersprüche verschiedener ökologischer oder vermeintlich ökologischer Kämpfer sichtbar. Da streiten Wald- und Landschaftsschützer mit Klimarettern, die Windräder, Sonnenfarmen oder Speicherseen errichten wollen. Die dafür erforderlichen Stromtrassen werden inzwischen bekämpft wie eine neue Autobahn.

Sozial eingestellten Grünen mißfällt, daß die Großindustrie durch geschickten Lobbyismus den grünen Markt an sich gerissen hat. Was, fragen sie, hat der Windkraftinvestor mit dem Fledermausschützer noch gemein? An den Rändern des grünen Denkens blühen Heilslehren, die irgendwie grün daherkommen sollen, doch mit Ökologie nichts zu tun haben. In deutschen Buchhandlungen etwa schwimmen Esoterik, Wellness und biodynamische Garten-Ratgeber in die Regale.

Beliebigkeit breitet sich aus. Bei vielen Errungenschaften neuerer Zeit stellt sich die Frage:

Sind sie wirklich gut für die Umwelt, oder tun sie nur so? Auf den Plastiktüten der Supermarktkette Tengelmann steht "I'm green". Begründung: Der verwendete Kunststoff wird aus Zuckerrohr produziert. Aber warum soll Zuckerrohr "green" sein? Die Plantagen sind oft alles andere als ökologisch vorteilhaft. Und das ist nur ein Beispiel von vielen.

### **Keine soziale Bewegung siegte so schnell**

Sind Sparleuchten umweltfreundlich, die giftiges Quecksilber enthalten? Ist Bio-Landwirtschaft wirklich ökologisch, wenn sie für den gleichen Ertrag doppelt so viel Land benötigt? Sind Windkraftwerke umweltfreundlich, die Tausende Vögel und Fledermäuse zerhacken? Welche Folgen hat Biodiesel für die Natur, wenn er aus Palmöl stammt für dessen Anbau Regenwälder abgebrannt werden? Warum interessiert es deutsche Sonnenfreunde nicht, daß chinesische Solarzellen-Fabriken die Umwelt verschmutzen und Menschen vergiften? Zu diesen Widersprüchen konnte es nur kommen, weil inzwischen alles kritiklos durchgewinkt wird, was grün ist oder auf grün macht.

Keine soziale Bewegung in der Geschichte siegte so schnell. Bis das Industrieproletariat sich akzeptable Lebensverhältnisse erkämpft hatte, bis die Sklaverei in Amerika abgeschafft und Frauen gleichberechtigt waren, vergingen teilweise Jahrhunderte. Vom Zeitpunkt, zu dem das Umweltthema in Deutschland aufkam, bis zum Ergrünen von Politik und Wirtschaft vergingen nicht einmal drei Jahrzehnte. ...

### **Gehen Umweltschützern langsam die Themen aus?**

Heute ist Deutschland eines der Umweltmusterländer der Welt. ... Man könnte meinen, daß den Umweltschützern so langsam die Themen ausgehen. Doch die professionellen Mahner und Warner haben sich neuen Feldern zugewandt. Je mehr Erfolge das grüne Großreinemachen in Deutschland vorweisen konnte, desto stärker rückten schwer überprüfbare Katastrophen-Prognosen in den Fokus der Aktivisten.

Und hier liegt eine große Gefahr. Wie sich eine ganze Gesellschaft von Schreckensszenarien in den Bann schlagen läßt, wenn die Ängste so stark werden, daß es niemand mehr wagt, kritisch nachzufragen, erlebte Deutschland eindrucksvoll in den 80er-Jahren. Das Gespenst der damaligen Zeit hieß Waldsterben.

### **Die Mär vom deutschen Waldsterben**

Wer verstehen will, was damals passierte, fragt am besten Rudi Holzberger. Der Medien- und Agrarwissenschaftler glaubte seine Heimat, die Wälder des Allgäus, Anfang der 80er-Jahre verloren. Doch zehn Jahre später wandelte sich seine Angst in Skepsis. Er begann, die Horrorszenerarien zu hinterfragen, und sah sich die Berichterstattung genauer an, analysierte und verglich 150 Artikel überregionaler Printmedien. Er schrieb eine Doktorarbeit darüber.

Ab 1981 wurde das Waldsterben zum Dauerthema in der deutschen Presselandschaft. 1983 schrieb der "Spiegel": "Wir stehen vor einem ökologischen Hiroshima". Im "Stern" stand 1986: "Die Reihen der Bäume lichten sich, wie Armeen unterm Trommelfeuer."

"Die überboten sich gegenseitig, wie beim Kartenspiel", sagt Holzberger. In seiner Dissertation "Das sogenannte Waldsterben: Zur Karriere eines Klischees" wies er nach, daß die Journalisten voneinander abgeschrieben hatten und immer dieselben Experten zitierten. Die wissenschaftliche Basis war dünn. Zwei Wissenschaftler dienten als Kronzeugen. Fernsehen, Hörfunk, Zeitungen und Zeitschriften befragten immer wieder diese beiden und kaum je einen anderen Experten. Forscher, die Zweifel an der Theorie vom Waldsterben anmeldeten, wurden ignoriert.

Die Fotos und Fernsbilder, die den dramatischen Befund belegten, stammten größtenteils aus dem Erzgebirge, damals DDR. Dort waren tatsächlich ganze Hänge abgestorben. Die Ursache dieses Desasters lag jedoch nicht in einem allgemeinen Waldsterben, sondern fand sich ganz in der Nähe. Braunkohlekraftwerke der damaligen CSSR bliesen riesige Mengen Schwefeldioxid in die Luft, das auf die Wälder niederregnete.

## **Die Grünen waren Gewinner der Hysterie**

Das Horrorszenario und seine mediale Verstärkung führten dazu, daß erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik quer durch die gesamte Bevölkerung Einigkeit über ein wichtiges Thema herrschte. Es war Konsens: Der Wald stirbt, und die Politik muß endlich handeln.

Der große politische Gewinner des Waldsterbens waren die Grünen, die 1983 in den Bundestag einzogen. Aber auch Helmut Kohl erkannte die Zeichen der Zeit und griff das Thema auf. Die Betreiber von Stein- und Braunkohlekraftwerken in Deutschland mußten Filteranlagen einbauen, die schädliche Schwefelverbindungen aus den Abgasen entfernen.

Die falschen Propheten von damals behaupten noch heute, dieses wichtige Umweltgesetz sei durch ihre zwar falschen, aber doch nützlichen Prognosen zustande gekommen. Doch die Verordnung über Großfeuerungsanlagen war nicht Ergebnis der Waldsterbens-Hysterie. Sie stammte aus den 70er-Jahren und war nur noch nicht in Kraft getreten. ...

### **Aus "Waldsterben" wurden "Waldschäden"**

1993 veröffentlichte das Bundesforschungsministerium eine Zwischenbilanz aus zehn Jahren Waldschadensforschung. Das Expertengremium der Bundesregierung kam zu einem eindeutigen Ergebnis: "Das großflächige Absterben ganzer Waldregionen, wie es der Begriff 'Waldsterben' unterstellt, wird heute von der Wissenschaft auch für die Zukunft nicht befürchtet." Ein Jahrzehnt nach dem ersten Alarm war den Fachleuten also klar, daß das Waldsterben nicht existiert.

Und wie wurde diese frohe Kunde aufgenommen? Man ignorierte sie. Noch 1994 verkündete der "Stern" auf dem Titel: "So sterben unsere Wälder".

Die Forststatistik belegt: Als alle den Wald für sterbenskrank hielten, nahm die Waldfläche jährlich um 100 Quadratkilometer zu. Bis heute wächst er weiter. Die Umweltverbände haben ihre Wortwahl korrigiert und reden nur noch von "Waldschäden".

Und im Jahr 2003, zehn Jahre nachdem wissenschaftlich nachgewiesen war, daß es sich beim Waldsterben um Hysterie gehandelt hat, verkündete die damalige grüne Ministerin Renate Künast: "Ja, wir haben den Trend umgekehrt. Ich kann nur dringend empfehlen, am Sonntag einen Waldspaziergang zu unternehmen."

Dreister kann man sich nicht mit fremden Federn schmücken.

### **Das Gefühl einer allgewaltigen Bedrohung ist geblieben**

Das Waldsterben war die Mutter aller Öko-Ängste. Wer die Hysterie verstehen will, die sich angesichts mancher Ereignisse bis heute oft reflexhaft ausbreitet, der sollte sich vor Augen führen, zu welcher Selbsttäuschung Deutschland damals fähig war.

Bis heute haben die Umweltverbände und die Grünen nicht selbstkritisch reflektiert, daß und wie sehr sie mit ihren Voraussagen zum Waldsterben danebenlagen. Statt daraus zu lernen, stürzten sie sich auf immer neue Schreckensprognosen, mit denen sie Menschen Angst machen und die Spendenkassen füllen.

Die Waldsterbensangst ist abgeflaut, das mulmige Gefühl einer allgewaltigen Bedrohung ist geblieben. Heute fürchten sich viele Deutsche vor einer kommenden Klimakatastrophe und vor Gentechnik in der Landwirtschaft. Die Rhetorik ist praktisch dieselbe geblieben, und auch die Prognosen sind ähnlich kühn wie damals. Beispiel Klimawandel. Beispiel Gentechnik.

Nach wie vor ist unbewiesen, ob tatsächlich das Kohlendioxid die treibende Kraft hinter den Klimaveränderungen ist. Erdgeschichtliche Analysen legen den Schluß nahe, daß die Rolle dieses Gases überschätzt wird. Und auch an den Schreckensszenarien haben manche Wissenschaftler erhebliche Zweifel. Denn Warmzeiten waren in der Vergangenheit stets besonders gute Zeiten für die Landwirtschaft und auch für die Natur.

Die Klimaprognosen haben den Vorteil, daß die Propheten vielleicht nicht mehr am Leben sein werden, wenn sich herausstellt, ob ihre Vorhersagen eingetroffen sind. Das Problem Umweltverschmutzung ist irgendwann erledigt, wenn die Luft wieder rein, die Flüsse sauber

und Wälder grün sind. Doch das Klima-Thema bleibt erhalten. Und damit die Existenzberechtigung für Aktivisten, Nichtregierungsorganisationen, kurz: NGOs, Konferenzen, Behörden, Industrien und spezielle Forschungsinstitute. Solche, die immer wieder auf eine drohende Klimakatastrophe hinweisen. ...<<

**Zur Senkung der deutschen CO2-Emissionen**, die im Jahre 2015 etwa **2,2 Prozent** der weltweiten CO2-Emissionen betragen, sind nach Angaben des BDI bis 2050 **zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro** erforderlich.

Klimarelevanter Umweltschutz kann global nur erfolgreich sein, wenn sich vor allem die großen Umweltsünder entsprechend verhalten. Chinas Anteil am weltweiten CO2-Ausstoß im Jahre 2015 betrug z.B. 28,1 %, USA = 16,0 %, Indien = 6,2 %, Rußland = 4,5 %, Japan = 3,7 %. Die Regierungen dieser Länder denken jedoch überhaupt nicht daran, dem ideologischen Energiewende-Wahn der Deutschen zu folgen, so daß die angestrebten Klimaziele und die Rettung des Weltklimas schon deshalb kläglich scheitern müssen.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/59-61): >>Die fünf größten Profiteure

*\_ von Andrew Follett*

"Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt!" Wie bei Johann Tetzels Ablaßhandel gibt es auch bei der angedrohten Klimaverdammnis immer jemanden, der die Hand aufhält. Wer den größten Reibach mit der Angst macht, lesen Sie in dieser Rangliste.

Ökoaktivisten werfen Klimaskeptikern gerne vor, ihr Geld auf dem Rücken der Umwelt zu verdienen oder von der Erdöl-Lobby geschmiert zu sein. Dabei macht Letztere jährlich nur 46 Millionen Dollar locker, wie aus einer Analyse des US-Magazins Forbes von Anfang 2014 hervorgeht. Das ist etwa sechs Mal weniger als Greenpeace mit seinem 260-Millionen-Dollar-Budget von 2011. Laut Forbes kommen die fünf größten Öko-NGOs Greenpeace, The Nature Conservancy, World Wildlife Fund (WWF), National Wildlife Federation und der Sierra Club zusammen auf mehr als 1,6 Milliarden Dollar pro Jahr.

Tatsächlich haben also die Aktivisten der globalen Erwärmung viel mehr Geld zur Verfügung als ihre Gegner. Die fünf Spitzenverdiener im Klima-Business sind folgende:

### **Platz 1: Al Gore**

Der ehemalige US-Vizepräsident hat es durch seinen selbstlosen Einsatz gegen die globale Erwärmung geschafft, sein Privatvermögen von 700.000 Dollar im Jahr 2000 auf 200 Millionen Dollar im Jahr 2017 zu vergrößern. Gore sowie der ehemalige Chef von Goldman Sachs Asset Management, David Blood, machten zwischen 2008 und 2011 Profite in Höhe von 218 Millionen Dollar, und zwar durch den Handel mit Emissionszertifikaten - ein Geschäftsmodell, das alleine auf Gores zuvor geschürter CO2-Panik basiert.

*"Al Gore ist auf dem Weg, der erste Kohlenstoff-Milliardär der Welt zu werden."*

### **The Telegraph**

Im Jahr 2008 war er in der Lage, atemberaubende 35 Millionen Dollar seines Gewinns in Hedgefonds und andere rentable Investments zu pumpen. Darüber hinaus hat er viel Geld in Unternehmen gesteckt, die kurz darauf im Zusammenhang mit neuen Klimagesetzen große Regierungszuwendungen erhielten. Dabei sprang für den Ex-Vizepräsidenten immer eine ordentliche Rendite heraus.

2009 schrieb *The Telegraph* dazu: "Al Gore 'profitiert' von der Klimaagenda" und sei auf dem Weg, "der erste Kohlenstoff-Milliardär der Welt zu werden".

### **2. Platz: Elon Musk**

Der Starinvestor und Großunternehmer, der bereits als Anteilseigner des Bezahlsystems PayPal ein Vermögen machte, gründete eine Reihe innovativer Firmen wie den Elektroauto-Hersteller Tesla Motors, den Marktführer in Sachen Solarkollektoren SolarCity oder die Raumfahrtfirma SpaceX, die sich in Milliarden regierungsamtlicher Subventionen wälzen.

Im Jahr 2014 erhielt Musk 1,4 Milliarden Dollar von den Steuerzahlern in Nevada, um eine "Gigafabrik" für Tesla zu errichten. SolarCity erhielt ebenfalls große Summen, um nach Nevada zu ziehen - über eine Million Dollar flossen direkt aus dem Büro des Gouverneurs.

Als der US-Bundesstaat Änderungen an den Subventionen für Solarenergie vornahm, die zur Folge hatten, daß SolarCity nicht mehr begünstigt wurde, verließ das Unternehmen Nevada prompt. Mit anderen Standorten des Unternehmens war es zuvor ganz ähnlich gelaufen.

Der Autohersteller Tesla verkauft auch Lithium-Ionen-Batterien - sogenannte Powerwalls - für 7.000 Dollar pro Stück, die Strom in Privathaushalten speichern. Die ursprüngliche Absicht war es, Solar-Panels auf Dächern für Verbraucher erschwinglich zu machen. Die Powerwalls sollen sich nach Berechnung des Institute for Energy Research aber erst nach etwa 30 Jahren amortisieren, doch Tesla gibt lediglich zehn Jahre Garantie und schätzt, daß die Batterien nur etwa 15 Jahre lang halten werden.

### **3. Platz: Warren Buffet**

Der US-Milliardär und Spekulant hat sehr viel in Stromversorgungsunternehmen wie NV Energy Inc., einen Elektrizitäts- und Gasversorger mit Sitz in Las Vegas, investiert und ist seit einiger Zeit auch auf den lukrativen grünen Energiezug aufgesprungen:

Berkshire Hathaway Energy hat knapp 30 Milliarden Dollar in erneuerbare Energiequellen investiert, vor allem in Windkraftanlagen.

Besonders stark hat sich Buffet bei der Lobbyarbeit in Sachen "Net-Metering" engagiert - hier geht es um die Vergütung von Strom aus privaten Wind- oder Photovoltaikanlagen. Ihm gelang die Revision eines Gesetzes in Nevada zugunsten der Stromversorger, also seiner Konzerne. Allein diese Änderung der Politik führte dazu, daß der rivalisierende Milliardär Elon Musk etwa 165 Millionen Dollar an einem einzigen Tag verlor.

### **4. Platz: Vinod Khosla**

Der aus Indien stammende US-Milliardär wird als "Vater der sauberen Energierevolution" bezeichnet und hat über eine Milliarde Dollar in die Gründung von rund 50 verschiedenen Energie-Startups investiert. Ebenso steckt er hinter einigen der spektakulärsten Pleiten der Greentech-Industrie. Ans Aufgeben dachte er nie. Nach wie vor sieht er den Markt der erneuerbaren Energien als Profitquelle der Zukunft.

Viel Geld hat Khosla in den Treibstoffzusatz Ethanol gesteckt. Ob sich diese Investition rechnet, hängt stark von den Vorschriften der US-Regierung ab, die vorgibt, wieviel Ethanol Benzin enthalten muß. Steuernachlässe für den industriellen Alkohol haben die Regierung zwischen 1978 und 2012 bis zu 40 Milliarden Dollar gekostet, schreibt die Zeitschrift National Review.

Das Biosprit-Unternehmen KiOR wurde von Khosla maßgeblich finanziert und machte, nachdem es zuvor in den Himmel gelobt wurde, im November 2014 pleite - mit verheerenden Folgen für den US-Bundesstaat Mississippi, der KiOR einen zinslosen Kredit über 20 Jahre in Höhe von 75 Millionen Dollar gewährt hatte. Diese Gelder waren dem Unternehmen nur bewilligt worden, weil Khosla dem Staat versichert hatte, daß er Fabriken im Wert von 500 Millionen Dollar errichten und 1.000 Arbeitsplätze schaffen würde.

### **5. Platz: James Cameron**

Der bekannte Filmregisseur und -produzent hat ebenfalls gewaltig vom Umweltaktivismus profitiert und erfreut sich eines einwandfreien, grünen Gewissens.

Anfang 2010 verstieg er sich laut BBC sogar zu der Behauptung, daß "wir in einer Weise mobil machen müssen wie während des Zweiten Weltkriegs", um die globale Erwärmung zu stoppen.

Über Wissenschaftler, die hinsichtlich des "Global Warnings" skeptisch sind, ließ Cameron in Wildwest-Manier verlauten: "Ich möchte diese Leugner auf die Straße herausrufen, wenn die Sonne am höchsten steht, und diese Holzköpfe zum Duell fordern." Weiter sagte er: "Jeder

Einzelne, der in dieser Zeit noch ein Leugner der globalen Erwärmung ist, hat seinen Kopf so tief in seinem Arsch, daß ich nicht weiß, ob er mich hören kann."

*"Wir müssen gegen den Klimawandel mobil machen wie während des Zweiten Weltkriegs."*

### **US-Regisseur James Cameron**

Der Science-Fiction-Film *Avatar - Aufbruch nach Pandora* (2009), der die Zerstörung einer paradiesischen Welt durch fremde Eindringlinge und Ausbeuter thematisierte - und damit enorm auf der Welle des grünen Bewußtseins unserer Zeit ritt - , brachte Cameron über 650 Millionen Dollar ein, was ihn zu einem der reichsten Regisseure aller Zeiten machte.

### **Kampf gegen den Klima-Hitler**

"Wir, die menschliche Spezies, sind mit einem planetaren Notfall konfrontiert - einer Bedrohung für das Überleben unserer Zivilisation, die in ihrer unheilvollen und destruktiven Kraft weiter steigt, während wir uns hier versammeln. ... Dennoch, trotz einer wachsenden Zahl ehrbarer Ausnahmen, sind immer noch zu viele Führer dieser Welt am besten mit den Worten Winston Churchills beschrieben, die er an jene richtete, die die Bedrohung durch Adolf Hitler ignorierten:

"Sie handeln merkwürdig paradox, entschieden nur darin, unentschieden zu sein, entschlossen zur Unentschlossenheit, unerbittlich in ihrer Wankelmütigkeit, fest in ihrer Flüssigkeit, allmächtig darin, ohnmächtig zu sein."" (Aus einer Rede, die Al Gore am 10. Dezember 2007 in Oslo hielt, als er den Friedensnobelpreis entgegennahm)

\_ Andrew Follett ist ein US-amerikanischer Journalist mit den Spezialbereichen Energie und Wissenschaft. Er schreibt für eine Reihe von Publikationen, unter anderem auch für die Webseite [dailycaller.com](http://dailycaller.com), der dieser Text entnommen ist. COMPACT hat ihn leicht redigiert. Zuerst entdeckt haben wir den Artikel auf der Seite des Europäischen Instituts für Klima und Energie (EIKE) und danken Chris Frey für die Übersetzung.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/62-63): >>Windrad-Kommunismus

\_ von Daniell Pföhringer

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist ein planwirtschaftliches Instrument, das Gelder an die Ökostromanbieter umverteilt. Die Verbraucher zahlen die Zeche - vor allem die ärmsten.

In keinem anderen Land der Welt wird die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft, Windenergie, Solaranlagen, Biomasse und Geothermie finanziell so stark gefördert wie in Deutschland. Beliefern sich die Kosten der Energiewende bis 2015 schon auf rund 150 Milliarden Euro, könnten sie sich nach einer aktuellen Studie des Instituts für Wettbewerbsökonomie der Universität Düsseldorf (DICE) in den nächsten zehn Jahren auf insgesamt 520 Milliarden Euro erhöhen.

Das Subventionsvolumen für Erneuerbare beträgt inzwischen mehr als 25 Milliarden Euro pro Jahr. Das sind über 300 Euro je Bundesbürger. Laut DICE ist allein für den Zeitraum 2016 bis 2025 mit einer Belastung von gut 37,50 Euro pro Monat und Einwohner zu rechnen. Von einer Verringerung der volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung, wie sie von der Bundesregierung im Zuge des übereilten Ausstiegs aus der Atomkraft nach Fukushima 2011 in Aussicht gestellt wurde, kann also keine Rede sein.

### **Energiepolitische Planwirtschaft**

Das planwirtschaftliche Produktionsregime der Energiewende hat ein altes Prinzip der Elektrizitätswirtschaft außer Kraft gesetzt: Früher richtete sich die Produktion nach dem Verbrauch. Es wurde genau so viel angeboten, wie auch abgenommen wurde, denn Strom kann man schlecht speichern.

Doch heute bestimmt nicht mehr die Nachfrage das Produktionsvolumen, sondern die Natur, also Wind und Sonne. Herrscht eine steife Brise und strahlt gleichzeitig die Sonne, dann wird mehr Strom eingespeist als gebraucht wird. Die Netzbetreiber drosseln in diesem Fall ihre Kohle- und Gaskraftwerke, um eine Überlastung zu verhindern.

Bläst es noch stärker, müssen selbst Windparks vom Netz genommen werden, obwohl der Verbraucher weiter dafür zahlt. Auch das offenkundige Nord-Süd-Gefälle liegt in dieser Energie-Kommandowirtschaft begründet, da es auf einen klassischen Fehler zurückzuführen ist, der schon den früheren Ostblockstaaten zu schaffen machte, nämlich die mangelnde Synchronizität der Wirtschaftssektoren.

Soll heißen: Im Norden baut man die Landschaft mit Windrädern zu, hat aber nicht genügend Leitungen, um den produzierten Strom in den Süden zu bringen. Die dafür benötigten Trassen fehlen.

Versprochen ist versprochen und wird schnell gebrochen - das gilt auch für die Zusage Angela Merkels aus dem Jahr 2011, daß die EEG-Umlage nicht über den Wert von 3,53 Cent pro Kilowattstunde steigen werde. Mittlerweile hat sich die Umlage auf 6,88 Cent nahezu verdoppelt. Laut Berechnungen der Pro-Energiewende-Denkfabrik Agora, die von dem früheren Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) geleitet wird, soll die EEG-Umlage 2018 zwar minimal auf 6,74 Cent pro Kilowattstunde (kWh) sinken, dieser Wert ist allerdings mit Prognoseunsicherheiten behaftet, so daß tatsächlich eine Bandbreite zwischen 6,6 und 6,9 Cent möglich wäre. Schon 2019 sieht Agora die Kosten wieder deutlich ansteigen - und zwar auf mehr als 7,5 Cent je kWh.

### **Papa Staat greift zu**

Statt der "Strompreisbremse", von der Kanzleramtschef Peter Altmaier einmal geredet hat, steht der Fuß weiterhin auf dem Gaspedal. So hat sich seit 1998 der Strompreis schon um sage und schreibe 70 Prozent erhöht, wofür hauptsächlich der Staat durch die Erhöhung von Steuern, Gebühren und Abgaben verantwortlich ist.

Lag der durchschnittliche Preis für eine Kilowattstunde in Deutschland 1998 bei 17,1 Cent (berechnet auf der Grundlage eines Jahresverbrauchs von 3.500 kWh), stieg er bis 2011 auf 25,2 Cent und liegt aktuell bei 29,16 Cent. Der Staatsanteil erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 24,5 über 45,3 auf aktuell 55 Prozent. Der Anteil der EEG-Umlage - das ist im Grunde die Differenz zwischen dem Preis, den Stromerzeuger bekommen, und den garantierten Abnahmepreisen für Ökostrom - liegt derzeit bei 23,6 Prozent. Die Stromkosten für private Haushalte in Deutschland liegen schon jetzt fast 50 Prozent über denen in Frankreich mit seinen 58 Atomreaktoren. Laut einer Studie des Karlsruher Instituts für Technologie dürften sich die Preise bis 2025 nochmal um 70 Prozent erhöhen.

### **Grassierende Stromarmut**

Durch die Preisexplosion droht Energie inzwischen zu einem Luxusgut zu werden. Die sogenannte Stromarmut ist ein Phänomen, das sich im Zuge der Merkelschen Ökopolitik rasant ausgebreitet hat - vor allem die Bürger im Osten sind davon stark betroffen.

Laut Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Linksfraktion wurde 2016 rund 330.000 Haushalten in Deutschland der Strom abgestellt, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten. Von 2011 bis 2015 schwankte die Zahl der jährlichen Sperren zwischen 312.000 und 352.000.

Schon im Energie-Wendejahr 2011 wurden beispielsweise in Sachsen rund 1,3 Millionen Mahnungen verschickt und rund 250.000 Sperrandrohungen ausgesprochen. Bei mehr als 21.600 Haushalten wurde diese Drohung auch wahr gemacht - sie waren zeitweilig komplett ohne Strom. Die Verbraucherzentrale sprach damals von einer Preissteigerung um 100 Prozent in den vergangenen 13 Jahren.

Inzwischen sind die Zahlen sogar noch weiter nach oben gegangen. Insbesondere für die 6,4

Millionen Hartz-IV-Bezieher und gut eine Million Sozialhilfeberechtigten in Deutschland wird die Teuerung zum Existenzproblem.

Nach Angaben des Verbraucherportals Verivox belaufen sich die realen Kosten eines Alleinstehenden für die Grundversorgung mit Strom im bundesweiten Durchschnitt auf 44,30 Euro monatlich und damit auf 26 Prozent mehr, als im Regelsatz dafür vorgesehen ist. Besonders gravierend ist auch in diesem Fall das Problem im Osten, weil der Strom dort teurer ist. So müssen Singlehaushalte in Brandenburg pro Monat rund 49 Euro für Strom aufwenden - und damit fast 40 Prozent mehr, als Hartz-IV-Bezieher für den Energiebedarf erhalten. Auf's Jahr gerechnet ergibt dies einen Fehlbetrag von 168 Euro.

In Mecklenburg-Vorpommern fallen im Schnitt gut 47 Euro pro Monat an Stromkosten an, in Thüringen 46 Euro. Hauptleidtragende des energiepolitischen Ökostrom-Sozialismus sind also wieder einmal die Ärmsten der Armen - jene Bevölkerungskreise, die sich wenig Gedanken über einen möglichst nachhaltigen Lifestyle machen können, weil es bei ihnen um das nackte Überleben geht. Die Energiewende ist damit nicht nur ein ökonomisch schädliches und unbezahlbares, sondern auch ein zutiefst unsoziales Projekt, bei dem es nur einen Gewinner gibt: die hochsubventionierte Wind- und Solarstromindustrie.

### **Schäfflers Einspruch**

"Wir planen von der Spitze herab, wie viele Gaskraftwerke zu bauen und Kilometer Überlandleitungen zu errichten sind. Wir greifen ein in das Preisgefüge bei Strom aus sogenannter erneuerbarer Energie, indem wir umfangreiche Subventionstatbestände schaffen. Wir planen hier in Berlin, welcher Anteil des Stroms aus welcher Quelle produziert werden soll. Wir ignorieren dabei sämtliche ökonomischen Einsichten über das Funktionieren von Märkten und die Wichtigkeit des Preissystems als Mechanismus zur Vermittlung von Informationen. ...

An die Stelle der privaten und dezentralen Pläne der Unternehmer und ihrer Kunden setzen wir unsere angeblich überlegene Kenntnis, wie sich Wirtschaft und Gesellschaft organisieren sollen." (Aus der schriftlichen Begründung des FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler für seine Ablehnung des von seiner Partei mitbeschlossenen Atomausstiegs am 30. Juni 2011)  
...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 25. April 2019 (x1.000/...):

### **>>Aufregung um globale Erwärmung sei keine Wissenschaft sondern Propaganda**

... Die Aufregung um die globale Erwärmung ist groß: An der 21. UN-Klimakonferenz Anfang Dezember 2015 in Paris wurde ein Klimaabkommen beschlossen. Dieses gründet sich auf die unbewiesene Modellvorstellung der menschengemachten Klimaerwärmung und sieht die Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2° Celsius vor.

Um dieses Ziel zu erreichen, müßten die Emissionen der angeblichen Treibhausgase weltweit zwischen 2045 und 2060 auf null zurückgefahren werden. Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) sei gemäß der Treibhaustheorie das am weitesten verbreitete Treibhausgas. Sein Ausstoß sei drastisch zu drosseln und ein Teil sogar wieder aus der Erdatmosphäre zu entfernen.

Die von der schwedischen Schülerin Greta Thunberg ausgelösten "Schulstreiks für das Klima" sind inzwischen zur globalen Bewegung "Fridays for Future" (zu Deutsch Freitage für die Zukunft) angewachsen. Weltweit gehen Schülerinnen und Schüler freitags während der Unterrichtszeit auf die Straßen, um zu erreichen, daß das Übereinkommen von Paris eingehalten wird. Auch politisch wird die Aufregung um die globale Erwärmung ausgeschlachtet. In kantonalen Wahlen in der Schweiz im Jahr 2019 konnten die grünen Parteien mit Abstand die meisten Sitze dazugewinnen.

Ein wichtiger Auslöser für die Aufregung um die globale Erwärmung war der 2006 vom ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore inszenierte Dokumentarfilm "Eine unbequeme Wahrheit". Die Menschheit, so warnte Gore, stehe vor Katastrophen ungeahnten Ausmaßes. Er äußerte seine Befürchtung, daß die Menschheit mit den durch sie selbst verursachten Abgasen

die äußere Atmosphärenschicht mit verheerenden Folgen schädige.

Maßgeblichen Anteil daran aber habe das Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), dessen Konzentration seit Beginn der Aufzeichnungen von Roger Revelle im Jahre 1957 kontinuierlich immer weiter angestiegen sei. Obwohl der Film von und mit Al Gore zum dritterfolgreichsten Dokumentarfilm aller Zeiten wurde, blieben auch kritische Reaktionen nicht aus. DIE WELT schrieb am 20. März 2007, daß Hauptdarsteller Al Gore "unhaltbare Übertreibungen über die Erderwärmung präsentierte".

An britischen Schulen darf der Film seit Oktober 2007 nicht mehr unkommentiert vorgeführt werden. Ein Gericht verlangte, bei einer Vorführung auf insgesamt neun benannte Fehler hinzuweisen. Unter anderem, daß das Abschmelzen der Gletscher in der Westantarktis und in Grönland nicht "in naher Zukunft", wie im Film behauptet, die Meeresspiegel dramatisch ansteigen lasse, sondern allenfalls in Jahrtausenden. Auch deutsche Medien ließen damals eine kritische Auseinandersetzung mit den scheinbar unumstößlichen Wahrheiten einer von Menschen verursachten globalen Erwärmung durchaus noch zu.

So strahlte der Fernsehsender RTL am 11. Juni 2007 eine überarbeitete deutsche Fassung des britischen Dokumentarfilms "Der große Betrug mit der globalen Erwärmung" aus.

Die RTL-Sprecherin leitete den Film, unter dem Titel "Der Klimaschwindel", mit folgenden Worten ein: "Beim G8-Gipfel in der vergangenen Woche hier in Deutschland einigten sich die Regierungschefs auf gemeinsame Ziele beim Klimaschutz, um die Erderwärmung zu stoppen. Die Zauberformel dabei lautet: Wir alle sollen Energie sparen und weniger Abgase verursachen. Aber sind diese Bemühungen womöglich völlig sinnlos? Genau das behaupten jetzt namhafte Wissenschaftler in einer aufsehenerregenden britischen TV-Dokumentation. Der Mensch habe nämlich überhaupt keinen Einfluß auf das Klima. Die angeblich drohende Katastrophe sei in Wahrheit nichts anderes als Panikmache."

RTL geriet daraufhin ins Kreuzfeuer von Verfechtern eines von Menschen verursachten Klimawandels. Der damalige RTL-Chefredakteur Peter Kloeppe mußte klein beigeben und vermeldete, es sei ein Fehler, "den Einfluß der Menschen auf unsere Erde und ihr Klima völlig in Frage zu stellen". Aber ist es wirklich ein Fehler, Behauptungen in Frage zu stellen, über die sich die Wissenschaft beileibe nicht so einig ist, wie es im Fall des Klimawandels propagiert wird?

Zwei Dutzend durchaus namhafte Klima- und Wetterforscher - unter ihnen auch Autoren des Weltklimarats IPCC selbst - kommen in der britischen TV-Dokumentation zu Wort. Ihrer Ansicht nach wird die Rolle des CO<sub>2</sub> als Treibhausgas sehr stark übertrieben, die natürlichen Ursachen der Erderwärmung, vor allem die Sonnenaktivitäten, würden dagegen sträflich vernachlässigt. ...<<

[Auf der Webseite "https://kenfm.de ..."](https://kenfm.de ...) des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 2. August 2019 folgender Bericht über die Klimaveränderung (x1.014/...): >>**Entlarvung der CO<sub>2</sub>-Jünger**

Ein Kommentar *von Rainer Rupp*

Das Glaubensbekenntnis der falschen CO<sub>2</sub>-Propheten wird immer stärker durchlöchert. Entsprechend nervöser und hysterischer sind die Aufschreie der CO<sub>2</sub>-Klima-Blockwarte, die mangels besserer Argumente glauben, sie könnten mit persönlichen Beleidigungen der "Klima-Leugner" als "rechts" oder gar als "Klima-Nazis" punkten. Auch an der kürzlich veröffentlichten Studie der vier Klimaforscher V.V. Zharkova, S. J. Shepherd, S. I. Zharkov und E. Popova, die an den Universitäten Northumbria, Bradford, Hull und Moskau beschäftigt sind, wird die CO<sub>2</sub>-Glaubensgemeinschaft wieder schwer zu knabbern haben. Sie sagte nämlich eine Mini-Eiszeit voraus.

Aber im Unterschied zu den unbewiesenen, empirisch nicht nachgewiesenen Annahmen und Vermutungen des CO<sub>2</sub>-Computermodells, haben die vier Autoren der neuen Studie unter

Zugrundelegung echter, empirischer und historischer Klimadaten, unterschiedliche, von der Sonne beeinflussten Zyklen entdeckt und angewandt.

Diese Zyklen sind eine Kombination von sich wiederholenden Sonne- und Erdbewegungen, die sich auch im Laufe der letzten Tausend Jahre real nachweisbar auf das Klima auf unserem Globus ausgewirkt haben. Um das zu beweisen, haben die vier Forscher mehrere dieser ineinander verwobenen Zyklen in ein Klimamodell eingebaut, das für die Vergangenheit erstaunlich genaue Ergebnisse geliefert hat. Daher könnte dieses Modell auch einen einigermaßen genauen Blick in die Zukunft erlauben, solange sich die Zyklen nicht durch einmalige Einwirkungen von außen verändern.

Das Klimamodell der vier Forscher, das unter anderem auf Sonnenaktivitäten, Magnetismus und Umlaufzyklen basiert, ist natürlich weitaus komplexer, als die absurde, derzeit sakrosankte Annahme, daß das Klima nur von genau einer Variablen, nämlich von CO<sub>2</sub> und folglich vom Menschen beeinflusst wird.

Die Studie heißt: "Oscillations of the baseline of solar magnetic field and solar irradiance on a millennial timescale" (Schwingungen der Basislinie des solaren Magnetfeldes und der solaren Bestrahlungsstärke auf einer tausendjährigen Zeitskala). Sie wurde am 24. Juni erstveröffentlicht.

Allerdings darf man gespannt sein, wie lange es dauert, bis die Hohen Priester der CO<sub>2</sub>-Sekte auch dieses Studie als "*rechts*" oder als *AfD-afin* und daher als unseriös zurückweisen. Dafür genügt schon, wenn ein einziger AfD-Sympathisant die Studie positiv beurteilt. Denn wenn ein erstmal erkannter "*Klima-Nazi*" zwei plus zwei zusammenrechnet, dann kann das Ergebnis für einen aufrechten Grünen oder Linken oder linken Grünen auf gar keinen Fall vier bedeuten.

Wenn sie freitags nicht "für das Klima" Schulschwänzen würden, hätten sie vielleicht gelernt, daß das CO<sub>2</sub>-Gas außergewöhnlich "*wasserlöslich*" ist. Im Wasser geht es eine neue chemische Verbindung ein und beeinflusst den dortigen PH-Wert positiv, um dann wieder vom Wasser in die Atmosphäre zu entweichen, wenn ein temporäres Ungleichgewicht zwischen den beiden Elementen besteht, was u.a. von den jeweiligen Druck- und Temperaturverhältnissen in Wasser und Luft abhängt. So kann Wasser bis zu fünfzig Mal mehr CO<sub>2</sub> aufnehmen als die Luft und mal mehr oder weniger CO<sub>2</sub> an die Luft abgeben.

Und wenn bei hoher Luftfeuchtigkeit viel Wasser in der Luft ist, ist auch mehr CO<sub>2</sub> in der Atemluft. Aber insgesamt reden wir ohnehin nur von Spurenelementen des allerdings lebensnotwendigen Gases. Denn sowohl im Wasser als auch in der Luft ist CO<sub>2</sub> das Lebenselixier für alle Pflanzen. Ohne CO<sub>2</sub> gäbe es kein Plankton und damit auch keine Fische im Meer und es gäbe keinen Wald und andere grünen Pflanzen auf der Erde.

Wer zu all dem mehr erfahren will kann sich auf der deutschsprachigen Webseite des "*Europäischen Institut für Klima und Energie, EIKE*" informieren die der CO<sub>2</sub>-Glaubensgemeinschaft kritisch gegenüber steht. Daher kann es sich bei EIKE auch nur um eine rechtsradikale Institution handeln, denn - so der Vorwurf in Wikipedia - *die AFD beziehe sich in ihrer verworfenen Politik des Klimaleugnens oft auf EIKE*.

Wenn man sich jedoch die Arbeiten von EIKE anschaut, dann sind sie - zumindest was die CO<sub>2</sub>-Hysterie betrifft - zum selben Ergebnis gekommen, wie die oben genannten vier Sonnenzyklen-Forscher aber auch wie der wohl bekannteste britische Astrophysiker und lebenslange Klimaforscher, der Marxist Piers Corbyn, der das genaue Gegenteil von "Rechts" ist.

Piers Corbyn ist der älteste Bruder des britischen Labour-Vorsitzenden. Schon bereits als Schüler, dann als Student ist er bis heute seinen traditionellen, linken Überzeugungen treu geblieben.

Für ihn bedeutet links immer noch unbeirrt von post-modernen Genderdebatten und sonstigen Ablenkungen fest an der Seite der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu stehen. Vor diesem

Hintergrund sieht er auch den CO<sub>2</sub>-Betrug als Teil der neoliberalen Globalisierung und als zielgerichtete Aktion zur weiteren De-Industrialisierung der europäischen Länder, *weil das Kapital mit den Billiglöhnen und so gut wie nicht existierenden Lohnnebenkosten in Schwellen- und Entwicklungsländern weitaus höhere Profite machen könne*, so Pierce Corbyn.

Mit Panik und CO<sub>2</sub>-Angstmache sollen die Malocher in Europa zur Rettung des Klimas freiwillig dieser De-Industrialisierung zustimmen und sich mit niedrigeren Löhnen und weniger Kaufkraft abfinden.

Im Unterschied zu den CO<sub>2</sub>-Jüngern untersucht auch Piers Corbyn den Einfluß der Sonne auf das Wetter. Und seine langfristigen Wettervorhersagen waren bisher sehr beeindruckend, bzw. wurden durch die realen Entwicklungen und nicht durch Computermodelle bestätigt.

Nachfolgend sind einige Ausschnitte aus seinem Interview mit dem holländischen Dokumentarfilmer Marijn Poels aus dem Jahr 2017:

**PC:** Die tatsächlich zu beobachtenden Beweise zeigen, daß CO<sub>2</sub> eine Wirkung und nicht die Ursache des Klima(wandel)s ist. Der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Luft hängt von der Oberflächentemperatur der Meere ab. Es gibt nämlich ein dynamisches CO<sub>2</sub>-Gleichgewicht zwischen Meer und Luft. Es gibt 50 Mal mehr CO<sub>2</sub> im Meer als in der Atmosphäre. So funktioniert das und die Daten belegen es. Sie zeigen auch, daß der CO<sub>2</sub>-Gehalt mit einer Verzögerung von bis zu einigen Hundert Jahren den weltweiten Temperaturveränderungen hinterherhinkt. Das geht seit Millionen Jahren schon so.

**Frage:** Wie paßt da der aktuell steigende Meeresspiegel rein?

**PC:** Wahrscheinlich wegen der warmen Periode im Mittelalter vor 800 Jahren. Und zwischen dieser Erwärmung und dem steigenden CO<sub>2</sub> gibt es wegen der komplexen Meeresströmungen, die unter der Wasseroberfläche Hunderte von Jahren brauchen, um einmal rund um den Globus zu zirkulieren, diese bereits erwähnte Verzögerung. Das heißt: menschengemachtes CO<sub>2</sub> steigert den Wert von gar nichts. Der natürliche Prozeß geht weiter; er ist viel größer, als daß der Mensch ihn beeinflussen könnte. Außerdem macht das von Menschen gemachte CO<sub>2</sub> nur 4 Prozent des gesamten CO<sub>2</sub>-Flusses aus, der von der Atmosphäre in die Ozeane hinein und wieder heraus führt.

Nehmen wir den Big Ben Tower als Beispiel. Wenn der Tower die Atmosphäre repräsentiert, dann würden die letzten 2,5 cm auf der Spitze des Turms das in der Luft enthaltene CO<sub>2</sub> darstellen. Und der Beitrag, des vom Menschen gemachten CO<sub>2</sub> wäre ein Spritzer von Vogelscheiße obendrauf. Und dann will man uns weismachen, daß das den Klimawandel verursacht. Das ist kompletter, wahnhafter Unsinn.

Um das zu erklären bedürfte es einer Verschwörung der Natur und ihrer natürlichen Vorgänge gegen den Menschen. Wahnsinn. Aber genau das wird von den Mächtigen propagiert. Terminen z.B. produziere zehn Mal mehr CO<sub>2</sub> als die Menschen.

**Frage:** Wie sehen Sie die Zukunft?

**PC:** Weil wir mit unseren bisherigen Prognosen recht nahe an der tatsächlichen Entwicklung lagen, erwarten wir eine ständige, generelle Abkühlung des Globus bis ca. 2035. Es wird einige sehr strenge Winter geben. Auch werden kurze heiße Phasen kommen, aber insgesamt wird es kälter werden, also eine Mini-Eiszeit!

**Frage:** Aber ich sehe wie überall das Eis schmilzt und in großen Blöcken in die arktischen Gewässer stürzt. Da ist ein auch eine Polarkappe, die abschmilzt und ...

**PC unterbricht und lacht:** Aber das ist doch Unsinn. Das, was sie beschreiben ist seit Jahr-Millionen der Fall. Schnee fällt auf die Pole, breitet sich aus und bricht als Eisblock wieder ab. Wenn sie einen großen alten Baum haben der in einem Sturm umgeblasen wird, dann sagen sie ja auch nicht, oh, das war der stärkste Sturm seitdem ich hier wohne. Das wäre Unsinn. Der Baum war alt und schwach und ist deshalb entwurzelt worden. Das Eis, das wir da sehen, das abbricht, ist typischer Weise 4.000 Jahre alt. Es ist ein langsam fließendes Eis, das

irgendwann abbricht.

**Frage:** Ich sehe ständig Tabellen im Fernsehen, auf denen die Temperaturen steigen.

**PC:** Diese Grafiken sind ein Schwindel. Sie haben aufeinander folgende Datensätze ausgewählt und reduzierten die Datenquellen auf eine Art, um zu zeigen daß die Vergangenheit kälter war als die Gegenwart. Mit aufeinanderfolgenden Datensätzen kann man aber unterschiedliche Graphiken produzieren, je nachdem, welche Jahre und welche Skalierung man dafür aussucht. So kann man aus einer Mücke einen Elefanten machen.

An dieser Stelle zeigt Corbyn am Beispiel von zwei Graphiken, daß es bei der ganzen globalen Erwärmungsdebatte tatsächlich nur um ein gemessenes, halbes Grad Celsius geht, was genauso gut innerhalb der Toleranz von Meßfehlern liegen könnte. Dennoch werde mit denselben Graphiken Angstmache betrieben.

**Frage:** Angenommen Ihre Theorie ist falsch und die CO<sub>2</sub>-Theorie stimmt, was passiert dann? Ist es überhaupt möglich, das Klima zu stabilisieren, wie wir das heute versuchen?

**PC** lacht und antwortet mit einem ganz bestimmten "Nein": "Das Hinzufügen oder Wegnehmen von CO<sub>2</sub> hat keinen Effekt. Wenn Sie CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre entfernen, dann wird mehr CO<sub>2</sub> aus dem Meer aufsteigen. Und wenn man der Atmosphäre mehr CO<sub>2</sub> hinzufügt, dann wird es vom Meer absorbiert. So sind all diese Überlegungen kompletter, illusionärer Unfug." Wenn man wirklich das Klima verändern will, dann ist das ziemlich schwer. Denn dann müßte man die Sonnenaktivität ändern oder die Sonnenpartikel daran hindern, auf die Erde zu treffen. Das ist nicht zu machen."

Szenenwechsel, Piers Corbyn redet weiter über die Landwirtschaft:

*"Nun, kleine Bauernhöfe sind ziemlich ineffizient. Man braucht große Höfe, um effizient zu sein. Für große Konzerne ist es billiger, Lebensmittel im Ausland erzeugen zu lassen. Wenn sie damit größere Profite machen können, werden sie es tun. Sie schicken Essen rund um die Welt. Sie haben geradezu Spaß daran, die Tätigkeit der Bauern hierzulande darauf zu reduzieren, Windräder anzustarren und für andere Arbeiten subventioniert zu werden, wobei die Subventionen wiederum von anderen Arbeitern bezahlt werden, damit solche dummen Sachen gemacht werden.*

*Insgesamt ist das nur Teil eines Plans zur De-Industrialisierung des Westens. Denn Superprofite können mit Arbeitern gemacht werden, die in Indien, der Türkei oder in China Maschinen bauen.*

*In der Art und Weise wie die EU operiert, kann man sehen, daß die Interessen der Wall Street voll hinter der EU stehen, der ein Mechanismus zur De-Industrialisierung des Westens innewohnt. Teeside in England ist dafür ein Paradebeispiel:*

*Energiepreise in England sind so hoch, daß die Stahlproduktion unprofitabel geworden ist. Daher wurde die Produktion reduziert. Dann kommt eine Firma aus Indien und kauft das Land, um die Fabrik zu retten. Dafür bekommen sie CO<sub>2</sub>-Subventionen des EU-Emissionshandelssystems. Warum? Weil sie den britischen CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren. Dann verkünden sie, daß die Fabrik nicht mehr zu retten ist. Als nächstes wollen sie die CO<sub>2</sub>-Subventionen der EU dazu benutzen, um in Indien eine neue Stahlfabrik zu bauen.*

*Aber der lokale Abgeordnete von Teeside wandte sich dagegen und unterstrich, daß die CO<sub>2</sub>-Subventionen durch die Reduzierung der eigenen, lokalen Industrien gewonnen worden waren, und daß sie dazu benutzt werden sollten, um hier in England eine neue Industrie aufzubauen. Aber die EU beschloß entsprechend ihrer Gesetzeslage, daß die CO<sub>2</sub>-Subventionen der indischen Firma gehören und das Geld nach Indien geht.*

*Also, was ist hier passiert? Wir haben Steuerzahler, die für die Zerstörung ihrer eigenen Industrie in England und der Arbeitsplätze in England und für die Umsiedlung der Industrie nach Indien Subventionen bezahlt haben. Dabei wurde die CO<sub>2</sub>-Produktion von England nach Indien verlagert, mit dem Resultat, das der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoß überhaupt nicht ver-*

ringert wurde. Wenn das die Rettung des Planeten bedeuten soll, dann wird hier gar nichts gerettet.

*Es geht nur um die De-Industrialisierung des Westens, wobei die Ausbeutung der Arbeiter in Indien enorm gesteigert wird. Diese Art von Operationen passieren andauernd rund um die Welt. Solange die multinationalen Konzerne den angeblich vom Menschen gemachten Klimawandel als ideologische Waffen benutzen können, um Superprofite zu machen, wird sich nichts ändern.*

Erneuter Szenenwechsel, Piers Corbyn redet weiter über die LINKE und CO2:

*"Als die Berliner Mauer fiel, ist die moderne Linke teilweise von ihrem Weg abgekommen. Von ihrer einst geradlinigen, sozialistischen Ideologie hat sie sich abgewandt, hin zu einer rot-grünen Mischung und hat solcher Sachen wie den "Öko-Sozialismus" entwickelte, was immer das bedeuten soll. Und das machte sie natürlich zur idealen Beute für die Ideologie des Klimawandels, die komplett von den Interessen des internationalen Big Business generiert wird.*

*Wir alle wollen Gutes tun. Und den Planeten schützen ist doch gut. Zum Beispiel all diese Bäume hier, wir sollten sie um ihrer selbst willen schützen. Wir sollten die biologische Vielfalt um ihrer selbst schützen. Aber man sollte das nicht mit einer CO2-Erzählung verbinden. Das ist das Hauptproblem. Wir haben eine Linke, die Parolen hinterherläuft. Wo Leute das, woran sie glauben, damit rechtfertigen, indem sie auf andere verweisen, die auch daran glauben.*

*Wenn ich also mit Informationen zum Klimawandel komme, dann sagen sie zu mir: "George Bush sagt das Gleiche. Wie fühlt man sich, wenn man mit George Bush übereinstimmt? Da liegst du wohl falsch!" Ich meine, das ist doch albern. Also wenn George Bush in den Raum kommt und zu dir sagt, "heute ist Dienstag", dann wirst du also entscheiden, heute muß Mittwoch sein."*

*Man muß sich die Fakten und Beweise ansehen, um etwas zu entscheiden. Und wer immer sonst daran glaubt oder nicht, hat absolut nichts damit zu tun ob es wahr ist. Die Öffentlichkeit wird ständig irreführt. Und die da oben, nutzen alles, was ein grünes Label trägt, um es zu verkaufen.*

*Dinge wie Windparks und Solarenergie sollten auf Experimente reduziert werden. Ich denke, daß in vielleicht 50 Jahren, Solarstrom sehr billig wird und wahrscheinlich eine der billigsten Energiequellen werden kann. Aber heute ist Kohle am billigsten, gefolgt von Öl. Und diese sollten wir nutzen.*

**Frage:** Hat Öl Auswirkung auf das Klima?

**PC:** Nein, nicht im Geringsten. Kohlendioxid in der Luft ist Nahrung für Pflanzen. Dieser Baum absorbiert Kohlendioxid und verwandelt es hauptsächlich in Zucker. Dies ist ein Prozeß, der seit Millionen von Jahren stattfindet. Die Kohle im Boden war ursprünglich in der Luft, als es noch viel mehr CO2 in der Atmosphäre gab. Wenn man die Menge an CO2 verdoppeln würde, wäre das eine sehr gute Sache, denn es würde die Wachstumsrate der Pflanzen weltweit um 40 % erhöhen. Es wäre von großem Nutzen für unsere Umwelt. Aber es ist unmöglich CO2 zu verdoppeln, denn es würde nur vom Meer aufgenommen werden, da das Meer und die Luft ständig im Gleichgewicht sind.

Ich denke, die Wahrheit wird ans Licht kommen, wenn die Öffentlichkeit erkennt, daß sie, im Namen der Rettung des Planeten, von den multinationalen Unternehmen ausgeraubt wird. Sie wird Nein sagen. Und wir werden zu einer rationalen Energiepolitik zurückgehen.

Ende des Interviews. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 1. März 2021 (x1.000/...):

>>**Klimaschutz - das neue Gesicht der Eugenik**

... In der letzten Januarwoche 2021 fand das Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums (WEF)

statt. Dabei forderten Bundeskanzlerin Angela Merkel, EU-Präsidentin Ursula von der Leyen und die Klimaaktivistin Greta Thunberg in ihren Reden international deutlich mehr Tempo beim Klima- und Umweltschutz. Die drei sind sich einig, daß es im Kampf um ein besseres Klima jetzt konkrete Maßnahmen brauche.

Dem entsprechend hat die EU bereits Ende 2020 ihr Klimaziel verschärft: Bis 2030 soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht, wie bisher geplant, um 40, sondern um 55 Prozent gesenkt und bis 2050 auf Null reduziert werden. Das auf sieben Jahre angelegte EU-Budget von 1,2 Billionen Euro, als auch der neue 750 Milliarden schwere Wiederaufbaufonds, soll zu einem großen Teil für Investitionen in die CO<sub>2</sub>-Reduzierung genutzt werden.

Auch warnte von der Leyen in ihrer Rede: "Wenn wir nicht schnell handeln, um unsere Umwelt zu schützen, dann ist die nächste Pandemie bald da." Angesichts der Tatsache, daß dem Klimaschutz eine so hohe Bedeutung beigemessen und die Klimaerwärmung sogar in Zusammenhang mit einer weiteren Pandemie gebracht wird, lohnt es sich, einen Rückblick auf die Ursprünge der Umweltbewegung zu werfen: Begonnen hatte alles mit Julian Huxley, dem sogenannten "Erfinder" der Umweltschutzbewegung und Gründer der größten privaten Naturschutzorganisation, dem "World Wildlife Fund" (WWF).

Huxley war allerdings zugleich ein Verfechter der Eugenik. Die Ideologie der Eugenik forderte damals im extremsten Fall sogar die Sterilisierung oder Tötung "lebensunwerter" Mitglieder der Gesellschaft, um die Kosten für deren Versorgung einzusparen. Auch verfolgten Eugeniker das Ziel einer Bevölkerungskontrolle, um das Wachstum der Bevölkerung in Schach zu halten. Sie waren der Ansicht, die englische Oberklasse habe das Recht zu herrschen, weil sie genetisch überlegen sei.

Auch strebten sie danach, die Gesellschaft in die Zeit vor der Amerikanischen Revolution, d.h. in die finsternen Zeiten des Mittelalters zurückzusetzen, als mächtige Familien über unwissende Bauern und Untertanen herrschten. Als nun durch die Geschehnisse im dritten Reich die Eugenik in Verruf geraten war, brauchten die Verfechter dieser Ideologie ein neues Gesicht für die Eugenik. So ernannte man Julian Huxley, den Vizepräsidenten der britischen Eugenik-Gesellschaft, im Jahr 1946 zum ersten Generaldirektor der UNESCO ("Internationale Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur").

Ein von ihm verfaßtes offizielles UNO-Dokument "Die UNESCO, ihr Zweck und ihre Philosophie", zeigt eindrücklich, wessen Geistes Kind er war: "Auch wenn es sicher richtig ist, daß eine radikale eugenische Politik für viele Jahre politisch und psychologisch unmöglich sein wird, wird es für die UNESCO wichtig sein, dafür zu sorgen, daß das eugenische Problem mit der größten Sorgfalt geprüft und die Öffentlichkeit über das fragliche Thema informiert wird, damit vieles, was heute undenkbar erscheint, wenigstens wieder denkbar wird."

Ziel der führenden Eugeniker war also, das Thema Eugenik bzw. Bevölkerungskontrolle ganz neu zu verpacken, so daß es keine Assoziationen mehr mit der dahinter stehenden Eugenik zuließ. Dieses neue Gesicht lautete von nun an: Schutz der Erde vor Ausbeutung, Verschmutzung und einer ökologischen Katastrophe, verursacht durch den Menschen. Huxley predigte, daß der Begriff Umweltschutz bzw. Ökologie nun an die Stelle des diskreditierten Begriffs der Eugenik treten müsse.

Es folgten nun Jahre der "Aufklärung", in denen eine wachsende Weltbevölkerung als Bedrohung dargestellt wurde, um so die Notwendigkeit der Bevölkerungskontrolle und des Umweltschutzes in der öffentlichen Wahrnehmung zu verankern. Die UNESCO diente dazu als ideales Sprungbrett. Somit entstanden nach und nach verschiedene Organisationen und Publikationen: - 1948 gründete Huxley die "Internationale Union für Umweltschutz" (IUCN). - 1961 wurde durch Huxley der WWF (World Wildlife Fund) ins Leben gerufen.

Andere prominente Gründungsmitglieder waren z.B. Godfrey A. Rockefeller, der niederländische Prinz Bernhard - ein Mitinitiator der Bilderberger - und der Ehemann der englischen

Königin Elisabeth II, Prinz Philip. Sie alle verband ein gemeinsames Ziel: "Die öffentliche Meinung nutzen und die Welt über die Notwendigkeit des Naturschutzes unterrichten". –

1969 veröffentlichte die damalige US-Regierung unter Präsident Nixon den Bericht "Bevölkerungswachstum und die amerikanische Zukunft", der unter der Leitung von John D. Rockefeller erstellt wurde, dessen Familie maßgeblich an der Finanzierung und Förderung der Eugenik beteiligt war. Daß es offenbar darum ging, die Eugenik wieder hoffähig zu machen, zeigt folgendes Zitat: "Die Bevölkerung kann nicht unendlich weiter wachsen. Keiner stellt das in Frage und wir haben in unserem Befund gesagt, daß wir glauben, daß die Nation jetzt eine stabilisierte Bevölkerung(szahl) begrüßen und planen sollte." –

1972 wurde in Stockholm die erste internationale Umweltkonferenz veranstaltet. Noch heute gilt diese als Meilenstein in der Geschichte der modernen Umweltbewegung und als Beginn der internationalen Umweltpolitik. Geleitet wurde sie von Maurice Strong, einem Mann aus dem internationalen Ölgeschäft und engen Freund von David Rockefeller. Seither standen für die Umweltbewegung in den letzten Jahrzehnten immer wieder andere Krisenthemen im Mittelpunkt, wie z.B. der saure Regen, das Ozonloch, die Tropenwälder usw.

Im Jahr 1988 wurde schließlich der IPCC ("Intergovernmental Panel on Climate Change") gegründet, bekannt unter dem Namen "Weltklimarat". Die erstellten Berichte des Klimarates dienten den Medien und vielen weiteren Sprachrohren des "Global Warming", wie zum Beispiel dem ehemaligen US-amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore, als maßgebliche Quellen. Inzwischen ist das Thema Klimaerwärmung und die damit verbundene Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes immer mehr in den Vordergrund gerückt, so daß es heute sowohl in der Politik als auch in den führenden Elitetreffen zum großen Thema geworden ist, womit sich der Kreis zur Eugenik schließt.

Denn wird die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes so umgesetzt wie geplant, kommt dies einer schleichenden De-Industrialisierung gleich. Wirtschaftlich würde es uns um Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte zurückwerfen und hätte unausweichlich auch eine Reduktion der Bevölkerung zur Folge. Diese aufgeführten Zusammenhänge über die Ursprünge der Umwelt- und Klimaschutzbewegung legen eindrücklich dar, daß es für uns alle ratsam ist, wachsam zu sein und den lautstark propagierten Klimaschutz kritisch zu betrachten.

Der große Wunsch von Prinz Philip ist eine Pandemie. Dies äußerte er 1988 gegenüber der Deutschen Presseagentur: "Wenn ich wiedergeboren werde, dann möchte ich als tödliches Virus wiederkehren, um etwas zur Lösung der Überbevölkerung beizutragen."

Frau von der Leyen warnte in ihrer Rede auf dem World Economic Forum vor einer weiteren Pandemie, sollten die Klimaziele nicht eingehalten werden. Kann es sein, daß hinter der Klimabewegung nach wie vor der perfide Plan von Eugenikern steckt, die zwar in neuem Gewand auftreten, letztlich aber nicht den Schutz unserer Umwelt verfolgen, sondern das Ziel, die Menschheit zu reduzieren? ...<<

### **Die Energiewende**

Im Jahre 2000 wurde das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die sog. Energiewende zu fördern.

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 eine durch Seebeben erzeugte Flutwelle große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Nach dieser Flutwelle an der japanischen Nordostküste beschloß der deutsche Bundestag am 30. Juni 2011 im Rahmen der sogenannten Energiewende den endgültigen Atomausstieg (Ab-

schaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgerneht derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 11. März 2016: >>Fukushima Der große Schwindel der deutschen Energiepolitik

... Das Unglück von Fukushima wird zum Auslöser der deutschen Energiewende verklärt. Doch das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Der Atomausstieg sollte die Grünen bremsen, was auch gelang. ...

Spätestens hier muß man festhalten, daß die Fukushima-Katastrophe die deutsche Energiewende weder ausgelöst noch begründet hat. ...

### **Operation Grünen-Bremse**

Der nach Fukushima von der Bundesregierung eingeleitete Atomausstieg war somit kein Ausfluß einer neu motivierten Energiewendepolitik - denn der damit einhergehende Rückschlag für den Klimaschutz wurde ja noch nicht einmal ansatzweise diskutiert. Im Grunde ging es der schwarz-gelben Koalition um Macht: Es galt, den damals steilen Aufstieg der Grünen in den Umfragen zu bremsen. ...<<

Am **28. Mai 2019** schrieb ich meine erste Petition an den Deutschen Bundestag (mit der Bitte um Veröffentlichung):

### **Wortlaut der ersten Petition vom 28.05.2019**

Der Deutsche Bundestag möge eine 15jährige Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland beschließen.

### **Begründung**

Die letzten noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland sind derzeit:

Kernkraftwerk Philippsburg 2 (Baden Württemberg), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2019.

Kernkraftwerk Gundremmingen C (Bayern), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Grohnde (Niedersachsen), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Brokdorf (Schleswig Holstein), Laufzeit: 1986 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Emsland (Niedersachsen), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Baden Württemberg), Laufzeit: 1989 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Isar 2 (Bayern), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 die letzten 7 in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland 7 strategisch wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr liefen) mit einer Nettoleistung von 9.515 Megawatt fehlen.

Außerdem schlug die sogenannte "Kohlekommission" im Januar 2019 vor, bis 2022 Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von mindestens 12.500 Megawatt vom Netz zu nehmen.

Da die regenerativen Energien (Windkraftwerke, Solaranlagen etc.) Strom nicht verläßlich produzieren können, sind ab 2023 die Strommengen der ersatzlos stillgelegten Reservekraftwerke (Kernenergie = 9.515 MW und Kohle = 12.500 MW) in Großspeichern vorzuhalten, um überregionale Blackouts zu verhindern.

Deutschland verfügt heute nur über 36 Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von rd. 6.565 MW, die lediglich 4-8 Stunden Strom produzieren können.

Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. regionale bzw. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann.

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen (**drohende De-Industri-**

**alisierung, wirtschaftlicher Ruin sowie Zerstörung der bisherigen Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands)** sollte die deutsche Bundesregierung die angestrebte Energiewende unverzüglich reformieren und nach dem Vorbild Spaniens handeln.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Januar 2014 z.B. über die Energiewende in Spanien: >>20 Jahre Laufzeitverlängerung: Spanische Energiewende zurück zur Atomkraft

Die spanische Regierung will die Kernkraftwerke zwanzig Jahre länger am Netz lassen als bisher geplant. Ursprünglich sollte die gesamte Nuklearindustrie in diesem Jahr abgeschaltet werden. ...<<

Um zukünftig eine **zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung** zu gewährleisten sowie den weltweiten Temperaturanstieg unter 1,5 Grad Celsius zu halten, sollte sich die Bundesregierung für die Nutzung von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" einsetzen, denn Versorgungssicherheit und Klimaschutz werden ohne Kernkraftwerke, die im Betrieb keine CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen, nicht funktionieren.

### **Ablehnung der Petition vom 28. Mai 2019 durch den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages**

Am **12. Juli 2019** teilte mir der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages mit, daß zunächst eine Stellungnahme der Bundesregierung erforderlich wäre, bevor der Ausschuß über die Veröffentlichung der Petition entscheiden könnte.

Am **24. September 2019** teilte mir der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages schließlich mit, daß sich bereits eine **sachgleiche Petition** ("*Flexibilisierung des Atommoratoriums und die Berücksichtigung der Kernkraftwerknutzung als Alternative für den Klimaschutz ...*") in der parlamentarischen Prüfung befindet, **deshalb wurde von der Veröffentlichung meiner Petition abgesehen.**

Erstaunlicherweise existierte gemäß *Petitionssuche* die oben genannte sachgleiche Petition "Flexibilisierung des Atommoratoriums ..." nicht!

Am **2. Dezember 2019** teilte mir der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages folgendes mit: >>... Der Deutsche Bundestag hat ihre Petition beraten und am 14. November 2019 beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen.

... Abschließend weist der Ausschuß darauf hin, daß sich Deutschland - neben dem Ausstieg aus der Atomenergie - mit dem Klimaschutzplan 2050 das Ziel gesetzt, spätestens bis zum Jahr 2050 seine Energieversorgung nahezu vollständig zu dekarbonisieren. Damit leistet Deutschland nicht nur einen substantiellen Beitrag bei den internationalen Bemühungen, den Klimawandel zu begrenzen, sondern reduziert auch für sich selbst durch mehr Effizienz, einer geringeren Energienachfrage sowie durch den stetigen und konsequenten Ausbau erneuerbarer Energie den Bedarf an Energieimporten in Form von Gas, Mineralöl und Uran. Damit wird die vom Petenten geforderte Versorgungssicherheit nachhaltig gewährleistet. ...

Der abweichende Antrag der Fraktion der AfD, die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde mehrheitlich abgelehnt.<<

Am **14. Oktober 2019** schrieb ich eine weitere Petition an den Deutschen Bundestag (mit der Bitte um Veröffentlichung):

### **Wortlaut der zweiten Petition vom 14.10.2019**

Der Deutsche Bundestag möge die Teilverstaatlichung der konventionellen Kraftwerke in Deutschland beschließen.

### **Begründung**

Die derzeitige Energiewende setzt langfristig nur noch auf den Energiemix Gaskraftwerke und

regenerative Energien.

Man verzichtet damit auf die gegenwärtigen Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung, denn die zuvor allein durch Kohle- und Kernkraftwerke sichergestellte Grundlast-Stromerzeugung wird zukünftig allein den Gaskraftwerken auferlegt.

Windkraftwerke verursachen zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber sie ersetzen auch kein einziges konventionelles Kohlekraftwerk oder Kernkraftwerk, da die ständige Versorgungssicherheit der Wirtschaft und Endverbraucher nicht gewährleistet werden kann. Aufgrund der Unregelbarkeit der regenerativen Energieträger kann der Strom niemals sekunden-genau nach Bedarf produziert werden.

Regenerative Energieträger (Windkraft- und der Photovoltaikanlagen) sind aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen letztlich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, deshalb müssen mindestens 80 % der gesamten Stromnachfrage doppelt vorhanden sein. Die restlichen 20 % sind durch Stromimporte auszugleichen.

Gegenwärtig und zukünftig wird mit Sicherheit kein privater Betreiber von konventionellen Kraftwerken neue Gaskraftwerke errichten lassen, denn aufgrund der Vorrangseinspeisung von Wind- und Solarstrom sind alle konventionellen Kraftwerke unrentabel. Die privaten Betreiber von konventionellen Kraftwerken planen deshalb wegen fehlender Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals eher Stilllegungen als Kraftwerksneubauten.

Der Bau der erforderlichen Gaskraftwerke darf nicht weiter hinausgezögert werden, denn die Zeit drängt. Allein ab 2023 müssen in Deutschland für rund **22.000 MW** Kraftwerksleistung (Kernenergie = 9.515 MW und Kohle = 12.500 MW) Ersatzkapazitäten geschaffen werden. Das entspricht etwa 40 % der heute installierten Leistungen der Kern- und Kohlekraftwerke.

Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von **rd. 6.565 MW**) sind Störungsfälle, wie z.B. Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Black-outs) kommen kann.

Die Elektrifizierung zählt zu den wichtigsten Innovationen des 20. Jahrhunderts, denn ohne Strom kommt die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sowie das private Leben schlagartig zum Stillstand. Die Energie- und Wasserversorgung gelten in einem Sozialstaat nicht umsonst zu den wesentlichen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Es gehört zu den Haupttätigkeiten des Staates, die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen.

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen muß die deutsche Bundesregierung die Teilverstaatlichung der konventionellen Kraftwerke beschließen und unverzüglich den Bau der erforderlichen Gaskraftwerke anordnen und finanzieren.

### **Veröffentlichung der zweiten Petition 100322: Energiewirtschaft - Teilverstaatlichung konventioneller Kraftwerke**

**Am 18. Februar 2020** teilte mir der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages die Veröffentlichung meiner Petition mit.

Während der 30tägigen Mitzeichnungsfrist **zeichneten bis zum 18. März 2020 lediglich 46** Personen diese Petition.

Ungeachtet des kläglichen Scheiterns können alle 46 Mitzeichner später wenigstens darauf hinweisen, daß sie rechtzeitig vor tage- oder wochenlangen Stromausfällen gewarnt haben!

Der deutsche Kernenergetiker und Autor Manfred Haferburg berichtete am 28. Oktober 2019 über den Kernenergieausstieg im Jahre 2011 (x1.021): >>... Deutschland gehörte bis zum 11. März 2011 zu den Ländern, die auf Kernenergie setzten. Gerade 2010 hatte die Regierung Merkel den älteren deutschen Kernkraftwerken eine Laufzeitverlängerung von 10 Jahren ge-

währt, nachdem die Betreiber in Sicherheitsnchrüstungen ihrer Kraftwerke hunderte Millionen Euro investiert hatten.

Im Jahr 2000, als noch die bösen Energieriesen die Preise bestimmten, kostete die Kilowattstunde in Deutschland den Verbraucher 14 Cent.

Dann kamen der Tsunami und die Wasserstoffexplosionen von Fukushima, begleitet von einem medialen Tsunami "Deutscher Angst". Die Grünen erlebten einen Aufschwung. In Baden-Württemberg standen Landtagswahlen an. Bundeskanzlerin Merkel änderte ihre Meinung und ließ acht von 17 deutschen Reaktoren per Behördenerlaß schließen - genau die, denen kurz zuvor Laufzeitverlängerung gewährt worden war - ein Akt, der später vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt wurde. Für die Landtagswahl hat es wenig genützt.

Die Politik bewegte von nun an die energetische Basis weg von der Kernenergie hin zur Kohle. Es war wohl eher eine unbeabsichtigte Nebenwirkung, aber plötzlich fehlten 15 Prozent der Erzeugungskapazität, die von der Kohle übernommen werden mußten. Gleichzeitig wurde beschlossen, die restlichen neun Kernkraftwerke bis 2022 endgültig vom Netz zu nehmen. Das bedeutet eine Wertvernichtung von weit über 30 Milliarden Euro. Die Politik setzte umgehend alles daran, den "Fadenriß" in der Kernenergie herbeizuführen. Ich muß gestehen, dies ist komplett gelungen.

Deutschland, das einst die besten Kernkraftwerke der Welt konstruierte, baute und betrieb, kann heute noch nicht mal mehr die erforderlichen Komponenten bauen, geschweige denn einen Reaktor. Ab 2022 hat sich Deutschland für einen längeren Zeitraum von der Kernenergie verabschiedet. Und die abgeschalteten Kernkraftwerke können auch nicht mehr wieder in Betrieb genommen werden, dazu fehlen von Genehmigungen bis zu lizenziertem Personal zu viele Voraussetzungen. ...

Nachdem in Deutschland die Kernenergie als politischer Feind weg ist, der Diesel in Agonie liegt, kommt die Kohle dran. 2038 soll das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen, die Grünen fordern beliebig frühere Termine. Die Gefahr ist groß, daß sie obsiegen, hüpft doch das halbe Land dafür.

Die Bundesregierung hat die Ergebnisse der Kohlekommission begrüßt und wird diese umsetzen. Danach werden bis zum Jahre 2022 Kohlekraftwerke mit 12.700 Megawatt stillgelegt, bis 2038 insgesamt 52.100 MW (einschl. Kernkraftwerke). Zum Verständnis: Die heutige Höchstlast beträgt etwa 75.000 Megawatt. Zwei Drittel der dazu notwendigen Produktionsmittel sollen in den nächsten 19 Jahren stillgelegt werden.

Die Kosten werden auf 80 Milliarden Euro geschätzt. Eine selbst von der Kommission eingeräumte Strompreiserhöhung von 1,5 Euro ct/kWh könnte den Industriestrompreis für die Aluminium-, Stahl-, Metall- und chemische Industrie signifikant erhöhen.

Gleichzeitig aus den beiden wichtigsten Grundlast-Technologien auszusteigen - wer macht so etwas? Das ist in etwa so, als würde man Autoverkehr und den Flugverkehr gleichzeitig verbieten, ohne daß die Bahn in der Lage versetzt wird, den Transportausfall zu übernehmen.

### **Was deutsche Journalisten vergaßen**

Frankreich produziert fast 80 Prozent seiner Elektrizität mit seinen 58 Kernreaktoren und steigt seit 16 Jahren aus dem KKW Fessenheim aus. Als Macron in Paris versprach, aus der Kohle auszusteigen, wußte er etwas, das Sie, lieber Leser vielleicht nicht wissen: Frankreich produziert ganze 1 Prozent seines Stroms mit Kohle. Deutsche Journalisten vergaßen rein zufällig, dies bei ihren Jubelmeldungen zu erwähnen.

In Deutschland entscheiden linke Politikwissenschaftler, rote Gewerkschaftsfunktionäre zusammen mit schrulligen Bischöfen und spinnerten Soziologen über die Zukunft der Energiepolitik. Mir ist nicht bekannt geworden, daß kompetente Vertreter der Netzbetreiber in der Kohlekommission waren. Das ist so ähnlich wie bei der Kernenergie-Ausstiegskommission.

Da schlugen auch alle möglichen Berufsgruppen den Ausstieg vor, nur keine Ingenieure oder Fachleute. Letztendlich dienen derartig handverlesen besetzte Kommissionen der Politik als Aushängeschild und eventuell als Sündenbock für später notwendige Schuldzuweisungen. ...<<

Der deutsche Physiker und Hochschullehrer Sigurd Schulin berichtete über den Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Kernenergie (x866/...): >>Welche Energietechnik ist den Deutschen erlaubt?

... Die von den Grünen aller Parteien vorgeschlagene Stromversorgung Deutschlands durch Windräder ist also durch folgende Eigentümlichkeit gekennzeichnet: Bei Windstille wird der Strom für Küche, Fernseher usw. durch konventionelle Kraftwerke geliefert. Deutschland muß also fast die doppelte Kraftwerkleistung installieren statt der real benötigten.

Noch kurioser wird es bei Starkwind. Wegen des EEG müssen bei starkem Wind - also bei hoher Stromproduktion- die konventionellen Kraftwerke, die billigen Strom liefern, abgeschaltet werden, damit die Netzspannung nicht zu hoch wird durch den im Übermaß in das Netz gepumpten Strom. Daher die hohen und derzeit steigenden Strompreise und das Politiker-Gerede, wir hätten zu viele Kraftwerke. Natürlich haben wir in der BRD mehr Kraftwerk-Kapazität als erforderlich, weil konventionelle Kraftwerke vorgehalten werden müssen für den Fall der Windstille oder Wolken am Himmel. Man könnte mit dem überschüssigen Strom Wasserstoff erzeugen durch Wasserzersetzung, aber das ist verboten.

Denn ein noch größeres Hindernis für die Wasserstofftechnik als die Unwissenheit und Beratungsresistenz der Politiker ist die Gesetzeslage dieser unserer BRD. In dieser US-Kolonie gelten nämlich immer noch viele Kontrollratgesetze, die nach 1945 von den Besatzungsbehörden erlassen wurden. Diese Gesetze stehen gemäß Grundgesetz - Artikel 139 (Befreiungsgesetz) über jedem deutschen Recht und können von deutschen Parlamenten nicht aufgehoben werden.

Gemäß Kontrollratgesetz Nr. 23 vom 10.4.1946 ist die Kohleverflüssigung in Deutschland verboten und damit die Wasserstofftechnik, die ja ein Teil der Kohleverflüssigungstechnik ist. Ebenso ist gemäß Kontrollratgesetz Nr. 25 B die Herstellung von Methanol nach dem Hochdruckverfahren nur mit Genehmigung unserer Freunde aus der westlichen Wertegemeinschaft möglich.

**Welche Energiepolitik ist also für die BRD erlaubt?**

Kernenergie ist verboten, Energie aus deutscher Kohle unerwünscht und muß ebenfalls verboten werden, Energie aus Erdöl und Erdgas nur zulässig, wenn Öl und Gas aus den Ländern der westlichen Wertegemeinschaft stammen und die CO<sub>2</sub>-Abgabe an die Börse entrichtet wird, Wasserstoff-Energietechnik ist nicht erlaubt wegen Kontrollratgesetz Nr. 23 und da keine CO<sub>2</sub>-Abgabe für den Emissionshandel möglich ist.

Deutsche Energiepolitik im Sinne unserer Freunde aus der Londoner City und der Wall-Street bedeutet: Deutschland zahlt, auch für die Geldsäcke in Paris. Energieautarkie darf es für Deutschland nicht geben, Deutschland muß erpreßbar bleiben. Damit ist die Frage aus der Überschrift beantwortet: Keine dem deutschen Wohl dienende Energietechnik ist erlaubt. Als Energietechnik für die BRD bleiben also nur die erneuerbaren Energien ohne Speicherung. Damit ist die deutsche Frage im Sinne unserer Freunde aus dem Westen gelöst.

Wenn jetzt noch Zweifel daran bestehen, daß Deutschland immer noch von seinen Freunden aus der westlichen Wertegemeinschaft vernichtet werden soll, dann sollte man sich die Hollywood-Filme der letzten Jahre ansehen, die mit unserem Land zu tun haben.<<

**Windkraftwerke und Solaranlagen sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht grundlastfähig**

Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen hängt von den Wetterbe-

dingungen ab, deshalb ist keine bedarfsgerechte, geregelte Stromerzeugung möglich. Windkraftwerke verursachen während der Stromerzeugung zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber sie ersetzen auch kein einziges konventionelles Kohlekraftwerk oder Kernkraftwerk, da die ständige Versorgungssicherheit nicht gewährleistet werden kann.

Regenerative Energieträger sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten völlig unsinnig!

Auch der Neubau von zusätzlichen 100.000 Windkraftanlagen wäre wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten, denn Windkraftwerke sind nachweislich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen.

Die Windkraft- und Photovoltaikanlagen können aufgrund von physikalischen Begrenzungen ohne entsprechende Speichermöglichkeiten letztlich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Energieerzeugung übernehmen. Die unregelmäßige Stromeinspeisung von Wind- und Sonnenstrom verursacht fast täglich schwierige Netzschwankungen, die von den Netzbetreibern mit kostenintensiven Maßnahmen geregelt werden müssen, um Netzzusammenbrüche zu vermeiden.

Infolge der zunehmenden Erweiterung der Windenergie und der dramatischen Reduzierung der konventionellen "Schattenkraftwerke" wird die Stabilisierung der Stromnetze und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit spätestens ab 2023 nicht mehr möglich sein.

Der deutsche Physiker und Hochschullehrer Sigurd Schulin berichtete über die Erneuerbare Energie (x864/...): >>Erneuerbare Energien gegen Kernenergie?

**Solarenergie und Windenergie** fallen immer in geringer Konzentration und ungleichmäßig an. Der Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland muß allerdings stetig und zuverlässig gedeckt werden, auch wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Das bedeutet, daß bei der Nutzung von erneuerbaren Energien ein leistungsfähiger Energiespeicher erforderlich ist, der die benötigte Energie liefert, wenn keine erneuerbaren Energien vorhanden sind.

**Dieser Energiespeicher ist bekannt, nämlich Wasserstoff**, der durch Zersetzung von Wasser in seine Grundbestandteile Wasserstoff und Sauerstoff mit Hilfe von Strom aus Solarzellen oder Windrädern erzeugt werden kann. Denn die in Solarzellen oder mit Windrädern erzeugte elektrische Energie ist in der Lage, Wasser in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff zu zerlegen. Konkret heißt das: mit ca. 4,5 kWh elektrischer Energie kann man mit Hilfe von Elektrolyseuren aus etwa einem Liter flüssigem Wasser ca. einen Kubikmeter gasförmigen Wasserstoff und 0,5 Kubikmeter Sauerstoff erzeugen.

Diese Gase kann man speichern und bei Energiebedarf wieder rekombinieren lassen. Dabei wird die bei der Wasserzersetzung aufgewandte Energie zum großen Teil wieder gewonnen als thermische oder auch als elektrische Energie - letzteres in Brennstoffzellen. Es macht also keinen Sinn, Windräder oder Solarzellen zu entwickeln, wenn man sich nicht auch um die dazu passende Speichertechnik kümmert. Dies hat man in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten nicht in der notwendigen Weise getan, obwohl die Wissenschaft immer die Politiker darauf hingewiesen hat.

Das führt nun zu der absurden Tatsache, daß für 1.000 Megawatt installiert Windkraftleistung fast die gleiche konventionelle Kraftwerkleistung vorgehalten werden muß für den Fall eventueller Windflauten. Denn wenn die Windräder keine oder zu geringe Leistung abgeben, muß diese aus anderen zusätzlichen Kraftwerken kommen. Wenn diese nicht vorhanden sind, werden die konventionellen Kraftwerke überlastet, die dann nach ca. 30 Minuten wegen Überhitzung der Generatoren abschalten. Die Stromlieferung ist somit zu Ende und nicht einfach wieder in Betrieb zu setzen.

Umgekehrt weiß man bei Starkwind in Schleswig-Holstein nicht, wohin mit der erzeugten elektrischen Leistung. Denn wenn man den Strom direkt ins Netz einspeist, steigt dessen

Spannung. Das führt schließlich dazu, daß die angeschlossenen Glühlampen und Geräte den Geist aufgeben. Natürlich könnte man mit dem erzeugten Strom sofort Wasser zersetzen und Wasserstoff erzeugen, den man speichern oder dem Erdgas zumischen kann.

**Aber man tut es nicht!** Vielmehr tut man etwas ganz Absurdes: man reduziert bei Starkwind die Leistung der konventionellen Kohlekraftwerke und Kernkraftwerke, die billigen Strom erzeugen, damit die Windräder ihren teuren Strom nach dem Erneuerbaren Energien Gesetz ins Netz speisen können.

Seit ca. 1960 wurden von Wissenschaft und Technik in Deutschland Vorschläge gemacht, die Wasserstofftechnik für die Energieversorgung zu entwickeln. Dies ist hartnäckig von den politischen Entscheidungsträgern nicht zur Kenntnis genommen worden. Neben der Solar- und Windenergie-technik hätte die Wasserstofftechnik zügig entwickelt werden müssen, um zu einem nachhaltigen und realistischen sowie wirtschaftlichen Energiesystem auf der Basis erneuerbarer Energien zu kommen. Wie schon erwähnt, ist dies nicht geschehen.

Die in Deutschland seit den 1980er Jahre laufenden experimentellen Wasserstoffprojekte zur Speicherung erneuerbarer Energien wurden seit den 1990er Jahren nicht mehr gefördert, obwohl sie erfolgversprechende Ergebnisse geliefert hatten. Beispiele sind die eingestellten Hy-solar-Projekte an der Universität Stuttgart, das Solar-Wasserstoff-Bayern-Projekt in Neunburg vorm Wald, das Projekt bei der Fraunhofer-Gesellschaft in Freiburg, an der Fachhochschule Wiesbaden, bei verschiedenen Firmen. Es ist kaum etwas übrig geblieben von diesen vielfältigen zukunftsweisenden Entwicklungsaktivitäten.

Der Vorschlag, die Wasserstofftechnik zur Methanoltechnik weiterzuentwickeln, wurde von der Politik erst gar nicht angenommen. Da die Speicherung von gasförmigem Wasserstoff aufwendig und teuer ist, wurde vorgeschlagen, den mit erneuerbaren Energien erzeugten Wasserstoff mit Kohlendioxid reagieren zu lassen. Dabei entsteht Methanol, ein flüssiger Energieträger und Chemierohstoff, der leicht speicherbar ist und für den auch schon eine Speicherinfrastruktur besteht, wie z.B. Tankstellen.

Die Entwicklung breitbandiger Solarzellen hohen Wirkungsgrades wurde nicht vorangebracht. Ein ingenieurmäßiger realistischer Entwurf großer Wasserstoffsysteme zur Energieversorgung abgelegener Regionen mit Hilfe von erneuerbaren Energien und Wasserstoff fand nicht statt. Die Entwicklung zur Serienreife dieser für die landesweite Anwendung der erneuerbaren Energien unabdingbaren Techniken dauert Jahrzehnte.

Welches die Gründe sind für die Ablehnung der Wasserstofftechnik durch die Politik, ist nicht nachvollziehbar, denn die erneuerbaren Energien ohne Speicherung sind in einem Industrieland wie Deutschland Unfug.

Vermutlich steckt dahinter die Absicht unserer Freunde aus der Londoner City, die deutsche Industrie zu vernichten bzw. ins Ausland zu treiben. Wegen der in den letzten Jahren begangenen Fehler der Energiepolitik wird darum kein Weg an der Nutzung der Kernenergie in den nächsten 30-40 Jahren vorbei führen. Nur so kann der Zusammenbruch unseres Sozialsystems verhindert werden. Die erneuerbaren Energien können beim jetzigen Stand der Technik den Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland nicht decken. Wenn das Speicherproblem gelöst ist, können sie einen größeren Anteil der Energieversorgung Deutschlands gewährleisten, aber nie 100 %.<<

Der deutsche Kernenergetiker und Autor Manfred Haferburg berichtete am 28. Oktober 2019 über die "erneuerbaren" Energien (x1.021): >>... **Da kann ein Bauer das Bauern aufgeben**

Wo in Deutschland erwirtschaften Grundbesitzer das meiste Geld pro Quadratmeter? In den Toplagen der großen Städte? Nein, in der norddeutschen Tiefebene. Dort, wo der Wind kräftig und häufig weht, lassen sich Spitzenpachten für Windkraftanlagen erzielen: bis zu 100.000 Euro pro Windrad und Jahr. In schlechten Lagen sind es "nur" 25.000 Euro pro Jahr und Windrad. Da kann ein Bauer schon mal getrost das Bauern aufgeben und sein Land lieber an

Windmüller vermieten. So gehen geschätzte 1,5 Milliarden Euro pro Jahr allein an Pacht für Windanlagenstandorte über den Tisch. Bezahlt von den Steuerzahlern und Stromkunden. ... Der physikalische Unsinn der Energiewende begann schon mit den Namen "Erneuerbare Energie". Energie kann nach den Hauptsätzen der Wärmelehre nämlich nicht erneuert werden. Und sie läßt sich auch nicht wenden. ...

### **Schweinshaxe oder Gemüsebrühe - was stillt den Hunger?**

Die "erneuerbaren" Energien haben neben ihrer Unzuverlässigkeit noch ein weiteres schwerwiegendes Problem. Sie haben eine niedrige "Energiedichte". Was ist das nun wieder? Das läßt sich am besten am Vergleich mit gutem Essen festmachen.

Die mittelalterlichen Energiequellen Sonne und Wind haben eine extrem niedrige Energiedichte. Es braucht riesige Geräte oder Flächen, um damit wenig Strom erzeugen zu können. Das ist vergleichbar mit einer Gemüsebrühe ohne Gemüse - man muß die Brühe literweise löffeln und wird nicht satt. Deshalb waren die Menschen im Mittelalter im wahrsten Sinne des Wortes energiehungrig. Auch die biologischen Energieträger Holz und Energiepflanzen haben eine niedrige Energiedichte - zu vergleichen mit einer dünnen Gemüsesuppe, die nicht vorhält. Wegen der niedrigen Energiedichte braucht man für die Versorgung von Bioreaktoren so riesige Anbauflächen.

Die fossilen Energieträger Öl und Kohle, auch Erdgas unter Druck, haben eine recht gute Energiedichte, vergleichbar mit einer reichhaltigen Erbsensuppe mit Speck und Würstel. Man wird satt und es hält vor. Mit einem Tank Diesel können Autos tausend Kilometer fahren.

Die höchste bekannte Energiedichte hat die Kernenergie. Das ist wie Grillhaxe mit Buttercremetorte und Schlagobers obendrauf. Die Energiedichte von Uran ist extrem hoch. Die Spaltung von 1 kg Uran setzt ca. 24.000 Megawattstunden = 24 Millionen Kilowattstunden Wärme frei - gleich viel wie die Verbrennung von ca. 3.000 Tonnen Steinkohle.

Die Energiedichte der "Erneuerbaren" läßt sich kaum noch verbessern, sie ist physikalisch begrenzt. Selbst in der Sahara um die Mittagszeit kommt nur eine bestimmte Menge Sonnenlicht pro Quadratmeter an. Da hilft auch der revolutionärste Kollektor nichts, mehr als ankommt, kann nicht herauskommen - sonst wäre es ein Perpetuum mobile. Im gängigen Szenario der Bundesregierung erfordert allein die in der Planung "onshore" angesetzte Windenergie im Mittel - über Stadt und Land verteilt - alle 2,5 Kilometer im Raster ein Windrad.

Für die Sonnenenergie sind zusätzlich Solarzellen mit einer Zellenfläche von mehr als tausend Quadratkilometern erforderlich. Dies, obwohl alle Vorteile der "Sektorkopplung" (Kraft-Wärmekopplung, Wärmepumpen und Speicher usw.) in die Schönrechnung schon einbezogen sind. Wie realistisch so etwas ist, mag jeder selbst beurteilen. ...

Der Steuerzahler zahlt sogar für "Geisterstrom". Im ersten Quartal 2019 zahlte die Bundesnetzagentur rund 364 Millionen Euro an Betreiber von Windkraftanlagen - für Strom, der nie produziert wurde. Wenn nämlich der Wind besonders günstig weht, liefern die Windmühlen mehr Strom; als verbraucht werden kann. Dann müssen neben den normalen Kraftwerken sogar Windkraftanlagen abgeregelt werden, da bei zu viel Produktion die Frequenz im Netz nicht im Normbereich gehalten werden kann.

Das passiert immer dann, wenn unsere Nachbarn die Überproduktion selbst dann nicht nehmen können oder wollen, wenn Deutschland für die Abnahme bezahlt. Daß die Stromabnahme vergütet wird, heißt euphemistisch: "negative Strompreise" und meint: der Stromkunde zahlt dreifach - nämlich ans Ausland, an den Finanzminister und an die Windmüller.

Windenergie trägt ganze 3 Prozent zur Energieversorgung bei. Rechnet man die gesamten der "Klimarettung" anrechenbaren Positionen mit Umlagen, Abgaben und Steuern sowie die Kosten des jetzt beschlossenen Ausstiegs zusammen, so ergibt sich eine Zahl, die selbst schlimmste Befürchtungen mehr als deutlich übertrifft: Dreißig Jahre EEG werden Deutschland wahrscheinlich schon bis 2030 eine Billion Euro (1.000.000.000.000 €) gekostet haben.

Da sind die 250 Milliarden für die Verkehrswende noch gar nicht dabei. ...

Meist wird in den Medien, zum Vergleich mit konventionellen Kraftwerken, die installierte Leistung von Sonnen- und Windkraftanlagen angegeben, statt der tatsächlich nutzbaren Leistung.

Die tatsächlich im ganzjährigen Betrieb im Mittel gelieferte nutzbare Leistung einer Windkraftanlage ist nur ein Viertel (25 Prozent), die einer Photovoltaikanlage ein Achtel (12 %) der installierten Leistung. Zum Vergleich: ein KKW erreicht über 90 Prozent Nutzung der installierten Leistung. Wie man sieht, lassen sich mancherlei Erfolgszahlen zu Wind- und Sonnenkraft in die Welt setzen. Aber die halbe Wahrheit bleibt hier eine ganze Lüge. ...

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, auch vom Dach des Bundestages: Ohne eine bezahlbare, großtechnisch nutzbare Speichertechnologie ist die Energiewende verloren. Und diese Speichertechnologie ist noch nicht erfunden. ...

Der gern gepflegte Mythos der Energiewende: "Irgendwo ist immer Wind" ist ungefähr so wahr, wie der Slogan "Wind und Sonne schicken keine Rechnung". Eine umfassende Auswertung der Wetterdaten über viele Jahre durch die VGB (Vereinigung der Großkesselbetreiber) ergab, daß es durchaus und nicht selten europaweite Dunkelflauten gibt ...

Für eine der nicht seltenen zweiwöchigen Dunkelflauten würde man zur Stromversorgung Deutschlands 21 Terawattstunden Speicherkapazität benötigen. Es sind aber nur 0,04 Terawattstunden vorhanden. Das sind die 36 deutschen Pumpspeicherwerke - alle anderen Speicher tragen gar nicht meßbar bei. Um also die zweiwöchige Dunkelflaute zu beherrschen, benötigt man zusätzlich 17.500 Pumpspeicherwerke der gängigen Größe, die es nicht gibt und die man auch schon auf Grund geologischer Gegebenheiten in Deutschland nicht bauen kann.

...

Die Deutsche Energiewende leidet unter einem nicht korrigierbaren Konstruktionsfehler: Ohne eine bezahlbare großtechnische Speichertechnologie ist die stabile Versorgung eines Industriestaates mit Elektroenergie durch Wind- und Solar nicht zu gewährleisten. Diese Speichertechnologie ist noch nicht erfunden. Ohne eine bezahlbare, zuverlässige und großindustriell nutzbare Speichertechnologie muß die Energiewende scheitern.

Es sollte uns zu denken geben, daß kein einziges Land der Welt den deutschen Vorreitern folgt - so werden aus Vorreitern schnell vom Klimawahn gepackte Geisterreiter. Ein Wahn, wenn er die Masse erfaßt, entfaltet womöglich größere Zerstörungskräfte als eine Atombombe. ...<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtete im Februar 2020 (x355/82-84): >>Klimaschutz: Krieg gegen den Naturschutz

Von *Gerhard Wisniewski*

... Die schlimmsten Umweltverbrechen werden heute im Namen des Klimaschutzes verübt. In Wahrheit ist es der Klimaschutz, der den Planeten ruiniert. Mittlerweile stehen echte Umweltschützer weltweit gegen "Klimaschützer" oder "Klimaschutzprojekte" auf. Nehmen wir beispielsweise die hochgelobten "regenerativen Energien" wie Windkraft oder Photovoltaik. Mit einem Mal werden ganze Landschaften mit riesigen Windrädern verschandelt, und der Bauer baut auf seinen Feldern plötzlich kein Getreide mehr an, sondern stellt die Gegend mit häßlichen Solaranlagen zu: "Landschaftspflege" im Zeitalter des Klimaschutzes.

Die monströsen Windräder zerstören nicht nur die Landschaft, sondern auch das Leben von Menschen und Tieren. Und sie decken nur einen minimalen Teil unseres Endenergieverbrauchs.

Das "Aktionsbündnis Gegenwind-Oberfranken" hat ein langes Sündenregister der großen Strompropeller aufgestellt:

"Windkraftanlagen zerstören die Landschaft, die Natur, unsere Heimat und damit unsere Identität, führen zu einer erheblichen Verschlechterung der Lebensqualität, gefährden unsere Ge-

sundheit und das Wohlbefinden, töten Vögel und Fledermäuse (und Insekten, siehe S.71), entwerten Immobilien und Grundeigentum, verhindern die Entwicklung des Fremdenverkehrs, vernichten Arbeitsplätze durch übersteigerte Stromkosten, sind völlig unwirtschaftlich aufgrund der schwachen Windverhältnisse in unserer Region, ersetzen kein einziges Kraftwerk, weil der Wind unregelmäßig oder gar nicht weht, gefährden die Netzstabilität und damit die nationale Stromversorgung, denn Windstrom kann nicht großtechnisch gespeichert werden; sind absolut überflüssig und dienen nur zur wirtschaftlichen Umverteilung von unten nach oben, spalten die "soziale Gemeinschaft."

### **Die Lüge vom Energie-Speichern**

Dabei ist das noch gar nicht alles. Denn Windräder und Solarflächen kommen selten allein, sondern haben noch Speicherseen und Pumpspeicherkraftwerke im Gepäck. ... Da der Strom aus Windrädern und Photovoltaikanlagen prinzipiell unberechenbar ist, kann man ihn auch nicht bedarfsgerecht produzieren, so daß die Stromwirtschaft im Prinzip so haushalten muß, als gäbe es ihn gar nicht. Kurz, sie muß genauso viele Kraftwerke und Kapazitäten vorhalten wie ohne Windräder oder Solaranlagen. Wenn der Strom witterungsbedingt dann aber anfällt, gibt es plötzlich zu viel davon, er wird nicht oder nicht in nennenswertem Umfang gebraucht und muß irgendwohin.

Ja, aber warum denn? Kann man die Windanlagen dann nicht einfach drosseln oder abstellen? Eigentlich schon, aber laut Erneuerbare-Energien-Gesetz haben die Anlagenbetreiber "Anspruch auf unverzüglichen und vorrangigen Anschluß ihrer Anlage an das Stromnetz. ...

Das heißt, daß derartige Anlagenbetreiber auf Teufel komm raus produzieren können, egal, ob der Strom gebraucht wird. Er muß abgenommen werden, und zwar zu einem garantierten Preis! ...

Weil die Befürworter dieser Energieform hierzulande nicht wissen, wohin mit den überschüssigen "Stromspitzen" durch Windkraft und Sonnenenergie, müssen Staubecken her, um Wind- und Sonnenkraft zu speichern: Bei Stromüberschuß soll das Wasser hinaufgepumpt, bei "Stromtälern" hinabgelassen werden und in Turbinen Strom erzeugen. Von dem enormen Energieaufwand für den Bau eines solchen Kraftwerks redet allerdings niemand. Und auch nicht von der Energie, die allein dafür verbraucht wird, Millionen Tonnen Wasser einen Berg hoch zu pumpen. Von "Speichern" kann also eigentlich keine Rede sein ...

### **Verbrechen im Namen des Klimaschutzes**

Die verheerenden Folgen der "regenerativen Energien" werden von "Klimaschützern" und Politikern verschwiegen und/oder schöneredet. Während alle Welt von "Klimakillern" spricht, redet niemand von Klimaverbrechen, die im Namen des "Klimaschutzes" verübt werden. Der wissenschaftlich nicht begründbare "Klimaschutz" hat sich längst zu einer gefährlichen Ideologie entwickelt, welche die Zukunft unseres Planeten bedroht. ...

Zwar ist äußerst zweifelhaft, ob es den menschengemachten "Klimawandel" überhaupt gibt, daß aber unter dem Deckmantel des Klimaschutzes schwerste Umweltverbrechen verübt werden, ist eine Tatsache. Beim "Klimaschutz" geht es schon längst nicht mehr mit rechten Dingen zu. ...<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages berichtete am 15. September 2020 in ihrem Antrag - Kernkraft für Umweltschutz, Drucksache 19/22435 über die Windenergie (x1.022/...): >>... Die "Erneuerbaren" könnten ohne den fossil-nuklearen Kraftwerkspark überhaupt nicht existieren. Obwohl die "Erneuerbaren" sogar Vorrang bei der Einspeisung genießen, wurde von ihren fanatischen Anhängern die Mär von den "verstopften Netzen durch fossil-nuklearen Strom" erfunden. Früher reichte an den Knotenpunkten des Stromnetzes ein Nachtwächter, heute ist der sogenannte Redispatch dank der "Erneuerbaren" ein eigener Personal- und Kostenfaktor geworden.

Um die Kernkraft zu diskreditieren werden Nebensächlichkeiten zu riesigen Problemen aufge-

blasen, z.B. daß Kernkraftwerke wegen Überhitzung der Flüsse gedrosselt werden müssen. Das passiert zwar sporadisch (ebenso bei Kohle- und Gaskraftwerken), spielt aber für die Kosten und Stabilität der Stromerzeugung praktisch keine Rolle und erledigt sich spätestens mit dem Einsatz eines Kühlturms. Mit der Wetterabhängigkeit der "Erneuerbaren" ist das überhaupt nicht zu vergleichen.

Schließlich sind die "Erneuerbaren" eine Technik der Vergangenheit, nicht der Zukunft. Windenergie, in Europa schon vor fast tausend Jahren genutzt, hatte seine Blütezeit vor 200 Jahren und wurde wegen der Effizienzsteigerung der Wärmekraftmaschinen durch fossile Energie abgelöst, was wesentlich zum heutigen Wohlstand geführt hat. ...<<

Die AfD (Alternative für Deutschland) berichtete am 1. September 2021 über die "Erneuerbaren Energien" Wind und Sonne: >>... Die AfD sagt selbstverständlich auch "Ja zum Umweltschutz", macht aber Schluß mit der "Klimaschutzpolitik" und mit den Plänen zur Dekarbonisierung und "Transformation der Gesellschaft".

Der von Wind und Sonne erzeugte Strom schwankt beständig zwischen Null und voller Leistung. Die installierte Leistung dieser volatilen Stromerzeuger beträgt bereits mehr als 80 Gigawatt und müsste daher ausreichen, Deutschland selbst bei maximalem Verbrauch vollständig mit Strom zu versorgen. Real aber haben diese "Erneuerbaren-Energien-Anlagen" (EE-Anlagen) in der Vergangenheit im Durchschnitt nur einen Bruchteil ihrer Nennleistung geliefert, an vielen Tagen im Jahr sogar nur wenige Prozent. Deshalb können diese Anlagen kein einziges herkömmliches Großkraftwerk ersetzen. Außerdem erzwingen sie einen massiven Ausbau der Leitungsnetze, der zu weiteren erheblichen Kosten führt.

Die "Erneuerbaren Energien" Wind und Sonne hängen vom Wetter, den Tages- und Jahreszeiten ab und ihre Erträge sind nicht kalkulierbar. Eine Speicherung von Strom für den Ausgleich der ständig schwankenden "Erneuerbaren Energien" bis hin zu längeren Dunkelflauten ohne Wind und Sonne ist wirtschaftlich nicht möglich. Bedingt durch ihre geringen Leistungsdichten haben diese "Erneuerbaren" einen hohen Flächen- und Materialverbrauch und sind im großen Maßstab schädlich für Mensch, Natur und Umwelt. Kohle-, Kern- und Gaskraftwerke sollen in Betrieb bleiben, solange deren Betreiber es unter marktwirtschaftlichen Bedingungen für sinnvoll halten.

Die steigende Zahl der volatilen Stromerzeuger gefährdet zunehmend die Netzstabilität. Entsprechend stark ist die Zahl der stabilisierenden Netzeingriffe gestiegen, die nötig wurden, Stromausfälle bis hin zum Totalausfall zu vermeiden. ...

Das Errichten weiterer (erneuerbare Energie)-Anlagen stößt an Grenzen. Flächendeckender Starkwind an wolkenlosen Tagen führt schon jetzt zu nicht nutzbarem Stromüberschuß. Gegenteilige Wetterlagen führen zu elektrischer Unterversorgung, die sich nur durch konventionelle Erzeugung ausgleichen läßt. Überschußstrom zu nutzen, wäre nur mit großen Stromspeichern möglich. Aber die gibt es nicht. Es gilt der Satz: "Ohne große Stromspeicher ist die Energiegewende nicht möglich ..." <<

Manuela Niblock berichtete am 2. September 2021 über die Klima- und Umweltpolitik der "Grünen" (x1.023/...): >>**Die Entzauberung der Grünen**

### **Ein Blick hinter die Fassade der angeblichen Natur-, Tier- und Umweltschutzpartei**

... Die Natur interessiert die Grünen immer nur dann, wenn sich daraus Vehikel zur Durchsetzung ihrer Sozialismus-Ideologie ergeben.

Oder wie will man aus Naturschutzsicht erklären, daß man sich, als wegen dem Bau von Stuttgart 21 einige Bäume gefällt werden sollten, Sorgen um den in diesen Bäumen lebenden Juchtenkäfer machte, aber auf der anderen Seite uralte Waldflächen, die Lebensraum für unzählige Tierarten bilden und ein wichtiger Bestandteil für unser Klima sind, abgeholzt wurden bzw. werden sollen, um dort gewaltige Windräder hinzustellen, die nicht nur die schöne Landschaft verschandeln, sondern unserer Natur große Schäden zufügen.

Solch gigantische Windräder benötigen nämlich gewaltige Fundamente, die über große Flächen hinweg den Boden versiegeln. Pro Windrad, versteht sich!

Boden in den bei starkem Regen das Wasser verteilt auf großer Fläche langsam einsickern konnte. Dieses Wasser muß nach dem Bau dann aber woanders hin fließen, also sollte man sich dann nicht wundern, wenn durch den Bau von immer mehr Windrädern die Gefahr von Hochwassern vielerorts steigen wird. Irgendwo muß das Wasser ja schließlich hin, wenn es auf natürliche Weise nicht mehr ausreichend auf unbebauter Fläche absickern kann. ...

Davon will man dann aber sicher nichts wissen und an kommenden Hochwassern ist dann sicher wieder nicht das Politikversagen schuld sondern der Klimawandel. ...

Zu jedem Bau eines so gewaltigen Windrades kommen dann ja auch noch die Schneisen in Autobahnbreite dazu, die quer durch den Wald geschlagen und die befestigten Straßen, die gebaut werden müssen, damit die Baumaschinen und Schwertransporte, die gebraucht werden um die riesigen Rotorblätter und alle anderen Bestandteile dieser Monster-Propeller zum zukünftigen Standort zu transportieren, zu den Bauplätzen fahren können. Dies ebenfalls pro Windrad!!

Unsere letzten nicht zersiedelten Waldgebiete werden dadurch unwiederbringlich zerstört.

Die problematische Entsorgung wesentlicher Teile von Windrädern ist auch ein Punkt, der nicht unter den Tisch gekehrt werden sollte. ...

Die Abholzung von uralten Waldflächen und die Versiegelung von Böden sind aber nicht die einzigen Eingriffe in den Lebensraum vieler Tiere die durch Windräder verursacht werden, denn Jahr für Jahr werden unschätzbare (die genaue Zahl ist offen, da nicht alle geschlagenen Tiere gefunden und gemeldet werden und nicht wenige Tierkörper über Nacht auch vom Raubwild und Greifvögeln weggeschleppt / gefressen werden) Mengen von Vögeln, Fledermäusen sowie Insekten durch Windräder getötet, darunter auch seltene Vögel wie Milane, Bussarde und sogar Störche. Von der Lärmbelästigung der Anwohner gar nicht erst zu reden.

...

Zum Thema Insektensterben sollte nicht unerwähnt bleiben, daß es die Grünen waren, die sich für Biosprit etc. stark gemacht und somit auch die Entstehung von Mais- und Raps-Monokulturen gefördert haben. ...<<

### **Sekundengenauer Ausgleich der Stromnachfrage ist nur durch konventionelle Kraftwerke möglich**

Die konventionelle Stromerzeugung bestand bis zum Ausstieg aus der Kernenergie aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast sowie aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast. Pumpspeicherkraftwerke, Wasserkraftwerke und Biogasanlagen zählen ebenfalls zu den konventionellen Stromerzeugungsanlagen, denn sie gehören zu den regelbaren Stromerzeugern.

Diese konventionellen Anlagen lassen sich bedarfsgerecht betreiben. Aufgrund der Regelbarkeit dieser Kraftwerke kann der Strom sekundengenau nach Bedarf produziert werden. Der sekundengenau Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz. Der Stromverbrauch richtet sich leider nicht danach, ob der Wind weht und ob die Sonne scheint, deshalb ist der gleichzeitige Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohle ideologischer Wahnsinn.

Regenerative Energieträger sind aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen letztlich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, deshalb waren bis zum Jahre 2011 etwa 80 % der gesamten Stromnachfrage von 83.000 Megawatt doppelt vorhanden.

Diese "Schattenkraftwerke" (doppelter Aufbau der deutschen Stromversorgung), d.h. konventionelle Kraftwerke müssen dann einspringen, wenn die Windkraft- und Photovoltaikanlagen

sturm- oder flautenbedingt nicht zur Verfügung stehen. Damit wurden bis zur Energiewende im Jahre 2011 grundsätzlich etwa 80 % (rd. 22 % Kernkraftwerke und 58 % konventionelle Kraftwerke) der gesamten Stromnachfrage doppelt vorgehalten.

Die restlichen 20 % wurden durch Stromimporte ausgeglichen.

Die Netzbetreiber gingen bei ihren Planungen davon aus, daß 2023 immer noch konventionelle Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund 66.400 Megawatt (80 % der Stromnachfrage von etwa **83.000 Megawatt**) in Deutschland zur Verfügung stehen müssen, um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können.

Der deutsche Kernenergetiker und Autor Manfred Haferburg berichtete am 28. Oktober 2019 über die Belastungsschwankungen innerhalb des Stromnetzes (x1.021): >>... **Wie funktioniert ein Stromnetz?**

Wenn Deutschland dennoch eine Dekarbonisierung der Stromerzeugung versuchen will - ist es dann technisch möglich, die Versorgungssicherheit ohne großtechnische Speicher zu gewährleisten?

Waren Sie, lieber Leser, schon einmal in einem alten Fabrikmuseum? Da gibt es eine große Welle mit vielen Riementreibrädern unter der Decke - so lang wie die ganze Werkhalle. Diese Welle dreht sich mit konstanter Drehzahl, angetrieben von einer Dampfmaschine über einen Riementrieb auf der einen Seite. Diese Welle versinnbildlicht das Stromnetz. Das Netz stellt physikalisch eine starre Welle dar, die sich mit 50 Umdrehungen pro Sekunde im ganzen Land - von München bis Hamburg - überall gleich dreht. Die Stromnetzwellen werden von tausenden "Dampfmaschinen" - den Kraftwerken - angetrieben, und Millionen Verbraucher können, ohne zu fragen, beliebig Verbraucher zuschalten.

In unserem Museum stehen unter der Welle in Reih und Glied die Werkzeugmaschinen. Das sind die Verbraucher. Jeder Arbeiter in der Halle kann jetzt bei Bedarf den Treibriemen seiner Maschine auf die sich drehende Welle werfen (daher kommt der Ausdruck: "den Riemen auf die Orgel werfen") und somit Last abnehmen - also in unserem Sinne Strom verbrauchen. Rein physikalisch sinkt jetzt durch die neue Belastung die Drehzahl der Welle. (Etwa wie bei einem Auto, das plötzlich den Berg hoch muß). Die Dampfmaschine "gibt etwas mehr Gas", der Fliehkraftregler öffnet die Dampfzufuhr und hält die Drehzahl konstant.

Wenn jetzt viele Arbeiter gleichzeitig den Riemen auf die Orgel werfen, dann MUß die Dampfmaschine stark genug sein - und zwar sekundengenau - um die Drehzahl konstant zu halten, sonst dreht sich die Welle durch die Überlast immer langsamer. (Das ist wie beim Auto: Wenn der Motor nicht genug Leistungsreserve für den Berg hat, geht die Drehzahl runter und der Motor wird eventuell "abgewürgt").

### **Wie man das Netz "abwürgen" kann und was dann passiert**

Bei unserem Stromnetz darf sich die Welle aber nur minimal langsamer als 50-mal pro Sekunde drehen, schon bei unter 49 Umdrehungen pro Sekunde fallen ganze Teile des Netzes aus, bei 47,5 U/sec wird es "abgewürgt" - die Kraftwerke fallen aus, es kommt zum Blackout.

Das System muß so ausgelegt werden, daß sich die Drehzahl unserer "Netzwellen" weder nach oben oder nach unten ändert, sonst bricht das Netz zusammen, und es gibt einen Blackout. Beim Blackout fällt die Dampfmaschine aus, die Welle bleibt stehen und nichts geht mehr. Die Netzbetreiber können ein Lied davon singen, was bei Halbzeitpausen von populären Fußballspielen im Netz passiert, wenn Millionen von Zuschauern plötzlich in Klo oder Küche Licht anmachen und Kaffeekessel oder Bratpfanne anwerfen.

Das bisherige Stromnetz war für solche Belastungsschwankungen ausgelegt. Große Kraftwerke konnten wetterunabhängig Tag und Nacht Grundlast liefern und die Welle konstant drehen. Die Belastungsschwankungen wurden durch Mittel- und Spitzenlastkraftwerke vom Netzbetreiber sauber ausgeglichen, die Netzwellen drehten sich konstant mit 50 Umdrehungen pro Sekunde, egal was die Kunden machten. ...

Je billiger Strom an der Börse ist, desto teurer für den Verbraucher. Wie kommt es zu diesen exorbitanten Kosten. Die Erzeugungskosten einer Kilowattstunde kostet doch je nach Groß-Kraftwerkstyp nur zwischen drei und fünf Cent pro Kilowattstunde.

Da aber die Besitzer der Windräder und Solarpaneele feste Vergütungen bekommen, die weit über diesem Preis liegen und ihr Strom auch noch Vorfahrt ins Netz hat, entsteht die absurde Situation: je billiger der Strom an der Börse gehandelt wird, um so teurer wird er für den Verbraucher, der die Differenz zwischen Börsenpreis und fester Vergütung aufbringen muß. Und nicht zu vergessen - der Finanzminister. Je teurer der Strom, um so höher die Staatseinnahmen. Sie machen nämlich 53 % des Strompreises aus.

Die günstig produzierenden herkömmlichen Kraftwerke können in dem Subventionsgestrüpp nicht überleben. Da der Strom der "Erneuerbaren" per Gesetz Vorfahrt hat, kommen sie nicht auf genügend Betriebsstunden. Immer bei Wind und Sonne müssen Kraftwerke ihre Produktion drosseln und haben so nicht genug Einnahmen, um ihre Kosten zu decken. Die Kosten, von den Brennstoffkosten mal abgesehen, bleiben nämlich bei einem Kraftwerk dieselben, ob es nun produziert, oder nur rumsteht, um im Notfall einzuspringen, wenn Wind und Sonne schwächeln.

Und so kommt es, daß die Kraftwerksbetreiber ihre Anlagen schließen müssen, da sie unrentabel sind. Sie haben für 47 Kraftwerke die Stilllegung beantragt, darunter sind die modernsten Gaskraftwerksblöcke Deutschlands in Irsching. Selbst die dringend notwendigen Pumpspeicherwerke sind unrentabel - Absurdistan läßt grüßen.

Was macht Vater Staat, der ja nach eigenem Bekunden so viel wie möglich Kraftwerke stillen will? Er erlaubt die Schließungen von mehr als der Hälfte der beantragten Kraftwerkschließungen nicht und stuft sie als "Systemkraftwerke" ein. Das heißt, sie werden unbedingt gebraucht. Der Staat, also genauer gesagt der Steuerzahler und Stromkunde, subventioniert nun auch noch diese Kraftwerke, damit in Deutschland nicht die Lichter ausgehen. Es werden sogar neue Systemkraftwerke gebaut, die nicht für den Markt produzieren, sondern nur in Notsituationen das Netz zu stabilisieren sollen und die der Steuerzahler auch bezahlen muß.

...<<

## **Kürzung der Grundlaststromerzeugung von 80 % im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022**

### **Kernenergieausstieg**

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit berichtete am 30. April 2018 über den Atomausstieg (x1.002): >>Milestones des Deutschen Atomausstiegs

2000: Bundesregierung (SPD, Grüne) verhandelt eine Ausstiegsvereinbarung mit den 4 EVU (im sogenannten "Atomkonsens" werden sogenannte "Reststrommengen" mit den 4 EVUs vereinbart)

2002: Atomausstiegsgesetz tritt in Kraft

Dezember 2010: Mit dem Elften Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes der Bundesregierung von CDU/CSU und FDP werden die Laufzeiten verlängert. Die AKWs sollen durchschnittlich zwölf Jahre länger Strom produzieren

März 2011: Reaktorkatastrophe von Fukushima

März 2011: Moratorium (alle 17 AKW in Deutschland werden auf Sicherheit überprüft, 8 AKW werden vorübergehend vom Netz genommen)

Sommer 2011: Der Bundestag beschließt im parteiübergreifenden Konsens (CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne) mit dem Dreizehnten Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes den beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie: 8 AKW wird Berechtigung zum Leistungsbetrieb entzogen, für die anderen 9 AKW werden gestaffelte Enddaten eingeführt; die letzten drei AKW werden spätestens 2022 vom Netz gehen.<<

## **Die letzten noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland (Stand: März 2021):**

Kernkraftwerk **Gundremmingen C** (Bayern)  
Typ/**Nettleistung** Druckwasserreaktor: **1.288 Megawatt (MW)**  
Kraftwerksbetreiber RWE  
**Laufzeit** 1985 bis zum **31. Dezember 2021**

Kernkraftwerk **Grohnde** (Niedersachsen)  
Typ/**Nettleistung** Druckwasserreaktor: **1.360 Megawatt (MW)**  
Kraftwerksbetreiber PreussenElektra  
**Laufzeit** 1985 bis zum **31. Dezember 2021**

Kernkraftwerk **Brokdorf** (Schleswig Holstein)  
Typ/**Nettleistung** Druckwasserreaktor: **1.410 Megawatt (MW)**  
Kraftwerksbetreiber PreussenElektra  
**Laufzeit** 1986 bis zum **31. Dezember 2021**

Kernkraftwerk Emsland (Niedersachsen)  
Typ/**Nettleistung** Druckwasserreaktor: **1.335 Megawatt (MW)**  
Kraftwerksbetreiber RWE  
**Laufzeit** 1988 bis zum **31. Dezember 2022**

Kernkraftwerk **Neckarwestheim 2** (Baden Württemberg)  
Typ/**Nettleistung** Druckwasserreaktor: **1.310 Megawatt (MW)**  
Kraftwerksbetreiber EnBW  
**Laufzeit** 1989 bis zum **31. Dezember 2022**

Kernkraftwerk **Isar 2** (Bayern)  
Typ/**Nettleistung** Druckwasserreaktor: **1.410 Megawatt (MW)**  
Kraftwerksbetreiber PreussenElektra  
**Laufzeit** 1988 bis zum **31. Dezember 2022**

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 die letzten 6 in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland 6 strategisch ungemein wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr liefen) und indirekte (stets zur Verfügung stehende und sofort einsatzbereite) Energiespeicher mit einer Nettleistung von 8.113 Megawatt fehlen.

### **Kohleausstieg**

Im Januar 2019 schlug die sogenannte "Kohlekommission" der deutschen Bundesregierung vor, bis 2022 Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von mindestens 12.500 Megawatt vom Netz zu nehmen.

Obgleich Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt, beschloß die deutsche Bundesregierung per Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020, die letzten Kohlekraftwerke bis spätestens 2038 stillzulegen.

Das Institut für regenerative Energie (IWR) in Münster berichtete am 7. Dezember 2020: >>In einer ersten Welle bis Ende 2020 wurden seit 2016 in Deutschland Kraftwerke mit einer Leistung von über 11.000 MW stillgelegt. Das geht aus der Kraftwerksliste der Bundesnetzagentur hervor. ...<<

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit berichtete am 4. März 2021 über das Kohleausstiegsgesetz (x1.002): >>Wann werden die Kohlekraftwerke abgeschaltet?

Die ersten Kraftwerke gehen 2020 vom Netz und **bereits Ende 2022 werden von den heute rund 40 Gigawatt Kohlekraftwerksleistung noch insgesamt lediglich 30 Gigawatt** (je 15 Gigawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke) **in Betrieb sein**; 2030 dann nur noch insgesamt **17 Gigawatt** (8 Gigawatt Stein- und 9 Gigawatt Braunkohle). Bei einem entsprechenden Ausbau der erneuerbaren Energien auf – wie vereinbart – 65 Prozent, kann damit im Energiesektor das Klimaziel für 2030 erreicht werden. ...

**Wieso sind die Stilllegungen mit Entschädigungszahlungen verbunden?**

Die Betreiber von Braunkohlekraftwerken sollen mit insgesamt 4,35 Milliarden Euro für die Stilllegungen entschädigt werden. Damit ist es möglich, das von der Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" (KWSB) empfohlene Einvernehmen mit den Kraftwerksbetreibern und letztlich auch Rechtssicherheit herzustellen. ...

**Wie sieht es nach dem Kohleausstieg mit der Versorgungssicherheit aus?**

Durch den Ausstieg aus Kohle und Atom werden in Deutschland nicht die Lichter ausgehen. Zentrales Anliegen der Bundesregierung ist, daß die Versorgungssicherheit in Deutschland während und nach dem Kohleausstieg auch weiterhin auf gewohnt hohem Niveau gewährleistet bleibt. Zum einen erfolgt der Kohleausstieg schrittweise, gleichzeitig sollen die erneuerbaren Energien weiter ausgebaut werden, zum anderen wird mit konsequentem Monitoring, kontinuierlich sehr genau auf die Entwicklung der Versorgungssicherheit und Netzstabilität in Deutschland geschaut.

Im Übrigen gilt: Wie alle Länder in Europa steht Deutschland im Stromaustausch mit seinen Nachbarn. Dies hilft allen am Verbundnetz Beteiligten, Versorgungssicherheit auf effizientere und kostengünstigere Art und Weise sicherzustellen. Durch ein Zusammenspiel von erneuerbaren Energien, Reserve- und Gaskraftwerken, Kurz- und Langzeitspeichern, flexiblen Lasten und dem Austausch mit dem Ausland wird ausreichend Leistung bereitgestellt um nicht nur in Deutschland, die Herausforderungen der Energiewende zu meistern. ...<<

Der deutsche Kernenergetiker und Autor Manfred Haferburg berichtete am 28. Oktober 2019 über die Versorgungssicherheit nach der Energiewende (x1.021): >>... Deutschland hatte eine der zuverlässigsten Stromversorgungen der Welt und Stromausfälle waren unbekannt - der Strom kam in Deutschland seit mehr als 50 Jahren aus der Steckdose. Durch die Energiewende wird nun die ganze Funktionalität des Netzes umgebaut. Das Netz muß jetzt in die Lage versetzt werden, den Strom von abertausenden kleinen Stromquellen wie Windräder und Solardächern "einzusammeln" und dann wieder an Millionen Kunden zu verteilen und dabei immer die 50 Umdrehungen pro Sekunde einzuhalten.

Die "erneuerbaren" Stromquellen sind dazu noch wetter- und tageszeitabhängig. Jetzt machen also nicht nur die Kunden im Stromnetz, was sie wollen, sondern auch noch die Stromerzeuger. Wo früher fünfmal im Jahr eingegriffen werden mußte, sind es heute tausende Male.

Mit jedem Windrad, was ans Netz geht, wird dessen konstante Drehzahlregelung des Stroms schwieriger. Mit jedem Großkraftwerk, das vom Netz geht, wird die Unsicherheit der Versorgung größer. Bei Flaute oder Dunkelheit reicht die Erzeugung nicht mehr und die Drehzahl geht runter. Ohne Großkraftwerke könnten nur noch die Nachbarn, die Strom noch mit Kernkraft oder Kohle herstellen, die Versorgungslücken ausgleichen.

Anders wäre es, wenn es großtechnische Stromspeicher gäbe, was mitnichten der Fall ist. Die einzige Möglichkeit: Der Strom muß für die Verbraucher rationiert werden, anders geht es nicht. Wer etwas anderes behauptet, hat in Physik nicht aufgepaßt oder schwindelt. ...<<

**Ungenügende Grund- und Mittellast ab 2022/2023**

Die konventionelle Stromerzeugung bestand bis zum Ausstieg aus der Kernenergie aus Kern-

kraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast sowie aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast. Pumpspeicherkraftwerke, Wasserkraftwerke und Biogasanlagen zählen ebenfalls zu den konventionellen Stromerzeugungsanlagen, denn sie gehören zu den regelbaren Stromerzeugern. Diese konventionellen Anlagen lassen sich bedarfsgerecht betreiben. Aufgrund der Regelbarkeit dieser Kraftwerke kann der Strom sekundengenau nach Bedarf produziert werden. Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

Obwohl die Netzbetreiber bei ihren Planungen davon ausgingen, daß 2023 immer noch konventionelle Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund 66.400 Megawatt (80 % der Stromnachfrage von etwa **83.000 Megawatt**) in Deutschland zur Verfügung stehen müssen, um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können, sind ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (je 15.000 Megawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke) sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grundlast vorhanden.

Das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) und weitere planwirtschaftliche Maßnahmen zerstörten letzten Endes die Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung, denn die zuvor allein durch Kohle- und Kernkraftwerke sichergestellte Grund- und Mittellaststromerzeugung wurde plötzlich allein den Gaskraftwerken (ohne Gas) auferlegt. Nach dem Wegfall von 2 Grundpfeilern der deutschen Stromversorgung ist es **ab 2022/2023** vollkommen illusorisch, daß die fehlende Grund- und Mittellast-Kapazität der Kern- und Kohlekraftwerke durch erneuerbare Energien und Gaskraftwerke (ohne Gas) ersetzt werden kann.

### **Letzter Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung: Gaskraftwerke (ohne Gas) und Stromimporte**

Die Kompensation der wegfallenden konventionellen Kraftwerksleistung in Deutschland wird nicht ohne den Bau neuer Gaskraftwerke und der drastischen Erhöhung des Fremdstrombezuges aus dem Ausland möglich sein.

In Deutschland gehören zurzeit die meisten konventionellen Stromerzeugungsanlagen ausländischen Unternehmen. Gegenwärtig und zukünftig wird mit Sicherheit kein privater Betreiber von konventionellen Kraftwerken neue Gaskraftwerke errichten. Aufgrund der Vorrangspeisung von Wind- und Solarstrom sind alle konventionellen Kraftwerke unrentabel. Die privaten Betreiber von konventionellen Kraftwerken planen deshalb eher Stilllegungen als Kraftwerksneubauten.

Der Bau von konventionellen Kraftwerken, die z.B. bei Windstille dringend erforderlich sind, rechnet sich wegen der langen Stillstandzeiten nicht. Die Stromkonzerne wollen außerdem keine Gaskraftwerke, weil Gaskraftwerke zu den unrentabelsten konventionellen Kraftwerken zählen. Neue Gaskraftwerke erfordern ferner die Errichtung von teuren Gasleitungen und langfristige Gaslieferungsverträge mit Rußland und anderen Ländern.

### **Fehlende Grundlast und fehlende Speicher**

Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022!

Infolge der Kürzung der konventionellen Reservestromerzeugung bzw. der konventionellen "Schattenkraftwerke" von 80 % der Stromnachfrage von etwa 83.000 Megawatt im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 werden in der Bundesrepublik Deutschland zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt fehlen.

In der Bundesrepublik Deutschland wird es außerdem in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben. Von den min-

destens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 36 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden, deshalb kann es ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher zwangsläufig keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit geben. Ohne die unbedingt erforderlichen Reservekraftwerke und Pumpspeicherkraftwerke wird diese ideologische Energiepolitik unumkehrbar ins Chaos führen.

**Spätestens nach Abschaltung der strategisch wichtigen letzten 6 deutschen Kernkraftwerke** (KKW Brokdorf in Schleswig Holstein, KKW Grohnde in Niedersachsen und KKW Gundremmingen in Bayern: **Abschaltung am 31. Dezember 2021** sowie KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern: **Abschaltung am 31. Dezember 2022**), **wird es keine Netzstabilität mehr geben: "In Deutschland werden die Lichter ausgehen!"**

### **Schluß mit der destabilisierenden Energiewende und Wiedererrichtung einer stabilen deutschen Stromversorgung**

**Wir benötigen endlich** eine realistische Energiepolitik, die konkrete Lösungen für reale Probleme sucht, statt ideologiegetriebenen Visionen hinterherzulaufen.

**Wir benötigen endlich** eine vernünftige Energiepolitik, die ökonomische und ökologische Bedürfnisse nicht gegeneinander ausspielt, sondern wieder ein Gleichgewicht zwischen den Zielen Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit herstellt.

Bevor die deutsche Bundesregierung ein neues "Energiezeitalter" beschwört, um das Weltklima zu retten, sollten die Politiker zunächst die gegenwärtigen realen Probleme im eigenen Land lösen.

**Wir benötigen endlich** eine substantielle Energiepolitik, die auf einem geschlossenen und realen, ausgewogenen Konzept beruht. Die Versorgungssicherheit und die Wirtschaftlichkeit dürfen nicht mehr ausgeblendet werden. Obwohl bereits 1998 angekündigt, hat die deutsche Bundesregierung bis heute kein umfassendes energiepolitisches Programm vorgelegt.

**Wir benötigen endlich** eine sachliche Energiepolitik, die wieder auf Effizienz und die Innovationskraft von Forschern, Ingenieuren und Unternehmern setzt. Gerade in der Energiewirtschaft mit ihren langlebigen und kostenintensiven Anlagen benötigen wir endlich wieder eine effektive Energiepolitik, in der sich die Kreativität von Wissenschaftlern und Unternehmen frei entfalten kann.

### **Folgende Maßnahmen sind unverzüglich zu realisieren:**

#### **Der Kohleausstieg muß rückgängig gemacht werden**

Die deutsche Bundesregierung beschloß per Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020, die letzten Kohlekraftwerke bis spätestens 2038 stillzulegen. Die Betreiber von Braunkohlekraftwerken sollen mit insgesamt 4,35 Milliarden Euro für die Stilllegungen entschädigt werden.

Deutschland besitzt außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen, deshalb muß das unsinnige Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020 umgehend storniert werden.

Angesichts der dramatischen Preiserhöhungen für Öl und Gas sollte die stoffliche Nutzung der Braunkohle in West- und Mitteldeutschland nicht voreilig gesetzlich ausgeschlossen werden. Die Braunkohle ist für die chemische und petrochemische Industrie ein wertvoller Rohstoff und könnte die Importabhängigkeit von Öl und Gas drastisch verringern. Falls die Preise für Öl und Gas weiter steigen, könnte die Braunkohle bis 2030 etwa 30 Prozent der Chemierohstoffe in Deutschland stellen und wesentlich zur Versorgungssicherheit Deutschlands beitragen.

## **Der staatlich angeordnete Weiterbetrieb aller noch einsatzfähigen Kohlekraftwerke ist finanziell zu unterstützen**

Der Weiterbetrieb aller noch in Betrieb befindlichen und noch einsatzfähigen Kohlekraftwerke ist durch staatliche Fördermaßnahmen zu gewährleisten, bis die Kohlekraftwerke durch Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" (DFR) ersetzt werden können.

Aufgrund der Tatsache, daß die mehrheitlich ausländischen Kraftwerksbetreiber wegen fehlender Rentabilität keine Ersatzinvestitionen realisieren werden, muß die deutsche Bundesregierung die konventionelle Stromerzeugung unverzüglich durch Staatsbeteiligungen und Kredite unterstützen, denn die ehemals finanzkräftigen und leistungsfähigen deutschen Energieversorgungsunternehmen sind infolge der planwirtschaftlichen Eingriffe der deutschen Bundesregierung finanziell nicht in der Lage, diese gewaltigen Aufgaben zu bewältigen.

Die in den 1980er Jahren privatisierten deutschen Energieerzeugungsunternehmen wurden letzten Endes durch die EU-Vorgaben (Wirtschaftsliberalismus) und das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) sowie weitere planwirtschaftliche Klimaschutzmaßnahmen (Vorrangspeisung von Wind- und Solarstrom etc.) der deutschen Bundesregierung planmäßig ruiniert. E.ON, der ehemals größte deutsche Stromerzeuger, verkaufte z.B. im Jahre 2018 sämtliche deutschen Kohle-, Gas- und Wasserkraftwerke (alle konventionellen Kraftwerke, außer den Kernkraftwerken) an den finnischen Staatskonzern Fortum.

Die Weichen für die zukünftige Gewährleistung einer stabilen Energieversorgung hätten eigentlich schon längst gestellt werden müssen, um drohende Kapazitätsengpässe zu verhindern, aber niemand handelt. Aufgrund der langen Zeiträume für Planung und Errichtung von neuen konventionellen Kraftwerken dürfen die dringend erforderlichen Investitionsentscheidungen nicht weiter hinausgezögert werden, denn die Zeit drängt.

## **Fehlende Stromspeicher**

Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 36 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden, deshalb kann es ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher zwangsläufig keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit geben.

Aufgrund der nicht vorhandenen geologischer Gegebenheiten in Deutschland können Pumpspeicherkraftwerke das Speicherproblem nicht lösen.

Das gegenwärtige Speicherproblem könnte vielleicht mittel- und langfristig gelöst werden, wenn man zum Beispiel die Wasserstofftechnik zur Methanoltechnik weiterentwickeln würde. Methanol ist ein flüssiger Energieträger, der in jeder Tankstelle gespeichert werden könnte.

## **Sofortiger Baustopp für alle neuen Windkraftwerke und Solaranlagen**

Die Energiewende ist schon seit Jahren krachend gescheitert. Das Ausmaß der Umweltzerstörung, das durch den Bau von über 31.000 Windkraftanlagen, Solarparks und durch die Umstellung auf Maismonokulturen herbeigeführt wurde, nahm unvorstellbar Ausmaße an.

Regenerative Energieträger sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten völlig unsinnig!

Auch der Neubau von zusätzlichen 100.000 Windkraftanlagen wäre wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten, denn Windkraftwerke und Solaranlagen sind nachweislich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen.

Der gegenwärtige weitere Ausbau der Windenergie verursacht nachweislich wesentlich mehr Schaden als Nutzen, deshalb dürfen keine weiteren Wind- und Solarenergieanlagen genehmigt werden.

## **Rückgängigmachung des Kernenergieausstiegs**

Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag im Rahmen der sogenannten Energie-

wende den endgültigen Atomausstieg (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgemerkt damals sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Die Bundesrepublik Deutschland blieb trotz Atomausstieg weiterhin Mitglied und großzügiger Beitragszahler der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), die am 25. März 1957 in Rom gegründet wurde.

Zu den Aufgaben der Europäische Atomgemeinschaft zählten: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich. Die Bundesrepublik Deutschland übernahm damals 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft und durfte danach als Nichtmitglied der UNO an der zivilen Nutzung der Kernenergie teilnehmen.

Der überhastete Ausstiegsbeschluß aus der Kernenergie war sachlich nie gerechtfertigt, deshalb muß diese ideologische Handlung sofort rückgängig gemacht werden, um weitere Schäden zu verhindern.

Erst nach der Wiedererrichtung einer stabilen Stromversorgung, wie sie zum Beispiel noch im Jahre 2010 in der Bundesrepublik Deutschland existierte, ist die Abschaltung der letzten 6 Druckwasserreaktoren möglich und verantwortbar.

Während in Deutschland seit Jahren keine Forschung im Bereich der Kernenergieerzeugung existiert, werden weltweit die Atomforschung intensiviert und neuartige Kernkraftwerke entwickelt.

Frankreich, Polen, Ungarn, Rumänien, Tschechien, Slowakei und Slowenien forderten im März 2021 die EU-Kommission in einem offenen Brief zur größeren Förderung der Kernenergie auf, da es ohne die zivile Nutzung der Kernenergie zukünftig keine sichere Stromversorgung geben würde.

Diese Wiederbelebung der Kernenergie (die Entwicklung moderner Kerntechnik und die Errichtung von neuartigen Kernreaktoren der "Generation IV" = Dual-Fluid- oder Thoriumreaktor) muß endlich auch wieder in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden, denn nur die Kernenergie bietet zukünftig eine grundlastfähige Stromversorgung ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen.

### **Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen 6 Kernkraftwerke**

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen (drohende De-Industrialisierung, wirtschaftlicher Ruin sowie Zerstörung der bisherigen Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands) sollte die deutsche Bundesregierung unverzüglich nach dem Vorbild Spaniens handeln und eine angemessene Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen 6 Kernkraftwerke in Deutschland beschließen.

Die zusätzlichen Reaktivierungskosten für die Beschaffung von neuen Brennelementen und für die Rekrutierungskosten sowie für die Schulung von Fachpersonal sind vom Gesetzgeber zu übernehmen.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Januar 2014 z.B. über die Energiewende in Spanien: >>>20 Jahre Laufzeitverlängerung: Spanische Energiewende zurück zur Atomkraft

Die spanische Regierung will die Kernkraftwerke zwanzig Jahre länger am Netz lassen als bisher geplant. Ursprünglich sollte die gesamte Nuklearindustrie in diesem Jahr abgeschaltet werden.

In einer drastischen Kehrtwende bei der Atomenergie erwägt die spanische Regierung nun eine Verlängerung der Laufzeit für Kernkraftwerke von gegenwärtig 40 auf "50 oder 60 Jahre" oder sogar noch darüber hinaus. ... Das Industrieministerium dringt schon seit einiger Zeit auf einen solchen Schritt "im wirtschaftlichen Interesse" des Landes. ...<<

### **Wiederinbetriebnahme von vorzeitig abgeschalteten Kernkraftwerken**

Da die Zeit drängt, sollte nicht nur die Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke beschlossen werden, sondern alle vorzeitig abgeschalteten Kernkraftwerke, die reaktiviert werden können, sind wieder bis zur ursprünglich geplanten Abschaltung in Betrieb zu nehmen.

In Deutschland kostete die vollkommen unsinnige Energiewende bisher mindestens 500 Milliarden Euro, deshalb dürfen die Reaktivierungskosten für die Wiederinbetriebnahme von Kernkraftwerken und für die Rekrutierungskosten sowie für die Schulung von Fachpersonal keine Rolle spielen.

### **Bau von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" mit staatlicher Unterstützung**

Um zukünftig eine **zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung** zu gewährleisten sowie den weltweiten Temperaturanstieg unter 1,5 Grad Celsius zu halten, sollte sich die Bundesregierung für die Nutzung von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" einsetzen und den Bau dieser neuartigen Kernkraftwerke durch angemessene Staatsbeteiligungen und Kredite fördern.

**Die neuartigen Kernreaktoren** (DFR = Dual-Fluid-Reaktor, SMR = small modular reactor, u.a.) **sind** extrem kompakt, **physikalisch sicher und produzieren keine hochradioaktiven Abfälle**. Sie können ferner relativ preisgünstig und schnell gebaut werden.

#### Dual Fluid Reaktor (DFR) - ein neuartiger Reaktor der sog. Generation IV

Der neuartige Dual Fluid Reaktor (DFR) wurde von Physikern des "Instituts für Festkörper-Kernphysik zur Förderung der Forschung mit beschränkter Haftung" (IFK) in Berlin entwickelt. Der DFR wurde erstmalig während der IAEA-Konferenz FR13 vom 4. bis zum 7. März 2013 in Paris vorgestellt.

Der DFR-Flüssigsalzreaktor zählt zur Gruppe der Thorium-Reaktoren. Der Dual Fluid Reaktor (DFR) nutzt **als Brennstoff Natururan, abgereichertes Uran, Thorium und abgebrannte Brennelemente**, das heißt, die etwa 20.000 Tonnen Atommüll aus deutschen Zwischenlagern können sinnvoll genutzt werden.

Das schon vor Jahrzehnten entwickelte Grundkonzept des Dual Fluid Reaktors, bei dem der Brennstoff in Form von Flüssigsalz durch den Reaktor gepumpt wird, wurde um einen weiteren Kreislauf erweitert. Der Dual Fluid Reaktor (DFR) ermöglicht wegen der hohen Temperaturen der Bleischmelze von etwa 1.000° Celsius neben der **Bereitstellung von elektrischer Energie** auch die **zusätzliche Nutzung von Prozesswärme (zur Herstellung von Wasserstoff, der in Kombination mit Kohlendioxid in synthetische Treibstoffe verwandelt werden kann u.a.)**.

Der Dual Fluid Reaktor (DFR) ist **physikalisch sicher**. Es sind z.B. keine aktiven Sicherungen vorhanden, die versagen können. Selbst bei hohen Temperaturen reagiert Blei sehr träge, Explosionen können nicht entstehen, wegen der vorhandenen Doppelkühlung ist ein GAU ausgeschlossen. Der Dual Fluid Reaktor (DFR) **produziert keine hochradioaktiven Abfälle**, die jahrtausendlang sicher gelagert werden müssen. Die schwachradioaktiven Abfälle des DFR besitzen mehrheitlich Halbwertszeiten von deutlich unter hundert Jahren, die restlichen Abfälle müssen etwa 300 Jahre gelagert werden.

Die **Baukosten** für einen Dual Fluid Reaktor (DFR) mit **1.500 Megawatt elektrischer Leistung** und **3.000 Megawatt thermischer Leistung** betragen **etwa 1,5 Milliarden Euro**.

Das DFR-Konzept wurde von Mitarbeitern der TU München und der E.ON Kernkraft GmbH (gegenwärtig PreussenElektra GmbH) überprüft und validiert.

Der Dual Fluid Reaktor (DFR) könnte frühestens ab 2030 in Betrieb gehen.

Während die Öko-Energieerzeugung (Wind, Sonne und Biomasse) höchstens nur ein Zehntel

der Effizienz der konventionellen Kraftwerke bzw. das Niveau des Mittelalters erreicht, ist der neuartige DFR in der Lage, die Effizienz der derzeitigen konventionellen Kraftwerke sogar mindestens zu verdoppeln.

Falls alle bisherigen KKW-Standorte in Mittel- und Westdeutschland für den Neubau von Dual Fluid Reaktoren genutzt werden, sind **keine neuen Stromleitungen** und **keine weiteren Windkraftanlagen** erforderlich.

Da der Dual Fluid Reaktor (DFR) abgebrannte Brennelemente als Brennstoff nutzen kann, werden die **hochradioaktiven Abfälle** (etwa 20.000 Tonnen Atommüll) mehrheitlich **sinnvoll entsorgt** und damit **endet** auch die unendliche **Suche nach einem geeigneten Lager für die jahrtausendlange Entsorgung** von abgebrannten Brennelementen.

Am 1. Juli 2017 übertrugen die KKW-Betreiber für die Zwischen- und Endlagerung **24,1 Milliarden Euro** an den Bund. Diese finanziellen Mittel könnten wegen der drastischen Reduzierung der radioaktiven Abfälle größtenteils für den Bau von DFR-Kernkraftwerken genutzt werden.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Februar 2014: >>Ifo-Chef Top-Ökonom Sinn wirbt für Rückkehr zur Atomkraft

... Ifo-Chef Hans-Werner Sinn plädiert dafür, die deutschen Atomkraftwerke nicht abzuschalten und die Förderung regenerativer Energien einzustellen. Sein Argument: Deutschland wird seinen Kohlendioxidausstoß nicht wie geplant verringern können, wenn es auf Wind- und Sonnenenergie setzt und gleichzeitig seine Atomkraftwerke abschaltet. Das sei aus ökonomischen Gründen nicht möglich, erklärte er bei einem Symposium der Handelskammer für München und Oberbayern.

"Die Atomkraftwerke abzuschalten, ist Unfug. Wer die Umweltproblematik ernst nimmt, der kommt an der Atomkraft nicht vorbei", sagt Sinn in seinem Vortrag mit dem Titel "Energie-wende ins Nichts". Demnächst dürfte auch ein Buch mit diesem Titel erscheinen. Deutschland will bis 2050 rund 80 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugen und 2022 das letzte Atomkraftwerk abschalten. ...

Sinns Rechnung geht hingegen so: Ja - Deutschland muß seinen Kohlendioxidausstoß reduzieren, aber das klappt mit erneuerbaren Energien nie. Er rechnet vor: Derzeit decken fossile Energieträger rund 85 Prozent unseres Endenergiebedarfs, regenerative kamen 2012 gerade einmal auf drei Prozent.

Es könnte mehr sein, aber dazu müßte man es schaffen, die Windstromspitzen zu nutzen, also das Stromangebot über eine Zwischenspeicherung zu glätten. Aber dafür müßten mindestens 400 Pumpspeicherwerke gebaut werden. "Dagegen würden sich sicher Proteste in der Bevölkerung erheben", sagt Sinn und fügt hinzu: Von dem Geld könnte man mehrere Atomkraftwerke bauen. ...

Ein nächster Kritikpunkt Sinns sind Flächenverbrauch und "Landschaftsverschandlung". Eine Fläche von der Größe mehrerer Wattenmeere müßte Deutschland mit Windrädern bedecken, wollte es fossile Energieträger durch regenerative ersetzen, behauptet Sinn. ...

Hans-Werner Sinn ... wirbt unverzagt für die allseits unbeliebte Atomkraft: "Ich wage zu behaupten, daß sich Deutschland von diesem Kurs abwenden wird und zur Atomkraft zurückkehren wird - die Abschaltung der Atomkraftwerke ist noch nicht gesichert", sagte er Mitte Dezember bei der erstmaligen Vorstellung seiner These von der "Energie-wende ins Nichts". Sinn bietet Wetten darauf an, daß die letzten Atomkraftwerke nicht abgeschaltet werden.

Als Vorbild hält der Ökonom den Deutschen die Chinesen vor, die den in Deutschland entwickelten Kugelhaufenreaktor bauen wollen. "Jeden Monat wird in China ein neues Atomkraftwerk in Betrieb genommen", sagt er. Die Angst seiner Landsleute vor der Atomkraft hält Sinn für irrational: "Die deutschen Atomkraftwerke sind die sichersten der Welt. Ihre Sicherheit hat sich seit Fukushima nicht verändert", sagt er. ...<<

Die Online Zeitung "Epoch Times Deutschland" berichtete am 30. April 2019: >>>**Dual Fluid Reaktor: Dieser Kernreaktor ist ungefährlich und grün - CO2-Problem gelöst?**

Atomstrom ist grün, wäre da nicht die stete Gefahr des Super-GAUs. Ein Entwicklerteam hat mit dem Dual-Fluid-Reaktor einen neuen, sicheren Reaktortyp patentieren lassen. Das Beste ist jedoch der Brennstoff: Atommüll aus anderen Kraftwerken.

Der Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland ist beschlossene Sache, doch der Atommüll bleibt, und das für viele Tausend Jahre. Es sei denn, ein findiger Forscher hat eine geniale Idee ...

Götz Ruprecht und sein Team von Physikern des Berliner Instituts für Festkörper-Kernphysik sind diese findigen Forscher. Sie haben einen Kernreaktor der vierten Generation entwickelt und patentieren lassen (PCT/DE2012/000957). Einerseits ist dieser intrinsisch sicher, das heißt ein Unglück wie einst in Tschernobyl oder jüngst in Fukushima sei unmöglich, andererseits kann dieser Reaktor mit dem Atommüll aus anderen Kraftwerken betrieben werden. Ein Endlager im heutigen Sinne würde damit entfallen.

Natürlich produziert auch der neue Reaktor "Atommüll", doch die meisten dieser Stoffe "besitzen Halbwertszeiten von deutlich unter hundert Jahren", berichtet die "Welt". Ruprecht ergänzt: "Nach diesem Zeitraum könnten 90 Prozent der Spaltprodukte aus dem Zwischenlager entnommen werden, nach 300 Jahren der Rest." Das heißt, ein Endlager muss statt einigen tausend Jahren "nur" 300 Jahre halten.

20.000 Tonnen Atommüll könnten erneut genutzt werden

In den USA gibt es bereits Dutzende junge Firmen, die sich mit dem Thema Kernenergie 4.0 und entsprechenden Reaktoren beschäftigen. Darunter auch Bill Gates Firma TerraPower. Auch in Europa ist dieser Forschungsgedanke angekommen und hat mit dem "Dual-Fluid-Reaktor" (DFR), dem Zwei-Flüssigkeiten-Reaktor des Berliner Instituts für Festkörperphysik ein erstes Ergebnis geliefert. ...

Kernphysiker Götz Ruprecht erklärt:

... "Ein Vorteil dieses Reaktorprinzips besteht darin, daß sich hier gleichermaßen Natururan, angereichertes Uran, Thorium und eben auch alle abgebrannten Brennelemente besonders effizient nutzen lassen", so Ruprecht.

Das heißt, die etwa 20.000 Tonnen Atommüll aus deutschen Zwischenlagern können, statt irgendwann unter der Erde zu verschwinden, in einem Reaktor erneut genutzt, angereichert und nach einer Lagerzeit von wenigen Hundert Jahren sicher entsorgt werden.

Man müsste die Pellets aus den alten Brennstäben nur zermahlen, das Pulver in einem chemischen Reaktor in Salze umwandeln und diese dann in den Flüssigsalz-Kreislauf einbringen."

**"Dual-Fluid-Reaktor" mit flüssigem Salz und Blei**

Während in einem klassischen Kernkraftwerk die Brennelemente in einem Wasserbad stehen, das die Wärme ableitet - daher der Name Siedewasserreaktor - befinden sich die Brennelemente des Dual-Fluid-Reaktors in einem Bad aus flüssigem Blei. Dies hat zwei entscheidende Vorteile. Blei hat eine verhältnismäßig große Wärmekapazität und bietet gleichzeitig - im Gegensatz zu Wasser - eine hervorragende Abschirmung gegen radioaktive Strahlung.

Über einen Wärmetauscher im Blei-Kreislauf kann der Reaktor der Berliner Physiker wie jedes andere Kraftwerk Wasserdampf erzeugen. Dieser kann wiederum eine Dampfturbine antreiben und damit elektrische Energie bereitstellen. Weitere Nebenprodukte des Dual-Fluid-Reaktors umfassen wertvolle Edelmetalle, unter anderem Ruthenium, Rhodium und Palladium. Ihren Gesamtwert schätzen die Forscher auf mehrere Millionen Euro. Auch das in der Medizin benötigte Radioisotop Mo-99 kann im Überfluß erzeugt werden.

Die Vorteile dieses Reaktors liegen auf der Hand - grüner Strom, kaum Atommüll und obendrein seltene und wertvolle Edelmetalle. Was aber passiert, wenn doch etwas schiefgehen sollte. Was passiert im Falle einer übermäßigen Energiefreigabe?

Sollte es - aus welchem Grund auch immer - zu einer starken Erhitzung der Salzschnmelze kommen, dehnt sie sich aus. Die wiederum führt zur einer Reduktion der Dichte der Schmelze und zu einer verringerten Leistungsabgabe. Darüber hinaus haben die Forscher eine Schmelzsicherung vorgesehen, die sich im Fall der überhöhten Temperatur auflöst. Dann fließt die gesamte Reaktorflüssigkeit in unterirdische Auffanggefäße, so daß die Menge in jedem Behälter unterkritisch bleibt. Die Forscher des Instituts für Festkörper-Kernphysik gehen jedoch davon aus, daß es niemals zu einer solchen Situation kommen wird.

### **1,5 Milliarden Euro für ein neues Atomkraftwerk**

Auch wenn die derzeitige politische Situation den Bau eines neuen Kernkraftwerks in Deutschland nahezu undenkbar macht, haben die Berliner Forscher auch seine finanziellen Kennzahlen berechnet. Die Baukosten für einen Reaktor mit drei Gigawatt thermischer und 1,5 Gigawatt elektrischer Leistung belaufen sich auf etwa 1,5 Milliarden Euro, wovon etwa 45 Prozent für den Kraftwerksbau veranschlagt sind. Die Produktionskosten der elektrischen Energie belaufen sich auf etwa 0,65 Cent pro Kilowattstunde und liegen damit deutlich unter den Stromkosten der Photovoltaik von circa drei bis elf Cent pro Kilowattstunde.

Neben der Bereitstellung elektrischer Energie ermöglichen die hohen Temperaturen der Bleischmelze von etwa 1.000° Celsius auch die thermische Spaltung von Wasser in Sauerstoff und Wasserstoff und könnte so einen Beitrag für die Mobilität der Zukunft leisten. Marktreif ist der Dual-Fluid-Reaktor jedoch noch nicht. Bisher haben die Wissenschaftler sämtliche Funktionen lediglich berechnet.

Eine erste Studie, die die Machbarkeit und Sicherheit des Dual Fluid Reaktors belegen könnte, dürfte mindestens vier Millionen Euro kosten", so Ruprecht, "die Entwicklung eines Teststands, mit dem sich die praktische Machbarkeit des Dual Fluid Konzepts demonstrieren ließe, würde mindestens 20 Millionen Euro erfordern."

Derartige Geldsorgen dürfte Bill Gates Firma TerraPower nicht haben, auch sie forschen an einem Reaktor auf Basis einer Salzschnmelze.<<

Der deutsche Kernenergetiker und Autor Manfred Haferburg berichtete am 28. Oktober 2019 über den Bau von über 50 neuen Reaktoren (x1.021): >>... Der deutsche Kernenergieausstieg ist kein Vorbild, sondern ein Rückfall in uralte Technologiefeindlichkeit. Aber es nützt niemandem, wenn Deutschland im Alleingang aus der Kernenergie aussteigt - weltweit sind weit über 50 neue Reaktoren im Bau - in England, in Indien, in China, in der Türkei, in Abu Dhabi ... Ob Deutschland das gutheißt, oder nicht - neue Reaktortypen werden entwickelt, die inhärent sicher sind und den Abfall der bisherigen KKW als Brennstoff nutzen können. All dies ohne uns. ...<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages berichtete am 15. September 2020 in ihrem Antrag - Kernkraft für Umweltschutz, Drucksache 19/22435 - über die Nutzung der Kernenergie (x1.022/...): >>Bei der Energiegewinnung durch die Spaltung von Atomkernen mit millionenfach höherer Energiedichte stehen wir hingegen weltweit erst am Anfang. Wirklich zivile Nuklearkonzepte wie der Flüssigsalzreaktor wurden nie ernsthaft ausprobiert, obwohl ihre Machbarkeit längst erwiesen ist. Eine Entwicklung hat seit den 1970er Jahren nie stattgefunden, nicht zuletzt weil man das Geld lieber in Wolkenkuckucksheim-Visionen wie die "Erneuerbaren" steckte.

Durch lautstarke Randgruppen mit hoher medialer Präsenz wurde der politische Druck so stark, daß vielversprechende Neuentwicklungen wie der Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop oder der Schnelle Brüter in Kalkar vorzeitig beendet wurden. So konnten diese zukunftsweisenden Ideen nie zu Ende entwickelt werden und viele blieben bis heute "Papierreaktoren".

Deutschland leistet ineffizienten und volatilen Techniken der Stromerzeugung Vorschub, indem die Bürger durch Gesetze wie dem EEG gezwungen werden, die Destabilisierung des

eigenen Stromnetzes zu finanzieren, ohne davon einen Nutzen zu haben. Zu nennenswerten CO2-Einsparungen haben all diese Ausgaben, die sich bis 2025 auf fast eine halbe Billion Euro belaufen werden, seit 20 Jahren praktisch nicht beigetragen. Die Botschaft an alle Länder sollte sein: Finger weg von den "Erneuerbaren!".

Wer die Umwelt schützen will, muß auf Kerntechnik setzen. Nur so lassen sich steigender Strombedarf mit weltweitem Bevölkerungswachstum und einem effizienten Umweltschutz in Einklang bringen. Ein Kernkraftwerk benötigt weniger als ein Hundertstel der Fläche eines Wind- oder Solarparks, Uran- und Zulieferungsindustrie inklusive. Dies allein stellt bereits den größten Umweltschutz und gleichzeitig die beste Kosteneffizienz dar.

Frankreich macht es vor: Blühende unverspargelte Naturlandschaften bei 72 Prozent Nuklearstrom und halben Strompreisen. Jetzt gilt es, den EEG-Lobbyisten die Stirn zu bieten, die aufgebauten Hürden für die Kernenergie abzuräumen, den Menschen klarzumachen, daß umweltfreundliche und bezahlbare Stromspeicher ein Märchen sind und anderen Ländern zu zeigen, wie moderne Kerntechnik noch mehr Wohlstand und intakte Umwelt schafft.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, eine Renaissance der Kernenergie mit allen zur Verfügung stehenden guten Argumenten zu unterstützen und mit aller Kraft die europäischen und weltweiten Initiativen zum Ausbau der Kernenergie und der Entwicklung moderner Kerntechnik, z.B. basierend auf Flüssigbrennstoff, zum Wohle der Menschheit voranzubringen. Dazu soll auch die EU-Ratspräsidentschaft genutzt werden.

Berlin, den 5. Mai 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion ...<<

Die ARD-Nachrichtensendung "Tagesschau" berichtete am 25. Februar 2021: >>**Frankreich Atomaufsicht billigt Laufzeitverlängerung**

Während in Deutschland die Atomkraftwerke stillgelegt werden, bleibt die Nuklearenergie in Frankreich wichtig: Das Land bezieht rund 70 Prozent seines Stroms aus Atomkraft - und hat nun einer Laufzeitverlängerung zugestimmt.

Die Laufzeit der ältesten französischen Atomreaktoren kann von 40 auf 50 Jahre verlängert werden - allerdings unter Auflagen. Das geht aus einer Stellungnahme der französischen Atomaufsicht Autorité de sûreté nucléaire (ASN) hervor, die in Paris veröffentlicht wurde. Die Regierung hatte den Weg für die Laufzeitverlängerung bereits im April 2020 freigemacht. Das Nachbarland Deutschlands bezieht rund 70 Prozent seines Stroms aus der Atomkraft, das ist der höchste Anteil weltweit.

Zur Bedingung für die Verlängerung machte die Behörde eine Reihe von Reparaturen, um Nuklearunfälle bei den 32 ältesten Reaktoren zu verhindern. Von diesen Alt-Reaktoren haben nach Angaben der Umweltschutzorganisation Greenpeace bereits 13 das Höchstalter von 40 Jahren überschritten, das die mehrheitlich staatliche Betreibergesellschaft Electricité de France (EDF) ursprünglich vorgesehen hatte.

**Frankreichs ältestes Atomkraftwerk ist abgeschaltet**

Die Verlängerung betrifft unter anderen das Atomkraftwerk Bugey östlich von Lyon, das seit Ende der 1970er-Jahre in Betrieb ist, aber auch die Reaktoren in Dampierre südlich von Paris und Tricastin nördlich von Avignon, die seit Anfang der 1980er-Jahre Strom produzieren.

Frankreich hatte sein ältestes Atomkraftwerk in Fessenheim am Oberrhein unweit von Freiburg im Breisgau im Juni des vergangenen Jahres endgültig abgeschaltet. Deutschland und die Schweiz hatten wegen zahlreicher Pannen jahrelang darauf gedrungen.<<

Die AfD-Fraktion des LANDTAGES NORDRHEIN-WESTFALEN stellte am 22. Juni 2021 folgenden Antrag - Drucksache 17/14268 - (x1.016): >>**Versorgungssicherheit verbessern - Kernkraftwerk Emsland muß weiterlaufen dürfen!**

**I. Ausgangslage**

Die Forschungs Koordinatorin Dr. Anna Veronika Wendland sagte dem Spiegel in einem In-

terview: "Der Geburtsfehler dieser deutschen Energiewende ist die Fixierung auf den Atomausstieg." ...

Das Europäische Strom-Verbundnetz ist auf eine grundlastfähige Energieerzeugung angewiesen. Anfang dieses Jahres stand Europa vor einem Beinahe-Blackout. Der gleichzeitige Versuch, die Stromerzeugung in Deutschland ohne Kohle und ohne Kernenergie zu bewerkstelligen, ist bereits fehlgeschlagen. So mußten zur Stabilisierung des Stromnetzes Kohlekraftwerke aus der Netzreserve immer wieder hochgefahren werden. Regelmäßig muß auch Strom für deutsche Verbraucher aus dem Ausland importiert werden, zumeist aus Frankreich und Polen, wo er mittels Kernkraft und Kohle erzeugt wird.

In den Nachbarländern Deutschlands wird - wie auch in anderen europäischen Staaten - die Kernenergie weiter genutzt und ausgebaut. In den Niederlanden wird beispielsweise, statt des Ausstiegs aus der Kernkraft, der Neubau von Kernkraftwerken nicht nur wegen einer verlässlichen Stromeinspeisung in die Netze sondern auch in Hinblick auf die CO<sub>2</sub>-Reduktion angedacht.

Schweden kann zwar seinen Energiebedarf zu 40 Prozent durch Wasserkraft decken, benötigt aber ebenso viel Atomenergie, um die Strom-Grundversorgung zu sichern. Trotz des im Jahre 1980 getroffenen Beschlusses Schwedens, bis zum Jahre 2000 alle Kernkraftwerke abschalten zu lassen, sind immer noch sechs Blöcke am Netz. ...

Frankreichs Strom stammt zu etwa 70 Prozent aus Kernkraft, Großbritannien plant, bis zum Jahre 2030 den Bau von 15 Minikraftwerken, die mit einer Gesamtleistung von über sechs GW Leistung ans Netz gehen sollen, und auch Tschechien will bis zum Jahre 2040 über 50 Prozent des Stroms aus Kernenergie erzeugen. In Polen plant die Regierung den Einstieg in die Kernenergie mit insgesamt sechs Kernreaktoren. 9 In Finnland stammen 30 Prozent des Stroms aus Kernkraft.

Frankreich, Polen, Ungarn, Rumänien, Tschechien, Slowakei und Slowenien sprachen sich im März 2021 in einem offenen Brief an die EU-Kommission für die Förderung der Kernenergie aus und betonen das Prinzip der Technologieneutralität.

Weltweit findet Forschung im Bereich der Entwicklung neuerer Kernkraftwerkstypen statt. Als Beispiele sind der Laufwellenreaktor, der Thoriumreaktor oder der Dual-Fluidreaktor zu nennen. All diese Kraftwerkstypen bieten für die Zukunft Möglichkeiten einer grundlastfähigen Stromversorgung durch Kernenergie. Deutschland hingegen hat sich dieser Zukunft immer mehr verschlossen.

Deutschland ist wegen der verfehlten Energiewende-Politik Spitzenreiter bei den Stromkosten in Europa. Privatkunden zahlten im Jahre 2020 30,43 ct/kWh und Unternehmen über 18 ct/kWh.

Der Durchschnittspreis für Strom in der EU lag für Privatkunden bei 21,3 ct/kWh. Deutsche Verbraucher zahlen damit fast 43 Prozent mehr für dieselbe Sache als die Menschen in den Nachbarländern.

Der Stromverbrauch eines deutschen Durchschnittshaushalts liegt pro Jahr bei etwa 2.100 kWh, woraus sich dann durchschnittliche Kosten von monatlich etwa 53 Euro ergeben. Die Bürger in den anderen EU-Staaten zahlen im Schnitt lediglich 32 Euro.

Zehn Jahre nach dem Beschluß der Bundesregierung zum sogenannten Atomausstieg am 30. Juni 2011 wendet sich Andre D. Thess, Professor für Energiespeicherung an der Universität Stuttgart, in einem offenen Brief an die damalige Ethikkommission zum Atomausstieg und wirft ihr vor, Grundregeln wissenschaftlicher Unabhängigkeit mißachtet zu haben.

Framatome stellt über ihre Tochterfirma Advanced Nuclear Fuels GmbH seit 40 Jahren Brennelemente für Kernkraftwerke in Deutschland und Europa im niedersächsischen Lingen her und wird dies auch nach dem sogenannten Atomausstieg weiterhin tun. Abnehmer der Brennelemente ist derzeit auch das Kernkraftwerk Emsland, welches mit 1,4 GW Leistung für

eine Grundlaststabilisierung der Netze in Niedersachsen und auch in NRW sorgt. Dabei erspart das Kraftwerk der Atmosphäre jährlich den Ausstoß von rund zehn Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Es soll laut des 13. Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes mit Ablauf des 31. Dezember 2022 vom Netz genommen werden.

Nicht nur in Lingen mit seinen rund 300 Mitarbeitern sind durch die Kernenergie hochwertige Arbeitsplätze entstanden. Auch in Gronau werden etwa 300 Mitarbeiter beschäftigt. Der Arbeitgeber Urenco sorgt zudem für hohe Gewerbesteuererinnahmen, die über das Gemeindefinanzierungsgesetz allen Kommunen in NRW zu gute kommen. Sichergestellte Versorgung mit bezahlbarem Strom hat laut einer Forsa-Umfrage für die Mehrheit der Bürger Priorität und der Rückhalt für Kernenergie in Deutschland beträgt - trotz medialen Gegenfeuers - etwa 37 Prozent.

## **II. Der Landtag stellt fest:**

- Kernenergie steht im Einklang mit den Zielen des sogenannten Klimaschutz der EU und Deutschland.
- Strom aus Kernenergie ist eine grundlastfähige Energiequelle, welche für Netzsicherheit in Deutschland und dem Europäischen Stromverbundnetz sorgt.
- Kernenergie bietet hochwertige Arbeitsplätze und ist als Wirtschaftsfaktor auch in Hinsicht auf die Gewerbesteuererinnahmen von haushaltspolitisch hoher Bedeutung.
- Der Beschluß zum sogenannten Atomausstieg der Bundesregierung vom 30. Juni 2011 wurde auf Grundlage fehlerhafter wissenschaftlicher Arbeit der damaligen Ethikkommission getroffen.
- Das Kernkraftwerk Emsland in Lingen stellt grundlastfähig Strom für die Region Niedersachsen her, entlastet die sonstige Stromproduktion in NRW und sorgt auch für eine verbesserte Netzstabilität in NRW.

## **III. Der Landtag beschließt:**

1. Die Landesregierung möge sich gegenüber der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag und dem Deutschen Bundesrat dafür einsetzen, daß die geplante Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland durch den von der Bundesregierung geplanten sogenannten Atomausstieg verhindert wird.
2. Die Landesregierung möge sich unverzüglich gegenüber der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag und dem Deutschen Bundesrat dafür einsetzen, daß das Kernkraftwerk Emsland seine nächste Revision mit dem Austausch von Brennelementen durchführen darf und über den 31. Dezember 2022 hinaus am Netz geschaltet bleibt.

Christian Loose, Andreas Keith, Markus Wagner und Fraktion. ...<<

### **Die "Mittelbayerische Zeitung" berichtete am 17. August 2021: Wahl AfD: Energieprobleme mit Atomkraft lösen**

Bundestagskandidaten stellen sich den Fragen des Bund Naturschutzes. Diesmal antwortet Dr. Alois Pöschl von der AfD.

*Von Martin Hladik*

Dr. Alois Pöschl sieht im Dual Fluid Reaktor die Lösung anstehender Energiefragen. Einen menschengemachten Klimawandel sieht er nicht. Im folgenden Text stellt er sich Fragen des Chamer Kreisverbandes im Bund Naturschutz

*Verkehr: Wie stehen Sie zu einer Reduzierung des Flugverkehrs bei gleichzeitiger Förderung der Schiene?*

Grundsätzlich bin ich gegen eine Reduzierung des Flug- und Straßenverkehrs in Europa. Ich bin auch gegen die Verteuerung der Tickets. Das wären Einschränkungen der Freiheitsrechte unserer Bürger und eine Beraubung an ihrem hart erarbeiteten Vermögen. Es gibt keine Beweise dafür, daß über eine Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emission aus dem Verkehr der Mensch das Klima beeinflussen kann. Wenn man jedoch trotzdem die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Verkehr

reduzieren will, dann geht das nur über synthetische Treibstoffe im Rahmen einer CO<sub>2</sub>-neutralen Kohlenstoffwirtschaft.

Der Dual Fluid Reaktor wird die Grundlage hierfür liefern. Den Ausbau der Schiene mit elektrischen Zügen befürworte ich sehr, weil er in Ergänzung zum Pkw eine effiziente Reiseverbindung herstellen kann und weil er den Straßenverkehr entlastet. Den Pkw ganz ersetzen werden Züge jedoch niemals. Eine Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emission ist meines Erachtens nicht der Grund für den Ausbau der Schiene mit elektrischen Zügen. Damit wird kein CO<sub>2</sub> gespart.

*Energiewende: Wie können Menschen in die notwendigen Prozesse aktiv eingebunden werden?*

Die Energiewende ist gescheitert. Das Ausmaß der Umweltzerstörung, das durch den Bau der mittlerweile 31.200 Windturbinen und durch die Umstellung auf Solar und Maismonokulturen herbeigeführt wurde, übertrifft alles, was wir hatten. Wind- (1 W/qm Standfläche) und Solar- (10-15 W/qm) stellen höchst ineffiziente Methoden der Stromerzeugung dar. Aus Energiemais erhält man 0,2 W/qm Bodenfläche.

Damit kann eine hochentwickelte Industrienation niemals zuverlässig mit Strom versorgt werden. Wenn wir alle Pkw auf E-Autos umstellen würden, müßte die Stromversorgung mindestens verdoppelt werden. Es wird jedoch derzeit genau das Gegenteil getan, indem man alle Kernkraftwerke abschaltet.

Die Zukunft liegt in der Kernenergie. Die bisher abgeschalteten Kernkraftwerke wären sofort wieder in Betrieb zu nehmen bis zur geplanten Abschaltung um 2036. Bis dahin wird der "Dual Fluid Reaktor" (DFR) einsatzbereit sein. Mit diesem inhärent absolut sicheren Reaktor kann man aus dem in den letzten 40 Jahren angehäuften Uran und dem radioaktiven Atom- müll, Deutschland beim heutigen Stromverbrauch 800 weitere Jahre zu 100 % mit Strom zum halben Preis versorgen. Dabei wird der radioaktive Atom- müll abgebaut. Das Problem der Flächenverbräuche durch Wind- und Solarparks wäre damit auch gelöst.<<

Die AfD (Alternative für Deutschland) berichtete am 1. September 2021 über die Nutzung von neuartigen Kernkraftwerken: >>... Der Einsatz fossiler Energieträger kann mittel- und langfristig vor allem durch die Weiternutzung der emissionsfreien Kernkraft reduziert werden. Die Erzeugung von Strom durch Kernenergie gehört heute zu den sichersten Technologien. Für die in Deutschland bewußt offen gehaltene Entsorgung von hochradioaktiven Brennelementen, des sogenannten Atom- mülls, gibt es Lösungen. Anlagen in Finnland zeigen, daß eine geologisch gesicherte Endlagerung realisierbar ist.

Mit den in Rußland seit Jahren arbeitenden natriumgekühlten Reaktoren können die Brennelemente erheblich effektiver genutzt werden, so daß deren Reststrahlung stark reduziert wird. Reaktortypen mit flüssigem Brennstoff, wie sie derzeit in Frankreich, Kanada, den USA und weiteren Ländern entwickelt werden, erlauben eine kosteneffiziente integrierte Aufarbeitung, die ein geologisches Endlager gänzlich überflüssig machen könnte. Die AfD fordert, daß sich Deutschland wieder an der weit fortgeschrittenen Entwicklung neuartiger Typen von Kernreaktoren beteiligt. ...<<

Am 8. November 2021 stellte die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages 3 Anträge, um die Energieversorgungssicherheit in der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten:

Der erste Antrag trägt den Titel "Horizont erweitern - Kernenergie für umweltfreundliche, sichere und kostengünstige Energieversorgung".

Der zweite Antrag trägt den Titel "Blackout" und "Brownout" verhindern und dadurch die Energieversorgung sicherstellen.

Der dritte Antrag zielt darauf ab, die Energiewende rückgängig zu machen und Wirtschaft sowie private Haushalte zu entlasten.

Diese Anträge sollen am 11. November 2021 in erster Lesung beraten und im Anschluß zur

weiteren Beratung in den künftigen Hauptausschuß überwiesen werden.

Der erste AfD-Antrag zur Energieversorgungssicherheit in der Bundesrepublik Deutschland, der am 11. November 2021 im Deutschen Bundestag beraten und danach in den künftigen Hauptausschuß überwiesen wurde, lautete wie folgt (x1.029/...): >>Deutscher Bundestag Drucksache 20/32 ...

Antrag der Abgeordneten ... und der Fraktion der AfD

## **Horizont erweitern - Kernenergie für umweltfreundliche, sichere und kostengünstige Energieversorgung**

### **Der Bundestag wolle beschließen:**

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

1. Wirtschaftlicher Wohlstand, Bildung und ein starkes Sozialsystem gehen mit der Bewahrung unserer natürlichen Umgebung Hand in Hand - ohne materielle Wohlfahrt ist kein Umwelt- und Naturschutz denkbar, wie die unterschiedlich industriell entwickelten Länder in der Welt zeigen.
2. Automatisierte, effiziente Prozesse steigern die Wirtschaftskraft und ermöglichen gleichermaßen hohe Sozial- wie Umweltstandards, bedingen aber einen hohen Energieverbrauch.
3. Kostengünstige Energie, neben Technik und effizienten Prozeßketten, ist eine zwingende Voraussetzung für eine leistungsstarke, freiheitliche Volkswirtschaft bei gleichzeitig hohem Umweltschutz.
4. Die Kernkraftwerke, soweit überhaupt noch aktiv, tragen zur sicheren und unabhängigen Energieversorgung bei.
5. Deutschland verfügt über für die Lebensqualität sehr geschätzte, einzigartige, in Naturräume eingebettete und natürlich intakte Kulturlandschaften, zum Beispiel Wald- und Forstgebiete mit ihrer Artenvielfalt und ihrer Regulationsfähigkeit in Bezug auf das lokale Klima, welche es unbedingt zu erhalten gilt.
6. Moderne, hocheffiziente Technik wie die Kernenergie im Bereich der Energieversorgung sind der Schlüssel, um den Flächenverbrauch und den Eingriff in Ökosysteme minimal zu halten - Effizienz und Naturschutz schließen sich gerade nicht aus, sie gehören zusammen.
7. Die Kernenergie zeigt, gemessen am Energieausstoß, den kleinsten Flächenverbrauch, die niedrigsten Schadstoffemissionen und die geringste Beanspruchung von Ressourcen, auch beziehungsweise gerade im Vergleich zu Umgebungsenergien wie Wind und Sonne.
8. Gerade die deutschen Kernkraftwerke laufen beziehungsweise liefern besonders sicher und effizient - ihre Abschaltung bis Ende 2022 zusammen mit dem Ausstieg aus der Kohleenergie werden die gegenwärtige Energiekrise immer mehr zu einem Dauerzustand werden lassen.
9. Fortschrittliche Kerntechnik, insbesondere Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren, können die gegenwärtig betriebenen Kernkraftwerke in Bezug auf Umweltfreundlichkeit und Effizienz teils deutlich übertreffen, dabei passiv sicher operieren und durch vollständiges Schließen des Kernbrennstoffkreislaufs eine geologische Endlagerung nicht mehr notwendig werden lassen - sie eignen sich sehr gut für die Partitionierung und die Transmutation (P&T, PuT) gegenwärtiger Restkernbrennstoffinventare, siehe auch Drucksache 19/17127.
10. Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren können in naher Zukunft als Hochtemperatur-Quelle Elektrizität mit hohem Wirkungsgrad und Prozeßwärme für die großtechnische Produktion von "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen zu marktfähigen Preisen bereitstellen und so hier kostengünstig Kreislaufwirtschaft etablieren.
11. Auch die EU zieht im Rahmen der Taxonomieverordnung 2020/852 die Kernenergie als umweltfreundliche Energiequelle in Betracht - Länder wie die Schweiz, Italien und die Niederlande erwägen beziehungsweise betreiben den (Wieder-)Einstieg - ungeachtet der teils unsubstantiierten Gegendarstellungen zum EU-Gutachten aus Deutschland (BASE) und Österreich.

12. Die von der Bundesregierung und den Landesregierungen im Rahmen der angeblichen "epidemischen Lage nationaler Tragweite" rigoros verhängten Maßnahmen wirken als "Brandbeschleuniger" für die durch die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bereits deutlich erkennbare Wirtschaftskrise.

13. Derzeit ist Europa, auch Deutschland, von einer beispiellosen Energieversorgungskrise mit sehr hohen Energiekosten betroffen, wieder wirken sich die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte aus, hohe Energiekosten durch sogenannte erneuerbare Energien und Verknappung von Energie durch Atom- und Kohleausstieg.

## **II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,**

1. auf eine nachhaltig sichere und kostengünstige Energiebereitstellung, langfristig, soweit möglich, sogar unterhalb des Kostenniveaus heutiger Großanlagen (gerechnet ohne CO<sub>2</sub>-Bepreisung), hinzuwirken,

2. die Laufzeitbeschränkungen und Strommengeneinspeisebegrenzung, auch, soweit möglich, bestehender Kernkraftwerke, durch entsprechende Abänderung des Atomgesetzes (AtG) aufzuheben und deren Weiterbetrieb bei drohender, ernster Netzininstabilität notfalls auch staatlich zu gewährleisten,

3. zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung auf die Landesregierungen einzuwirken, notfalls sofort per Erlaß durch die Bundesregierung, eine provisorische Laufzeitverlängerung für die noch in Betrieb befindlichen bzw. noch betriebsbereiten Kernkraftwerke zu erteilen und sofern den Betreibern der Weiterbetrieb nicht zuzumuten ist, diesen durch den Bund zu sicherzustellen,

4. national und international sich für einen Ausbau der umweltfreundlichen und effizienten Kerntechnik, insbesondere Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren und der Kernfusion, einzusetzen,

5. die Herstellung "synthetischer" Betriebs- und Kraftstoffe (z.B. Wasserstoff) durch Nutzung der Kernenergie, insbesondere mit Hilfe von Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren, als geeignete Strategie zur langfristigen, strategischen Verfügbarkeit anzuerkennen und dieser Strategie Priorität einzuräumen,

6. einen Weiterbetrieb beziehungsweise eine Renaissance der Kernenergie mit allen zur Verfügung stehenden guten Argumenten zu unterstützen und die Forschung auf diesem Gebiet umfassend national und international zu fördern,

7. die Genehmigung derartiger Anlagen unter Beachtung vernunftgeleiteter Umwelt- und Sicherheitsauflagen konstruktiv zu begleiten und investitionssicher zu gestalten,

8. die Partitionierung und Transmutation (PuT) als gleichermaßen geeignete und wirksame alternative, mindestens ergänzende Strategie zur direkten Endlagerung für die Entsorgung hochaktiver Reststoffe einzustufen und anzuerkennen beziehungsweise somit ihre Entwicklung und Nutzung durch Verwendung der Rückstellungen im Entsorgungsfonds zu ermöglichen sowie

9. eine Änderung für das Atomgesetz (AtG) vorzulegen, mit der Absicht, die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Entsorgung nuklearer Rückstände unter Nutzung von Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren zu ermöglichen (insbesondere §§ 1, 7 und 9 AtG). ...

### **Begründung**

Umwelt- und Naturschutz wird nach Wahrnehmung der Antragssteller stets als Zielkonflikt zur Industrialisierung und Durchdringung mit Technik angesehen. Dabei zeigen gerade die industriell wenig entwickelten Länder, daß gerade dort das Umweltschutzniveau deutlich geringer ist - etwa höhere Schadstoffemissionen in Wasser und Luft und eine verstärkte Jagd nach geschützten Wildtierarten oder der großskalige Abbau von Lithium für die Batterieelektronik. Eine hohe Inanspruchnahme von Land läßt sich nur wegen der teils geringeren Bevölkerungsdichte nicht beobachten, oft werden aber wegen fehlender effizienter Landwirt-

schaftskonzepte und aufgrund des hohen Bedarfs an Biomasse als Brennstoff weiträumig Wälder gerodet und so Naturräume zerstört. ...

Das Gegenteil ist in Gebieten wie Mitteleuropa, Nordamerika oder auch in Ostasien (z.B. Japan und Südkorea) trotz der eher höheren Bevölkerungsdichte zu beobachten - hier ist die Luft- und Wasserqualität überwiegend hoch, es wird verstärkt, wenn auch nicht vollständig geschlossen, Kreislaufwirtschaft betrieben und es existieren intakte Naturräume und Kulturlandschaften.

In Deutschland entwickelt sich die Lage dramatisch in die falsche Richtung. Nach 20 Jahren EEG sind die sogenannten erneuerbaren Energien trotz exorbitanter Subventionen immer noch nicht konkurrenzfähig. Wind- und Solaranlagen verursachen unter Berücksichtigung der Dauersubventionen Strompreise, die weit über denen von Kernenergie liegen: eine Megawattstunde Offshore-Windstrom und Photovoltaik kostet 100-220 Euro. Dazu kommen die gern ignorierten Folgekosten für die großflächige Zerstörung der Umwelt und für den Rückbau. Die einst von Umweltminister Trittin versprochene "Kugel Eis pro Monat" kostet heute bereits über 200 Euro.

Kernenergie war im Vergleich dazu schon immer kostengünstig: die weltweiten gewichteten Durchschnittskosten für eine Megawattstunde Strom aus Kernenergie lagen 2018 bei umgerechnet 60 Euro inklusive aller Aufwendungen, die in Deutschland neuerdings auf staatlicher Seite entstehen. Die günstigsten Stromgestehungskosten liegen bei rund 35 Euro pro Megawattstunde - in Ländern in Ostasien, die durch regelmäßigen Bau ihre Kompetenz auf diesem Gebiet ausbauen. Dies muß noch im Lichte der massiven populistischen Angriffe und Fehlinformationen in den Medien und der dadurch in Europa zunehmenden Projektschwierigkeiten gesehen werden. Die sogenannten Erneuerbaren produzieren nicht den billigsten, sondern den am Ende teuersten Strom, wie Deutschland selbst eindrucksvoll zeigt.

Die Energieversorgung und damit die Netzstabilität kann bzw. muß zudem in Hinblick der gerade jetzt notwendigen Versorgungssicherheit durch nichtvolatile Quellen, insbesondere durch saubere fossile und nukleare Kraftwerke, unbedingt sichergestellt werden. Durch den inzwischen leider viel zu weit fortgeschrittenen Ausstieg aus der Kernenergie muß bei letzterer im Ernstfall auch ein staatlicher Weiterbetrieb erwogen werden.

Fluktuierende Techniken wie Photovoltaik und Windenergie sind hierfür nicht geeignet und erhöhen somit das Risiko eines Versagens des Elektrizitätsnetzes oder, um dies zu vermeiden, erhöhen gegebenenfalls erheblich die Häufigkeit für Zwangsabschaltungen/Lastabwürfe. Sie gefährden damit gerade in der aktuellen Notsituation den Erfolg der Maßnahmen in nicht akzeptabler Weise. Erschwerend kommt nun die derzeitige besondere Situation bei der Gasversorgung zum Tragen, was die Vulnerabilität eines Landes bei mangelnder Energieversorgung besonders deutlich macht.

Zudem laufen die Laufzeitgenehmigungen für 3 Kernreaktoren mit etwa 4 GW Elektrizitätsleistung beziehungsweise bis über 30 TWh jährlicher Einspeisemenge (ca. 5 % des gesamten deutschen Stromverbrauchs) zum Jahresende aus - deren Abschaltung muß in Anbetracht der gegenwärtig kritischen Situation unbedingt abgewendet werden. Deutschland muß bei der Bereitstellung von lebensnotwendigen Gütern - hier der Energieversorgung - zumindest weitgehend autark sein.

Mit 12 Kilogramm CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Megawattstunde hat die Kernenergie den niedrigsten CO<sub>2</sub>-Fußabdruck aller Stromerzeugungstechniken, und zwar inklusive Uranförderung und Anreicherung. Die Uranförderung findet dabei ausschließlich in OECD-Staaten wie Kanada nach modernsten technischen Umweltstandards (z.B. dem minimalinvasiven In-situ-Leaching) statt, ganz im Gegensatz zum ewigen Mythos eines angeblich "menschenrechtsverachtenden Uranbergbaus". Insbesondere bei NO<sub>x</sub>- und SO<sub>2</sub>-Emissionen schneidet die Kernenergie oft am besten ab. Diese Bilanz wird mit zukünftigen Kernreakortypen noch deutlich verbessert

werden.

Kernreaktoren stellen eine weltweit anerkannt umweltfreundliche, effiziente und wirtschaftliche Quelle mit hoher Versorgungssicherheit zur Erzeugung von Energie dar. Insbesondere Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren, können durch ihre hohe Betriebstemperatur besonders vielseitig und ökonomisch effizient Wärme und Strom bereitstellen. Diese Kernreaktoren sind herausragend sicher auslegbar und zusammen mit der Fähigkeit, durch den Schluß des Brennstoffkreislaufs Nuklearbrennstoff vollständig verwerten und damit langlebige Rückstände praktisch völlig vermeiden zu können, besonders umweltfreundlich.

Sie stoßen keine relevanten Mengen an Schadstoffen aus. Aufgrund der großen Vorkommen und der hohen Brennstoffausnutzung in Schnellspaltkernreaktoren sowie des sehr geringen Ressourcenverbrauchs für die Bereitstellung und Unterhaltung der entsprechenden Infrastruktur ist eine nach menschlichen Maßstäben nachhaltige und kostengünstige Erzeugung von Energie und Wasserstoff beziehungsweise synthetischen Kraft- und Betriebsstoffen möglich. Kostenprojektionen bei z.B. Salzschnmelzernreaktoren (MSRs) bewegen sich je nach Blockgröße zwischen 2 Cent/kWh und 4 Cent/kWh.

Anders als in Deutschland, auch in Europa, aber vor allem in China und Kanada, besinnt man sich auf die Entwicklung von Kernreaktoren. Die EU, initiativ durch den EU-Rat, plant, basierend auf entsprechende Gutachten, die Kernenergie in ihre Umweltbewertungen als in Frage kommende Technologie aufzunehmen, trotz unhaltbarer Gegenargumentation aus Deutschland (BASE), Luxemburg und Österreich, wo fälschlicherweise insbesondere auf die vorgeblich mangelhafte Analyse von Unfallgefahren und Entsorgungsfragen verwiesen wird.

Die Schweiz und Italien diskutieren hingegen eine Hinwendung zur Kernenergie, während ihr Ausbau in den Niederlanden schon konkret geplant wird. Der Weg zu fortschrittlicher Kerntechnik wurde weltweit bereits seit etwa 60 Jahren - leider mit langen, oft nicht technologisch bedingten Unterbrechungen - besritten.

In Deutschland wird oft lapidar auf mangelnde Kenntnis derartiger Technologien und Akzeptanz verwiesen. Forschungen zu Partitionierung und Transmutation (PuT) wie etwa basierend auf den Empfehlungen der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften, werden von der Bundesregierung nicht oder nur marginal unterstützt und wegen der Beschlüsse zum Kernenergieausstieg als "nicht zielführend", sogar kontraproduktiv angesehen.

Basis dieser Einschätzungen ist die Tatsache, daß auch Forschungen an fortschrittlicher Kerntechnik als Wiedereinstieg angesehen werden und eine Gleichsetzung dieser neuen Kernreaktortypen mit der heute etablierten Infrastruktur pauschal vorgenommen wird. Zugleich werden die neuartigen Eigenschaften zukünftiger Systeme aber gerade wegen ungenügender Forschung und Erfahrung, z.B. im Bericht der Endlagerkommission des Deutschen Bundestages (<https://www.bmu.de/download/bericht-der-kommission-lagerung-hoch-radioaktiver-abfallstoffe/>), angezweifelt.

Weitere Forschungs- und Entwicklungsbemühungen werden also vor allem wegen mangelnder Kenntnisse in diesem Feld als ungeeignet oder nicht lohnenswert verworfen - ein widersinniger Zirkelschluß. Die gegenwärtige aus Sicht der Antragsteller einseitige Diskussion über den als "alternativlos" angesehenen Ausstieg aus der Nukleartechnologie verbaut somit den Blick auf mögliche Antworten bestehender Fragen, etwa der Entsorgung hochaktiver Reststoffe. Die Entwicklung in der Welt zeigt aber, daß auf diesem Gebiet aktuell geforscht wird, wovon sich Deutschland offenkundig nun abkoppeln möchte und nach Meinung der Antragsteller technologisch rückzufallen droht.

Für eine Lösung der Frage zur geologischen Endlagerung würden die bereits im Rückstellungsfonds des Bundes für die Entsorgung hochaktiver Reststoffe bereitgestellten Mittel (knapp 25 Mrd. Euro) hiernach ohne weiteres alternativ auch für einen Partitionierungspfad oder auch für eine komplette PuT-Strategie zur schadlosen Verwertung dieser Brennelemente

genügen, siehe auch Drucksache 19/17127.

Letztere könnte sogar Erträge erwirtschaften, unabhängig von der Verfahrensweise in Bezug auf die aktuell gültige Fassung des AtG - eine Nutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität, wie in dieser Stellungnahme der Bundesregierung, ist nicht zwingend erforderlich. Zudem dürfte die Beteiligung Deutschlands an diesem strategisch wichtigen Feld im Lichte der internationalen Ausrichtung geboten sein. Entsprechende Änderungen des Atomgesetzes (AtG) würden weitere Bemühungen auf diesem Gebiet ermöglichen und könnten so diese Blockade aufheben sowie damit eine seit Jahrzehnten geführte Debatte für alle Beteiligten zufriedenstellend lösen. ...<<

### **Mögliche Ursachen für einen flächendeckenden Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes**

Eine im Winter typische Dunkelflaute genügt bereits, um zukünftig einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.

Beispiel: Mitte Januar 2023 herrschen in Mitteleuropa 5-10 Grad Kälte und starke Schneefälle. In Deutschland ist es seit Tagen windstill und neblig. Die Sonne ist nur selten zu sehen. Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen fällt aufgrund der ungünstigen Witterungsverhältnisse (starke Schneefälle, Windstille und Nebel verursachen tagelange Dunkelflauten) fast komplett aus.

Infolge der winterlichen Kälte gerät die Stromversorgung des Landes in eine äußerst bedrohliche Situation, denn Deutschland benötigt wesentlich mehr Strom, als es selbst produzieren kann. Die normale Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes beträgt 50 Hertz. Falls die Netzfrequenz z.B. wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung unter 47,5 Hertz sinkt, kommt es zwangsläufig zu einem flächendeckenden Stromausfall (Blackout) im gesamten Land.

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grundlast zur Verfügung.

Alle Speicherbecken der 36 deutschen Pumpspeicherkraftwerke sind längst leer.

Weil die bisherigen Stromlieferanten Frankreich, Belgien, Schweiz und Österreich vor allem mit Strom heizen, benötigen sie ihren Strom selbst und können während der Kältephase den dringend benötigten Strom von mehr als 50.000 Megawatt Strom nicht nach Deutschland liefern.

Aufgrund einer konstanten Stromnachfrage von über 80.000 Megawatt wird die Lage in Deutschland immer aussichtloser, die normale Netzfrequenz bei 50 Hertz zu halten. Da es die dringend erforderlichen konventionellen Reservekraftwerke zum Ausgleich von Netzschwankungen nicht mehr gibt, werden sofort große Industrieunternehmen und Hunderttausende von Privathaushalten vom Netz genommen, um die Gefahr eines nationalen Netzzusammenbruchs (Blackouts) zu verhindern.

Die Notabschaltung der Stromverbraucher genügt jedoch wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung nicht, um die Netzstabilität zu erhalten. Die Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes sinkt unaufhaltsam unter 47,5 Hertz, so daß es schließlich zu einem flächendeckenden Stromausfall im gesamten Land kommt.

### **Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes (Blackout)**

Längere flächendeckende Stromausfälle lösen nachweislich chaotische Zustände und nationale Katastrophen aus. Infolge des totalen Zusammenbruchs des nationalen Stromnetzes werden die Gesellschaftsstrukturen innerhalb weniger Stunden einstürzen und chaotische Zustände

auslösen. Die bisherige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands wird zwangsläufig kollabieren.

Ohne Strom brechen sofort die Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung sowie die Abwasserentsorgung zusammen, Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher und sonstige Kommunikationsmittel bleiben stumm sowie Beleuchtungen und Heizungen funktionieren nicht mehr.

Nach dem Zusammenbruch der Stromversorgung fallen z.B. sofort alle Verkehrsleitsysteme, Bahn- und Luftverkehr, Wasserwerke, Kläranlagen, Tankstellen, Fertigungsbetriebe und landwirtschaftliche Betriebe aus. Das Gesundheitswesen (Krankenhäuser, medizinische Versorgung) bricht ebenfalls zusammen, wenn keine Notstromversorgung zur Verfügung steht.

Die Mobilität wird drastisch eingeschränkt, die medizinische Versorgung und die allgemeine Sicherheit der Bürger können nicht mehr gewährleistet werden.

Die Tageszeitung "Der Tagesspiegel" berichtete am 30. Dezember 2014: >>Deutschland ohne Strom - Der große Blackout

Ob Gesundheitswesen, Verkehr, Kommunikation oder die Lebensmittelversorgung - ein langer Stromausfall würde die Infrastruktur in kürzester Zeit lahmlegen. Welche Folgen hätte das?

Fast alle wichtigen Lebensbereiche sind heutzutage vom Strom abhängig. Kaum jemand wagt sich vorzustellen, was passieren würde, wenn die Energieversorgung zusammenbräche. Und nur wenige beschäftigen sich von Berufs wegen damit, einer solchen Katastrophe vorzubeugen. ...

Früher konnten die Betreiber Engpässe und Spitzen noch relativ leicht ausgleichen, denn der Strom kam aus einer Hand. Doch heute gibt es eine Vielzahl von Akteuren und durch die Nutzung erneuerbarer Energien deutlich mehr Spannungsschwankungen in den Netzen. Wind und Sonne sind nun einmal nicht berechenbar. "Früher mußten die Versorger vielleicht zweimal im Jahr nachregulieren, also Kraftwerke zu- oder abschalten, um die Stromversorgung sicherzustellen, heute an mehr als 200 Tagen im Jahr", erklärt Thomas Leitert, der sich seit Jahren mit dem Thema Stromausfall befaßt. ...

"Die Netze sind die Achillesferse der Versorgung", sagt Leitert. ... Denn wenn das System nicht mehr stabil sei, könne es zu einem Kaskadeneffekt kommen, einer Art Kettenreaktion ... Letztlich sei auch ein bundesweiter Strom-Supergau möglich. "Und wenn erst einmal alles zusammengebrochen ist, kann es Wochen dauern, bis wieder Normalität herrscht."

#### **Wie würde sich ein großflächiger Stromausfall genau auswirken?**

... Schon wenige Stunden nach einem großflächigen Stromausfall würden ganze Geflügelfarmen zum Massengrab, weil die Tiere ohne Lüftung und Heizung schnell verendeten. Und auch Kühe müßten massenhaft geschlachtet werden, wenn die Melkmaschinen ausfielen. ...

Ebenfalls nach einem Tag sei das Gesundheitswesen "erheblich" beeinträchtigt. "Für Dialysepatienten dürfte es nach wenigen Tagen keine Rettung mehr geben." Auch die Wasserversorgung und sämtliche Kommunikationsmittel würden innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen. "Es kann dann schnell zu Unruhen kommen." ...

#### **Wie sind Behörden auf einen solchen Katastrophenfall vorbereitet?**

... Krisenpläne gibt es natürlich und auch Katastrophenschutzübungen, die einen Blackout simulieren. ... Die Krisenkommunikation der Rettungskräfte kann über mobile Systeme laufen, Krankenhäuser die Zeit mit Notstromaggregaten überbrücken. Doch nach zwei, drei Tagen sieht die Sache anders aus. Auch die Bundeswehr, die im Katastrophenfall die kritische Infrastruktur schützen müßte, sei darauf nicht vorbereitet ...

Christoph Revermann vom TAB glaubt allerdings, daß auch der beste Krisenplan bei einem tagelangen und großflächigen Stromausfall ohnehin nichts wert ist. "Auf eine solche Situation kann man sich nicht vorbereiten. Wir können nur hoffen, daß der Fall nicht eintritt." ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 6. Februar 2017: >>Die "Dunkelflaute" bringt Deutschlands Stromversorgung ans Limit

In der ersten Januarwoche und dann wieder von der Monatsmitte an stellten rund 26.000 Windkraftanlagen und mehr als 1,2 Millionen Solaranlagen ihre Arbeit ein. Verantwortlich war eine sogenannte Dunkelflaute.

Im Januar fielen Ökostromanlagen in Deutschland wochenlang als Energielieferanten fast komplett aus.

Verantwortlich war eine sogenannte Dunkelflaute. Ein Hochdruckgebiet sorgt für Windstille und Nebel.

Während zugleich der Strombedarf in Deutschland stark ansteigt, auch weil es so kalt ist.

In wenigen Monaten ist es wieder soweit: Am Pfingstsonntag werden erneuerbare Energien aus Wind- und Solarkraft wohl über Stunden hinweg fast den gesamten deutschen Strombedarf decken können. Energiewendeprotagonisten und Grünen-Politiker werden dann wie stets in dieser Jahreszeit die Erfolge der Ökostromrevolution preisen – und die schnellstmögliche Abschaltung aller Kohlekraftwerke fordern.

In den langen, dunklen Wintermonaten allerdings schweigen die Lobbyisten der erneuerbaren Energien lieber. Aus gutem Grund, wie ein Blick auf die Erzeugungsdaten der zurückliegenden Wochen zeigt. Im Januar fielen die deutschen Ökostromanlagen wochenlang als Energielieferanten fast völlig aus.

In der ersten Januarwoche und dann wieder von der Monatsmitte an stellten rund 26.000 Windkraftanlagen und mehr als 1,2 Millionen Solaranlagen ihre Arbeit für lange Zeit ein. Verantwortlich war eine sogenannte Dunkelflaute: Ein für diese Jahreszeit typisches Hochdruckgebiet sorgte für zehntägige Windstille und Nebel – während zugleich der Strombedarf in Deutschland stark anstieg, weil es ziemlich kalt war.

### **90 Prozent aus Kohle, Gas und Atomkraft**

Als zum Beispiel am Dienstag, dem 24. Januar, elektrisch betriebene Züge, U-Bahnen und Fahrstühle die Menschen an den Arbeitsplatz brachten und die Fabriken ihre Arbeit aufnahmen, stieg Deutschlands Stromverbrauch rasch auf 83 Gigawatt. Die Windkraft an Land lieferte jedoch fast über den ganzen Tag hinweg weniger als einen Gigawatt. In der Mittagszeit halfen ein paar Solaranlagen, die gesamte Ökostromproduktion kurz mal auf drei Gigawatt zu hieven. Doch selbst das war nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

An jenem 24. Januar deckten die verpönten Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke mehr als 90 Prozent des deutschen Strombedarfs. An fast allen anderen Tagen zwischen dem 16. und dem 26. Januar war es sehr ähnlich. Stromspeicher, die eine so lange Zeitspanne überbrücken könnten, sind nicht einmal ansatzweise in Sicht. Die Last der Versorgung ruhte damit vor allem stark auf Atom- und Kohlekraftwerken, die Umwelt- und Klimaschützer eigentlich schon in wenigen Jahren komplett loswerden wollen.

"Der Januar hat deutlich gezeigt: Wir brauchen weiterhin flexible konventionelle Kraftwerke, um die stark schwankende Stromeinspeisung aus Wind und Photovoltaik jederzeit ausgleichen zu können", warnt Stefan Kapferer, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). "Die Stromnachfrage muß bei jeder Wetterlage gedeckt und das Stromnetz stabil gehalten werden", sagt Kapferer, zu dessen Verband auch eine Reihe großer Ökostrom-Produzenten gehört.

### **Kapazität schmilzt wie Butter in der Sonne**

Dem BDEW-Chef bereitet Sorge, daß die ganz offensichtlich unverzichtbaren konventionellen Kraftwerke derzeit mit hoher Geschwindigkeit vom Markt verschwinden. In den vergangenen fünf Jahren wurden insgesamt 82 konventionelle Stromerzeuger mit einer Leistung von mehr als zwölf Gigawatt zur Stilllegung angemeldet, weil sich ihr Betrieb im Marktumfeld der Energiewende nicht mehr rechnet.

Und das Kraftwerksterben geht weiter. Gerade erst hat die Bundesregierung die Emissionsgrenzwerte für konventionelle Kraftwerke verschärft. In der Ungewißheit, ob sie mit ihren Anlagen je wieder Geld verdienen können, rüsten viele Betreiber ihre Anlagen dafür aber nicht mehr nach – sie legen sie lieber gleich still.

Zudem hatte die Bundesregierung eben erst mit der Braunkohleindustrie vereinbart, in den kommenden fünf Jahren schrittweise 13 Prozent der deutschen Braunkohlekraftwerke in eine sogenannte Sicherheitsbereitschaft zu überführen – um sie dann in einigen Jahren ganz auszumustern.

Der Atomausstieg geht natürlich auch weiter: Ende dieses Jahres wird das Kernkraftwerk Gundremmingen B vom Netz gehen. Mit einer Nettoleistung von 1,2 Gigawatt war Gundremmingen B bislang eine der Stützen der süddeutschen Stromversorgung.

Die konventionelle Kraftwerkskapazität in Deutschland schmilzt damit weg wie Butter in der Sonne. "Aktuell führen die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dazu, daß etliche konventionelle Kraftwerke zur Stilllegung angemeldet werden oder vom Netz gehen", faßt BDEW-Chef Kapferer die Lage zusammen: "Investitionen in den Kraftwerksneubau sind bereits zum Erliegen gekommen."

### **"Letztlich waren alle Reservekraftwerke in Bereitschaft"**

Der Mangel an steuerbaren Kraftwerken setzte Stromnetzbetreiber während der Dunkelflaute im Januar bereits unter starken Streß. "Fast in allen umliegenden europäischen Ländern war die Last außerordentlich hoch und die Erzeugungssituation angespannt", heißt es beim süddeutschen Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW über die Situation in den vergangenen Wochen: "Letztlich waren alle Reservekraftwerke mehrere Tage in Bereitschaft."

Der Einsatz von "Redispatch", also kostenträchtigen Eingriffen des Netzbetreibers in den Kraftwerksbetrieb, sei in dieser Zeit "sehr hoch" gewesen, teilt TransnetBW weiter mit. "Alle verfügbaren Reservekraftwerke in Deutschland und Österreich wurden auf unseren Anlaß hin angefahren. Für die schnellstartfähigen Anlagen wurde die Bereitschaft angewiesen. Zusätzlich wurden Reserven aus Italien angefordert."

Daß aber ausländische Reservekraftwerke Deutschland auch in Zukunft dabei helfen, eine Dunkelflaute zu überstehen, ist nicht garantiert. Die alternden französischen Atomkraftwerke zum Beispiel sind längst keine sichere Bank mehr. Gerade jetzt stehen viele der Anlagen wegen Sicherheitsüberprüfungen still, was die Wirkungen der Dunkelflaute im Januar noch verstärkte. Frankreich, früher meist Exporteur von Elektrizität, mußte plötzlich selber importieren.

Beim Branchenverband BDEW fragt man sich angesichts dieser Entwicklung, woher in Zukunft noch der Strom kommen soll, wenn es mit den deutschen Kraftwerksstilllegungen in diesem Tempo weitergeht.

### **Strombedarf wird noch weiter steigen**

Immerhin hat die Bundesregierung ja gerade auch eine "neue Phase" der Energiewende ausgerufen: Im Rahmen der sogenannten Sektorkopplung soll jetzt auch der Straßenverkehr und die Heizwärme auf Strombetrieb umgestellt werden. Der deutsche Strombedarf wird sich also noch mal deutlich erhöhen.

### **"Kohlekraftwerke sind Störfaktoren im System"**

... "Wir brauchen sicher noch eine ganze Weile flexible Gaskraftwerke, um windarme Wochen wie im Januar überbrücken zu können", sagt etwa Philipp Vohrer, Geschäftsführer der "Agentur für Erneuerbare Energien" (AEE) der "Welt".

... "Eine Lösung, von der auch Kohlekraftwerke profitieren, muß unbedingt vermieden werden", sagt Vohrer: "Kohlekraftwerke sind Störfaktoren im System." ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/65-66): >>Wollt Ihr den totalen Blackout?

\_ von Daniell Pföhringer

Die Energiewende soll das Klima retten - doch bisher hat sie eher die Stromversorgung gefährdet. ...

### **Gefährliche "Dunkelflauten"**

Warnungen gab es genug. Bereits 2011 stellte die Wirtschaftsberatungsgesellschaft A.T. Kearney fest, daß die Versorgungssicherheit im zweiten Jahr der Energiewende stark gesunken war. Die Zahl der Netzausfälle steigt seit 2009 kontinuierlich an, und weil die Grundlast nach Abschaltung mehrerer Atommeiler vor allem durch fossile Kraftwerke erzeugt wird, nahm der Primärenergieverbrauch an Kohle, Öl und Gas nicht ab, sondern stark zu. ...

Probleme gibt es meist in den Wintermonaten. Erst im Januar dieses Jahres wäre es sogar fast zu einem Ausfall des gesamten Netzes gekommen. Der Deutsche Wetterdienst meldete Durchschnittstemperaturen von minus 2,3 Grad, die damit unter den für den Jahresanfang üblichen Werten lagen. Die Sonne brach nur selten durch, oft war es windstill.

Solche "Dunkelflauten", so der Fachterminus der Energiewirtschaft, sind für das deutsche Elektrizitätsnetz, das zunehmend auf nicht speicherbaren Strom aus Windkraft- und Solaranlagen setzt, überaus gefährlich. ...

### **Anarchische Zustände**

Was nach einem großflächigen Stromausfall passieren kann, beschreibt der Schriftsteller Marc Elsberg in seinem 2012 erschienenen Technik-Thriller Blackout, für den er mehrere Jahre über die europäischen Energienetze recherchiert hat:

Versorgung und Infrastruktur brechen zusammen, Plünderungen und Anarchie breiten sich aus, die Städte versinken in Chaos und Gewalt. Die Zeitschrift Bild der Wissenschaft bezeichnete sein Szenario als "realitätsnah". "Strom ist wie das Blut im Körper. Beides muß fließen, sonst bricht das ganze System zusammen", so Elsberg. Allein der Energiekreislauf Deutschlands ist insgesamt rund zwei Millionen Kilometer lang, die Leitungen würden etwa 45 Mal rund um die Erde reichen - und die Grundlast muß immer vorhanden sein. "Das Stromnetz ist das System der Systeme: Jeder Einzelne von uns hängt 24 Stunden am Tag von ihm ab", so Elsberg. "Ohne Strom stürzt eine Gesellschaft zurück ins Mittelalter." ...

### **"Hochgradig verletzbar"**

... "Nach 24 Stunden gäbe es kein Geld, keine Nahrung und keinen Verkehr mehr. Auch die Wasserversorgung und sämtliche Kommunikationsmittel würden innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen", so Christoph Revermann, stellvertretender Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag.

Seine Forschungsstelle hat 2011 erstmals die Folgen eines Netzausfalls in mehreren Bundesländern untersucht und war zu dem Schluß gekommen: "Die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern erfolgt über ein eng verflochtenes Netzwerk an kritischen Infrastrukturen, die hochgradig verletzbar sind. Die Folgen eines Blackouts sind nicht beherrschbar, selbst unter Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen. "Rund 430 Millionen Euro pro Stunde würde Deutschland ein solcher Stromkollaps kosten. Und dazu bräuchte es noch nicht mal eine Naturkatastrophe - die Energiewende reicht. ... In den Millionenstädten und auf dem Land wird es von einer Sekunde auf die andere dunkel, die Versorgung bricht zusammen, aus den Leitungen kommt bald kein Wasser mehr, Benzin und Lebensmittel werden knapp, die Straßen versinken im Müll, und Kriminalität breitet sich aus. <<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. November 2017 (x887/...): >>Blackout-Gefahr steigt

### **Überlastung der Stromnetze im Winter - Krise in der Schweiz**

Erst im Nachhinein ist deutlich geworden, wie groß im vergangenen Winter das Risiko von

flächendeckenden Zusammenbrüchen von Stromnetzen war. Klirrende Kälte und die Abschaltung von 23 Kernkraftwerken brachten Frankreichs Stromversorgung im Januar 2017 in eine prekäre Situation. Am Morgen des 20. Januars benötigte Frankreich um 8.45 Uhr deutlich mehr Strom, als es in diesem Moment selber produzieren konnte.

Das befürchtete Ausgehen der Lichter konnte nur durch Stromlieferungen aus den Nachbarländern verhindert werden. Eingesprungen waren spanische, belgische, deutsche und schweizer Netzbetreiber.

Erst im Sommer dieses Jahres wurde bekannt, daß sich mit der angespannten Situation in Frankreich auch die Lage in der Schweiz zugespitzt hatte. Dort brachte die Situation auf dem Strommarkt die eidgenössischen Behörden im Februar ins Schwitzen. Auch hier waren im Januar zwei AKW außer Betrieb, zudem waren durch die Stromknappheit in Frankreich die Preise auf dem europäischen Strommarkt gestiegen.

Schweizer Stromproduzenten nutzten diese Gelegenheit, um ihre Pumpspeicherwerke auf vollen Touren laufen zu lassen, um Strom nach Frankreich zu exportieren. Die Folge war, daß sich die Staubecken vielerorts geleert hatten und nicht mehr für den Strombedarf der Schweiz zur Verfügung standen. Auch hier waren es Rekord-Stromimporte aus dem Ausland und mildes Wetter, die eine Zuspitzung verhinderten. ...

Der Februar 2017 gilt inzwischen als historischer Monat in der Schweizer Stromgeschichte. Swissgrid, der größte Netzbetreiber des Landes, muß allerdings immer öfter eingreifen, um schwerwiegende Probleme bei der Stromversorgung abzuwenden. Laut Swissgrid waren im Jahr 2011 lediglich zwei Eingriffe nötig.

Im Jahr 2016 wurden bereits 213 Eingriffe gezählt. In diesem Jahr mußte Swissgrid allein bis Ende August schon 274 Mal das Stromnetz der Schweiz stabilisieren. Als Ursachen nennt der eidgenössische Netzbetreiber die Liberalisierung der Strommärkte und den Zuwachs der sogenannten Erneuerbaren Energien.

Die gestiegene Zahl von Windrädern und Solaranlagen macht es schwieriger, eine stabile Stromversorgung zu gewährleisten. Bei Swissgrid verweist man auch darauf, daß insbesondere in Deutschland die Stromnetze durch die Energiewende sehr viel schwankender benutzt werden als zu früheren Zeiten.

Der europäische Verbund der Stromnetze hilft zwar, Notfälle wie im letzten Winter in Frankreich oder der Schweiz zu entspannen, allerdings gibt es auch eine Kehrseite: Auch ein Blackout, ein Zusammenbruch eines regionalen Stromnetzes kann sich europaweit ausbreiten. Laut der "Luzerner Zeitung" wird befürchtet, daß sich, unter anderem auch durch den geplanten Wegfall von Kohle- und Kernkraftwerken in Deutschland, die Zahl kritischer Netzsituationen in der Schweiz noch zunehmen wird.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 27. November 2018: >>**Bundesamt warnt vor "katastrophalen" Folgen von Blackouts**

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat vor "katastrophalen" Folgen massiver landesweiter Stromausfälle gewarnt. Diese hätten ein "erhebliches Verteilungsproblem für wichtige, teils lebenswichtige Güter" zur Folge, heißt es in einem internen Positionspapier, das den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland vorliegt. Vor allem die Bundesländer haben demnach bei Notfallplänen für die Verteilung von Treibstoff, Lebensmitteln und Medikamenten noch Nachholbedarf.

Das Papier beschäftigt sich auch mit den möglichen Folgen eines Blackouts: "Aufzüge, Heizungen und Licht würden zu Hause sofort ausfallen. Auch der Kühlschrank in der Wohnung oder die Kühlung in Supermärkten wären sofort betroffen." Die meisten Tankstellen könnten keinen Treibstoff mehr verkaufen, innerhalb von Stunden könnten Telefone und Internet nicht mehr genutzt werden. Das Abheben von Bargeld wäre nicht mehr möglich.

## **"Impfstoffe und Blutprodukte würden verderben"**

Besonders kritisch sieht der Bericht die Folgen für die medizinische Versorgung: "Nach 24 Stunden käme es zu weitgehenden Einschränkungen in Krankenhäusern und der Wasserversorgung. Arzneimittel und Medizinprodukte könnten nicht mehr oder nicht mehr in ausreichendem Maße nachgeliefert werden. Impfstoffe und Blutprodukte würden verderben."

Als Notfallversorgung schlägt das Amt die Ausstattung der Bevölkerung mit Taschenlampen und Kurbelradios vor. Auch sollten Lebensmittel, Wasser und Hygieneartikel auf Vorrat in den Haushalten vorhanden sein. Da die Notfallplanung bisher "heterogen" sei, schlägt das Bundesamt zudem eine gesetzliche Anforderung an die Notstromversorgung in kritischen Infrastrukturen vor. Dazu gehören etwa Energie- und Wasserversorgung, Verkehr, Telekommunikation und Finanzwesen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Januar 2019 (x887/...): >>>Steigende Gefahr eines Blackout

## **Frankreichs Energieregulierungsbehörde CRE meldete europaweiten Abfall der Netzfrequenz auf 49,8 Hertz**

Eine Verkettung unglücklicher Umstände hat in der ersten Januarhälfte zu einem deutlichen Abfall der Netzfrequenz im europäischen Stromnetz geführt. Die Regulierungsmechanismen konnten eine Verschärfung der Situation verhindern. Nichtsdestotrotz machte der Vorfall deutlich, wie anfällig das europäische Stromnetz geworden ist.

In einer Mitteilung hat die französische Commission de régulation de l'énergie (CRE) darauf hingewiesen, daß am Abend des 10. Januar die Frequenz im europäischen Stromnetz auf 49,8 Hertz abgesunken ist. Die normale Netzfrequenz liegt bei 50 Hertz. Die französische Energieregulierungsbehörde bezog sich auf Informationen des Netzbetreibers RTE. Dieser soll in der kritischen Situation am Abend des 10. Januar Großverbraucher in der Industrie automatisch veranlaßt haben, 1.500 Megawatt für 20 bis 45 Minuten "abzuwerfen".

Ein solcher "Lastenabwurf", das Abschalten von Stromverbrauchern bei Engpässen, gleicht einer Notbremsung. Ausgelöst wurde am 10. Januar die erste Phase eines mehrstufigen Prozesses. Bei einem weiteren Abfall der Frequenz unter 49 Hertz hätten die ersten Privathaushalte damit rechnen müssen, daß bei ihnen präventiv die Stromversorgung unterbrochen wird. Einen solchen Fall hat es in Frankreich vor zwölf Jahren gegeben. Damals wurde bei zehn Millionen Haushalten zeitweise die Stromversorgung unterbrochen.

Bei einer Netzfrequenz von unter 47,5 Hertz würde es schließlich zu einem flächendeckenden Stromausfall, einem sogenannten Blackout kommen. Ein solcher Totalausfall gilt als sehr brisant. Verschiedene Netzbetreiber, aber auch Katastrophenschutzbehörden haben sich bereits mit der Frage beschäftigt, wie schnell die Stromversorgung wieder in Gang gebracht werden könnte, sollte es jemals zu landesweiten Netzzusammenbrüchen kommen. Untersuchungen aus der Schweiz und Österreich lassen vermuten, daß der Wiederaufbau der Stromversorgung nach einem flächendeckenden Ausfall eine Angelegenheit von Tagen, nicht von Stunden sein könnte.

Die nachträgliche Beurteilung des Vorfalls vom 10. Januar fiel sehr unterschiedlich aus. Nach Angaben der französischen Regulierungsbehörde bestand für das europäische Stromnetz eine Gefahr. Eine große österreichische Zeitung griff zu der Überschrift: "Europas Stromnetz stand am Rande des Totalausfalls". ...

Auch bei einem internationalen Vergleich machten die Forscher eine interessante Entdeckung. So wurden im vergleichsweise kleinen Stromnetz des Vereinigten Königreiches stärkere Schwankungen festgestellt als im vergleichsweise großen der Vereinigten Staaten. Großbritanniens Stromversorgung ist allerdings auch wegen des Anteils des Wind- und Solarstroms interessant. Generell zeigen sich nämlich in Netzen mit einem größeren Anteil an erneuerbaren Energien zunehmende Schwankungen der Netzfrequenz.

Insbesondere für Deutschland haben diese Befunde eine große Bedeutung. Bereits beschlossen ist die Abschaltung der letzten Reaktorblöcke in deutschen Atomkraftwerken im Jahr 2022. Demnächst soll die sogenannte Kohlekommission auch einen Termin für den Ausstieg aus der Kohleverstromung nennen. Große Kraftwerke waren bislang die Grundlage der Frequenzstabilisierung im Stromnetz. Mit dem geplanten Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung wird deswegen die Instabilität weiter wachsen. Die politisch gewollte Zunahme der Elektromobilität wird sich in dieser Situation zu einer Belastungsprobe für das deutsche Stromnetz entwickeln.<<

Die deutsche WDR/SWR-Fernsehsendung "Planet Wissen" berichtete am 26. September 2019 (x1.026/...): >>**Blackout in Deutschland - ohne Strom mit Folgen**

*Von Jens-Steffen Scherer*

Ein flächendeckender Stromausfall ... (würde) unsere verwundbarsten Stellen treffen. Zu groß ist unsere Abhängigkeit von Strom. Entsprechend dramatisch wären die Folgen, selbst wenn uns für nur wenige Tage der Saft ausgeht. ...

### **Die ersten Minuten nach dem Blackout**

Unmittelbar nach dem Eintreten des Blackouts in Deutschland kommt es zum Ausfall aller Kommunikationsnetze. Weder Internet noch Fernsehen funktionieren; und auch wenn Handys noch für einige Stunden Akku haben, besitzen sie dennoch keinen Netzempfang. Als einzige Informationsquelle bleibt vorerst nur das batteriebetriebene Radio.

Durch den Ausfall aller Ampeln und Beleuchtungen kommt es auf den Straßen außerdem unmittelbar zu vielen Autounfällen und Verletzten. Der Blackout verursacht schon nach wenigen Minuten die ersten Todesopfer.

Am Bankautomaten läßt sich kein Geld mehr abheben und die Zahlung per EC-Karte ist nicht mehr möglich. In den Krankenhäusern springen die Notstromaggregate an, um den Betrieb lebensnotwendiger Maschinen zu gewährleisten. Mit jeder weiteren Stunde führt das allgemeine Chaos in den meisten Bereichen zu Personalmangel.

... Durch den Ausfall der Ampeln kommt es zu vielen Verkehrsunfällen

### **Ein Tag nach dem Blackout**

Nach 24 Stunden wächst die Verunsicherung in der Bevölkerung. Polizei und Feuerwehr versuchen an möglichst vielen Orten Patrouille zu fahren, um die Menschen zu informieren und - wenn möglich - die größten Notfälle per Analogfunk an die Zentrale weitergeben zu können. Mit dem restlichen Bargeld werden Supermärkte leergekauft. Gleichzeitig geben die letzten Akkus von Laptops und Handys ihren Geist auf.

Während in der Industrie viele Anlagen nicht mehr gesäubert oder gekühlt und deshalb beschädigt werden, sterben in den deutschen Mastbetrieben Hunderte Millionen Kühe, Schweine und Hühner, weil sie nicht mehr versorgt werden können.

### **Zwei Tage nach dem Blackout**

Schon nach 48 Stunden ohne Strom wird die Lage kritisch. Es beginnen ernsthafte hygienische Probleme in Krankenhäusern, Altenheimen und auf den Straßen, da die Müll- und Wasserentsorgung nicht mehr gewährleistet ist - es besteht Seuchengefahr.

Die Feuerwehr versucht noch so gut wie möglich die Kanalisation zu spülen. Das Abwasser der Kläranlagen kann nur noch in Flüsse abgeleitet werden.

In den Krankenhäusern werden zudem die Medikamente knapp und die Notstromaggregate haben keinen Diesel mehr, um weiteren Strom zu erzeugen. Die Zahl der Todesopfer steigt.

### **Drei Tage nach dem Blackout**

Nach spätestens drei Tagen gehen vielen Menschen die Lebensmittelreserven aus und durch die nur wenigen verlässlichen Informationen steigt die Ungewißheit in der Bevölkerung weiter. Aus Verzweiflung schließen sich die ersten kleineren Gruppen zusammen, um auf Beutezug nach Nahrung und Wertsachen zu gehen. Die Anzahl an Überfällen und Einbrüchen steigt,

auch begünstigt dadurch, daß viele Kriminelle aus den elektronisch gesicherten Gefängnissen entkommen.

... Die Anzahl an Einbrüchen und Überfällen steigt nach einem Stromausfall

### **Eine Woche nach dem Blackout**

Eine Woche nach dem Blackout brechen auch die letzten Notstromversorgungen in den Rechenzentren zusammen. Da die Reaktoren nicht mehr ausreichend gekühlt werden können, drohen in den acht verbleibenden Atomkraftwerken Deutschlands nun die Kernschmelze und damit der Super-GAU. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 28. Dezember 2019:

### **>>AKW im Ländle geht an Silvester vom Netz - wo jetzt der Ersatz-Strom herkommt**

Das Atomkraftwerk Philippsburg 2 in Baden-Württemberg geht an Silvester vom Netz. Damit fehlen 13 Prozent des Stroms im Ländle. Woher kommt nun Ersatz? ...

Der grüne Umweltminister Franz Untersteller beteuert, daß auch ohne den nun abzuschaltenden Meiler die Versorgung in seinem Bundesland sicher sei. Eine Herausforderung: Fällt jener Block 2 weg, fehlen über Nacht 13 Prozent des Stroms im Ländle. Der Ersatz gelinge "durch einen Maßnahmenmix aus Stromimport, Erzeugung durch erneuerbare Energien und Netzausbau."

### **"Sind überzeugt, daß wir noch eine gewisse Zeit Kohlekraftwerke brauchen"**

Doch woher importiert der Südwesten nun seinen Strom? ...

Daß nicht alles öko ist, was den fehlenden Atomstrom ersetzt, ist indes klar: "Wir sind überzeugt, daß wir noch eine gewisse Zeit auch Kohlekraftwerke und mittelfristig Gaskraftwerke brauchen, um zuverlässig jeden Tag 24 Stunden lang Elektrizität liefern zu können", erklärt Zimmer den "Stuttgarter Nachrichten" weiter.

Die staatlich beauftragte Studie "Versorgungssicherheit in Süddeutschland bis 2025 - sichere Nachfragedeckung auch in Extremsituationen?" kam schon früher im Jahr zu dem Schluß, daß Deutschland in deutlichem Umfang auf Importe aus Nachbarländern angewiesen sein werde. "Ob die Nachbarländer die von Deutschland benötigten Erzeugungsleistungen zur Verfügung stellen können und werden, wurde in der Untersuchung nicht überprüft", zitiert der SWR aus der Studie.

### **Derzeit stammen rund 72 Prozent des französischen Stroms aus Kernkraftwerken**

... Insbesondere in Frankreich und in Polen würden Kern- und Kohlekraftwerke länger laufen als geplant.

Derzeit stammen rund 72 Prozent des französischen Stroms aus Kernkraftwerken. Zu den größten Importeuren gehört Deutschland. Und Frankreich setzt weiter auf Atomstrom, plant den Bau sechs neuer AKW. ...

### **Frankreich hatte 2018 die Nase vorn**

Bisher kommen Deutschlands Stromimporte überwiegend aus den Nachbarländern. Frankreich hatte 2018 mit 10,1 Terawattstunden (TWh) die Nase vorn und war damit das einzige Land, das mehr Strom nach Deutschland lieferte als es von dort einkaufte.

Bewahrt das Ländle also französische Kernkraft vor möglichen Blackouts? Nicht allein! Elektrizität werde, wie die "Stuttgarter Zeitung" berichtet, "je nach Lage" aus der Lausitz, dem Rheinland, aus der Schweiz, Österreich oder Frankreich eingekauft. "In einer Kältephase können wir von dort keine einzige Kilowattstunde bekommen", sagte EnBW-Mann Zimmer der "Stuttgarter Zeitung" weiter. Weil die Nachbarn im Westen mit Strom heizen, benötigen sie ihren Strom dann selbst. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 4. Juni 2020 (x1.000/...):

### **>>Wie sicher ist Deutschlands Stromnetz aktuell?**

Blackout? Wir sind gewöhnt, daß immer Elektroenergie verfügbar ist, im Haushalt der Kühlschrank funktioniert, Trinkwasser aus dem Hahn läuft, die Ampelanlagen angeschaltet sind,

Fahrstühle betrieben werden können usw. Wenn aber nun der Strom plötzlich total ausfällt? Die Folgen können verheerend sein. Wie sicher ist denn aktuell Deutschlands Stromnetz?

Bis zum Jahr 2022 sollen alle deutschen Kernkraftwerke abgeschaltet sein, bis 2038 soll auch die Kohleverstromung enden. Mit jedem abgeschalteten konventionellen Kraftwerk steigt die Gefahr eines großflächigen und mehrtägigen Stromausfalls (Blackout) exponentiell. Bis zur Energiewende war das Stromnetz in Deutschland eines der sichersten und stabilsten der Welt. Größere Stromausfälle gab es so gut wie nie.

Indem aber nun die BRD voll auf Windkraft und Solarenergie setzt, begibt sie sich nach Meinung von Experten in eine gefährliche Energiekrise.

Denn folgende Punkte wurden entweder nicht überdacht oder wissentlich in Kauf genommen: Konventionelle Kraftwerke sind grundlastfähig, also Kraftwerkstypen, die Energie dauerhaft und zuverlässig bereitstellen und auf erhöhten Strombedarf reagieren können. Wind- und Solaranlagen können das nicht, da ihre Stromerzeugung von Naturkräften abhängt.

Zudem können sie sich bei einem Totalausfall nicht selbst wieder in Gang bringen.

Der Strom bestehender Windkraftanlagen kann nicht vollständig genutzt werden, weil viele Durchleitungen für den Transport des erzeugten Stroms fehlen.

Da Strom aber fließen muß und nur schwer gespeichert werden kann, wird er teilweise ins Ausland geliefert, das als Abnehmer noch Geld dafür bekommt!

Und große Firmen erhalten Entschädigungskosten, wenn ihnen kurzfristig der Strom abgestellt werden muß, um das Stromnetz der neuen Energie stabil zu halten. Allein im 1. Quartal 2019 bedeutete dies ca. 400 Millionen Euro zu Lasten des Endverbrauchers. Um solch einer Mißwirtschaft und unsicheren Versorgungslage zu entgehen, verlegen ganze Industriezweige ihre Standorte ins Ausland.

Derzeit decken ca. 30.000 Windkraftanlagen gerade mal 18 % des benötigten Stromverbrauchs. Die Regierung, insbesondere die Grünen, planen, auf 100 % aufzustocken. Dafür müßten noch ca. 200.000 Windkraftanlagen gebaut werden.

Wohin?!

Es ist extrem unsicher und aufwendig, so viele Strom-Einspeisequellen zu regulieren. Waren hierfür 2003 nur vier Eingriffe im Jahr nötig, sind es heute acht bis zehn täglich, um das windkraftbetriebene Stromnetz in der notwendigen Balance zu halten.

Im Juni 2019 kam es zu drei Fast-Blackouts, wovon die Öffentlichkeit jedoch nichts erfahren hat. Die Folgen eines Blackout können verheerend sein: Versorgungseinbrüche, Plünderungen, Großbrände. Es wären Tausende von Toten aufgrund von Unterversorgung in allen Lebensbereichen zu befürchten sowie das Verenden von Tieren in Massenhaltungsanlagen usw.

Fazit des Unternehmers Michael von Hauff zur Energiewende: "Das gab es noch nie in der Geschichte, daß sich ein Staat dermaßen selbst kastriert."<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellte am 9. Juni 2021 folgenden Antrag - Blackout begegnen - Notstromversorgung sicherstellen, Drucksache 19/30404 - (x1.019/...):

>>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest: Die von der Bundesregierung eingeleitete und vom Deutschen Bundestag mehrheitlich beschlossene sogenannte Energiewende sowie einschneidende Maßnahmen in anderen Sektoren (bspw. Verkehr und Industrie) sehen die Beseitigung des durch Deutschland verursachten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bis zum Jahre 2045 vor.

Damit verbunden ist der geplante Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022 und aus der Kohleverstromung bis 2038. Der gesamte in Deutschland erzeugte und verbrauchte Strom sollte ursprünglich vor 2050, inzwischen aber bereits im Jahr 2045, CO<sub>2</sub>-frei sein. Die sogenannte Energiewende läßt selbst bei angenommener Dringlichkeit einer Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen keinen Nutzen erkennen. Unabhängig davon hat sie bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu Rekordhöhen der Strompreise bei gleichzeitiger Destabilisierung des Stromnet-

zes geführt.

Da sie trotz dieser Faktenlage Teil der politischen Agenda der Bundesregierung bleibt, sollten zumindest - wie in diesem Antrag gefordert - Vorkehrungen zur Abmilderung der Folgen eines Blackouts getroffen werden. Um die bisherigen und künftigen ökonomischen und ökologischen Schäden abzuwenden, müsste die Energiewende in Gänze unmittelbar beendet werden, wie in den Anträgen 19/10626, 19/9963, 19/14069 gefordert.

Deutschland sieht sich im Zusammenhang mit der sogenannten Energiewende schon heute und künftig verstärkt einem steigenden Bedarf an Elektroenergie bei gleichzeitiger Verringerung seiner eigenen Elektroenergieerzeugung durch die Abschaltung grundlastfähiger Kraftwerke gegenüber.

In gleichem Maße wächst die Gefahr eines flächendeckenden Zusammenbruchs des Stromnetzes (Blackouts). Die mit der sogenannten Energiewende verbundenen offensichtlichen Gefahren für die Volkswirtschaft und die privaten Haushalte - mithin für Deutschland insgesamt - werden von Bundesregierung und Medien dennoch heruntergespielt.

Demgegenüber hielten die Verfasser des Grünbuchs die mittelbare und unmittelbare Eintrittswahrscheinlichkeit des Szenarios "Stromausfall" in Deutschland schon 2008 für hoch. Der Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages legte 2011 einen entsprechenden Bericht vor, nach dem der Staat in einer solchen Situation "der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger ... nicht mehr gerecht werden" kann.

Selbst auf europäischer Ebene gab es kritische Auslastungszustände des Stromnetzes, welche bei einem weiteren Wegfall von Kraftwerkskapazitäten großflächige Stromausfälle bewirkt hätten. Hieraus und aus der vorgenannten Problematik einer nicht mehr leistbaren Schutzpflicht des Staates bei einem Blackout folgt unmittelbar, daß jedes Land zwingend in der Lage sein muß, einer solchen Situation mit eigenen Mitteln begegnen zu können.

Nach Einschätzung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) können langandauernde Stromausfälle nicht verhindert werden. Deshalb "sollte sich jeder Haushalt so vorbereiten, daß er einige Tage ohne Hilfe von außen auskommt ...". Die Notstromversorgung ist in Deutschland in Regie des Bundes bzw. der Bundesländer und Kommunen lediglich für Kritische Infrastrukturen und zum Teil detailliert für Krankenhäuser geregelt. Allerdings wird dabei die Fähigkeit einer Versorgung mit Notstrom von 24 bzw. 72 Stunden postuliert.

Angesichts der durch die sogenannte Energiewende zu erwartenden Unterversorgung mit Strom und der gleichzeitig vagen Notstromversorgung ist diese Mindestabsicherung in Zukunft nicht mehr ausreichend. Sie sollte auf mindestens vierzehn Tage erhöht werden. Entsprechende Regelungen sind in der Musterbauordnung (MBO) vorzusehen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), das bei der Gestaltung der sogenannten Energiewende die Federführung innehat, weist bei der Koordinierung des Prozesses erhebliche Versäumnisse auf.

Der Bundesrechnungshof sieht daher reale Gefahren für die Versorgungssicherheit, denen die Bundesregierung entgegenwirken müsse. Dennoch wurden durch sie bewährte Sicherheits- und Vorsorgestrukturen abgeschafft, wie die 1951 vom bundesdeutschen Innenminister Heinemann ins Leben gerufene Sicherheitskonferenz durch seinen Nachfolger im Amte de Maizière im Jahr 2015.

Je mehr die sogenannte Energiewende voranschreitet (bspw. Umstellung auf elektroenergie- bzw. batteriebetriebene Geräte, Fahrzeuge etc., energieintensive Digitalisierung), desto höher wird die Wahrscheinlichkeit und desto gravierender werden die Folgen eines Blackouts sein. Die in einschlägigen Studien beschriebenen Szenarien in Folge eines regionalen oder landesweiten Stromausfalls werden das Land demnach um so heftiger treffen, je mehr der Ausstieg

aus der Energieerzeugung auf Basis fossiler Brennstoffe zunimmt.

Sogenanntes Lastmanagement, bei dem sich der Verbraucher nach dem Angebot zu richten hat oder die zeitweilige Abschaltung großer Lasten - beispielsweise von Stadtteilen, Metallschmelzen oder Chemieanlagen (Brown-Out) - sind keine geeigneten Mittel zur Verhinderung von Blackouts. Derartige Maßnahmen sind völlig inakzeptabel, weil sie die Wirtschaft schädigen und den Wohlstand der Bevölkerung gefährden.

Um dramatischen Entwicklungen im Zusammenhang mit einem Blackout vorzubeugen, ist nach Ansicht des österreichischen Bundesministeriums für Landesverteidigung "eine offene und ehrliche Sicherheitskommunikation erforderlich: Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar. ... Schlimmer als Unsicherheit ist Scheinsicherheit". Dies muß auch für Deutschland gelten. II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ihrer grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben der Bürger auch und gerade angesichts der von der sogenannten Energiewende ausgehenden Risiken und Unwägbarkeiten gerecht zu werden und die reale Gefahr flächendeckender und langandauernder Stromausfälle durch monatliche Lageberichte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) an den Deutschen Bundestag transparent darzustellen;

2. konkrete, dringend notwendige Vorsorgemaßnahmen, soweit erforderlich, auch in Zusammenarbeit mit den Bundesländern zu treffen, die sowohl kritische Infrastrukturen, die Wirtschaft, aber auch Haushalte vor den vernichtenden Folgen eines Blackouts zu bewahren in der Lage sind - darunter Beschaffung und Installation von Notstromaggregaten für Infrastruktur der Daseinsvorsorge sowie Gewährleistung der logistischen Voraussetzungen für deren zuverlässigen Betrieb;

3. für die Zeit, in der an der sogenannten Energiewende festgehalten wird, in Abstimmung mit den Bundesländern gesetzliche Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß angesichts der von Blackouts ausgehenden dramatischen Folgen für Leib und Leben und den Bestand von Staat und Gesellschaft Vorsorgemaßnahmen verpflichtend werden: - indem sie auf eine Anpassung der Musterbauordnung (MBO) hinwirkt, so daß Sonderregelungen zur Sicherstellung der Notstromversorgung öffentlicher Gebäude für einen Zeitraum von mindestens 14 Tagen geschaffen werden, - durch kurzfristige Gewährleistung einer Notstromversorgung kritischer Infrastrukturen für die Dauer von bis zu 14 Tagen - insbesondere für Krankenhäuser, aber auch für Tankstellen, Brennstoff- und Wasserversorgung, Telekommunikation, Altenheime und für die innere Sicherheit relevante Einrichtungen; - mittels Bereithaltung und, soweit noch möglich, Reaktivierung sämtlicher vorhandener Reservekraftwerke und in diesem Zusammenhang durch sofortige Rücknahme des Ausstiegs aus der Kohleverstromung und der Kernenergie;

4. ihrer Verantwortung im Rahmen der sogenannten Energiewende entsprechend der in den Berichten des Bundesrechnungshofes nach § 99 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) ("Umsetzung der Energiewende im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit bei Elektrizität") aus 2018 und 2021 gerecht zu werden und insbesondere die darin angemahnte Rolle des BMWi wahrzunehmen ...<<

Deutsche Ingenieure berichteten am 10. August 2021 auf ihrer Webseite "blackout-news" über den Katastrophenschutz bei einem Blackout in Deutschland (x1.018): >>**Katastrophenschutz bei Blackout wird in Deutschland komplett versagen**

Der Katastrophenschutz in Deutschland wird bereits wegen des verheerenden Hochwassers kritisiert. Ohne Vorwarnung hat eine Flut über hundert Menschen das Leben genommen. Auch bei der Organisation der Hilfe nach der Flut gibt es einige kritische Stimmen.

Wir befassen uns hauptsächlich mit dem Thema Blackout und uns stellt sich natürlich die Frage: Wie wird der Katastrophenschutz im Falle eines Blackouts aussehen?

**Ist Deutschland auf einen Blackout vorbereitet?**

Um sich auf einen Blackout vorzubereiten muß man sich erst einmal der Gefahr bewußt wer-

den. In Deutschland geht man jedoch stur davon aus, daß ein Blackout nicht passieren wird. Wir haben bei der Bundesnetzagentur nachgefragt. Diese hält einen Blackout für "äußerst unwahrscheinlich". Daher kann von Seiten der Bundesnetzagentur auch keine Eintrittswahrscheinlichkeit angegeben werden.

*"Binnen der nächsten fünf Jahre ist mit einem Blackout zu rechnen."*

Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2021, Bundesministerium für Landesverteidigung, Österreich

Im Gegensatz dazu steht Österreich. Nach einer Analyse des österreichischen Bundesheeres ist mit einem Blackout in den nächsten 5 Jahren zu rechnen. Auch werden Gemeinden, Kommunen und Bürger in Österreich über die Nachrichtensender ORF dazu angehalten eigene Blackout-Vorbereitungen zu treffen.

Außerdem hat die FDP Fraktion im Bundestag eine "kleine Anfrage" gestellt um nachzufragen was der Plan auf Bundesebene in so einem Katastrophenevent ist. Die Antwort: Ein "Worst-Case-Szenario" zur Stromversorgung sei nicht erforderlich. Die Bundesregierung sieht die Stromversorgung trotz Abschaltung der Kohle- und Atomkraftwerke als gesichert an.

Nur das BBK (Bundesamt für Katastrophenschutz und Bevölkerungshilfe) warnt auf ihrer Webseite vor einem Blackout. Diese Warnungen werden jedoch kaum kommuniziert und man muß als Bürger selbst danach suchen.

### **Was macht Deutschland während eines Blackouts?**

Bei einem Blackout gibt es in ganz Deutschland keinen Strom. Damit funktionieren auch keine Telefonmasten mehr. Kurz: Das Handynetz fällt aus.

Genau das ist eines der größten Mängel des neuen digitalen Polizeifunks. Der funktioniert ohne Strom nicht. Genau das war auch ein Problem beim Krisenmanagement der Flutkatastrophe. Dort legte ein lokaler Stromausfall den kompletten digitalen Funk für Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte lahm.

Ein weiteres großes Problem ist die Planlosigkeit. Wie bereits oben beschrieben gibt es auf Bundesebene kein "Worst-Case-Szenario". Außerdem wird die Gefahr eines europaweiten Stromausfalls kaum oder gar nicht kommuniziert.

Das wird während eines Blackouts ebenfalls zu sehr großen Problemen führen.

### **Deutschlands Katastrophenschutz wird bei Blackout komplett versagen - Fazit**

Bei einer Flutkatastrophe mit lokalen Stromausfällen gab es bereits sehr viele Probleme. Wie wird das Land dann auf einen landesweiten, mehrtägigen Stromausfall reagieren?

Die Gefahr eines Blackouts wird in Deutschland kaum kommuniziert. Außerdem gibt es keinen Notfallplan für so ein Katastrophenevent. Einsatz- und Rettungskräfte üben diesen Fall nicht. Die Bevölkerung ist nicht informiert, wie man sich darauf vorbereiten kann.

Der neue digitale Polizeifunk wird die Kommunikation der Rettungsdienste massiv beeinflussen. Ohne Kommunikation ist also jeder auf sich allein gestellt. Hilfe von "außen" wird ohne Plan nicht zu erwarten sein.

Die Verantwortung für die Vorbereitung auf einen Blackout liegt allein bei Ihnen selbst. Wir raten Ihnen deshalb sich rechtzeitig darauf vorzubereiten. ...<<

### **Kampf ums nackte Überleben**

Nach dem Zusammenbruch der Energieversorgung wird in der Bundesrepublik Deutschland schnell ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben entbrennen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen beginnen wahrscheinlich zunächst mit Massenplünderungen und Brandschatzungen durch marodierende Banden in den deutschen Städten und werden danach in allen deutschen Provinzen fortgesetzt.

Wie in der Natur bzw. im Tierreich werden grundsätzlich die Starken und fanatischen Elemente aufgrund ihrer größeren Aggressivität und physischen Überlegenheit ihre schwächeren Konkurrenten dominieren (Diktatur von fanatischen Einzelpersonen und Gruppen). Je brutaler

und skrupelloser die unterworfenen Gegner ausgemerzt, versklavt oder vertrieben werden, desto erfolgreicher können die Sieger ihre Machtpositionen erweitern und festigen. Die gnadenlosen Überlebenskämpfe werden sicherlich sehr schnell von den straff organisierten kriminellen Gruppen dominiert.

Während des brutalen Existenzkampfes um Leben und Tod kämpft zwangsläufig jeder gegen jeden ("Homo homini lupus", der "Mensch ist des Menschen Wolf"), um sich in Deutschland Lebensmittel, Vermögensgegenstände und andere Dinge vor den Konkurrenten zu sichern. In dieser dramatischen Zeit setzen sich in erster Linie der Aggressionstrieb, Brutalität, Hab- und Machtgier sowie andere negative Charaktereigenschaften der Menschen durch.

Die meisten Deutschen werden nach dem völligen Zusammenbruch der nationalen Stromversorgung nicht mehr rechtzeitig fliehen können. Einige EU-Nachbarstaaten lassen vermutlich höchstens jüngere deutsche Arbeitskräfte oder vermögende Deutsche einwandern, während man ältere oder arme Deutsche, die keine Arbeitskraft oder Vermögen anbieten können, überall gnadenlos abweist.

Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes würde sich zwangsläufig zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören. Plünderungen, Zerstörungen und Brandstiftungen, Mord und Totschlag, Vergewaltigungen, Selbstmorde, Mißhandlungen, Hungertod, Epidemien, Not und hoffnungslose Verelendung sowie die Freisetzung von Radioaktivität würden in der Bundesrepublik Deutschland ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen.

### **Drohende Freisetzung von Radioaktivität**

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

In den Abklingbecken von mindestens 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden, droht die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente, wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel ausfallen.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 2. Juni 2014 über die Stilllegung von Atomkraftwerken: >>**Zurück zur grünen Wiese**

Um ein Atomkraftwerk abzuschalten, muß die Uran-Spaltung zur Energiegewinnung im Kern eines Reaktors gestoppt werden. Hierfür werden in das Becken mit den Brennstäben sogenannte Steuerstäbe eingeführt, die jene Neutronen einfangen, die die Uran-Spaltung auslösen. Dieser Vorgang unterbricht die Kettenreaktion zur Energieerzeugung in einem Kraftwerk.

Wenn ein Kernkraftwerk für immer vom Netz gehen soll, sind noch weitere Schritte notwendig. Denn die Brennstäbe bleiben auch in einem heruntergefahrenen Kraftwerk noch sehr heiß und müssen ein bis fünf Jahre in einem Abklingbecken außerhalb des Reaktors gekühlt werden. Nur damit kann ein Schmelzen der Brennstäbe und eine Freisetzung von Radioaktivität vermieden werden. ...<<

Das Online-Nachschlagewerk Wikipedia berichtete über die Abklingbecken von Kernkraftwerken (x1.024/...): >>**Abklingbecken** (auch Naßlager, Brennelementebecken oder Brennelementelager) sind mit Wasser gefüllte Becken in Kernkraftwerken, in denen die im Kernreaktor verbrauchten (abgebrannten), anfänglich hochradioaktiven Brennelemente zum Abklingen, das heißt zur Verminderung der restlichen Strahlungsaktivität und Temperatur (Nachzerfallswärme) bis zur Transportfähigkeit mehrere Jahre gelagert und gekühlt werden können.

Abklingbecken liegen in der Regel in unmittelbarer Nähe des Reaktors, da die Brennelemente beim Transport vom Reaktorkern zum Abklingbecken dauernd gekühlt werden müssen. Auch aus Strahlenschutzgründen müssen die Brennelemente ständig von genügend Wasser umgeben sein. Die Mindestüberdeckung mit Wasser beträgt ca. zwei Meter.

## **Abklingprozeß**

Die Brennelemente kommen mit einer durch die Zerfallswärme entstehenden Temperatur von über 100° C aus dem Reaktor ins Abklingbecken. Da das als Kühlmittel benutzte Wasser als Moderator wirkt, müssen im Abklingbecken zusätzlich Neutronenabsorber vorhanden sein, um eine Kritikalität (einen kritischen Zustand) zu vermeiden.

Während der Lagerung zerfallen die bei der Kernspaltung im Reaktor gebildeten, größtenteils kurzlebigen Radionuklide. Die dabei frei werdende Energie wird in Form von Wärme an das umgebende Wasser abgegeben und über Kühlkreisläufe abgeführt.

Dabei ist hier oft und gut das Phänomen des sogenannten Tscherenkow-Lichts zu beobachten: eine bläuliche Leuchterscheinung, die beim Durchgang schneller Elektronen durch Wasser hervorgerufen wird. Unter normalen Umständen beträgt die Wassertemperatur im Abklingbecken weniger als 50° C (im Regelbetrieb unter 45° C). Dieses Wasser dient, zumindest in neueren Kernkraftwerken, zwecks Erhöhung des Wirkungsgrades dem Sekundärkreislauf als Speisewasservorerwärmer.

Die Brennelemente verbleiben im Abklingbecken, bis ihre Radioaktivität und damit die entstehende Nachzerfallswärme so weit abgenommen hat, daß sie transportiert werden können. Begrenzend ist hierbei sowohl die Dosisleistung als auch die Wärmeleistung, da es gesetzlich vorgeschriebene Grenzwerte für die äußere Dosisleistung und die Oberflächentemperatur bei den Transportbehältern (wie etwa beim CASTOR) gibt. Nach dem Abklingen werden die Brennstäbe in Zwischenlager gebracht. ...

## **Lagerzeit**

G. Schmidt vom Öko-Institut in Darmstadt bezeichnete wegen der zur Lagerung notwendigen aktiven Kühl- und Reinigungssysteme mit der für sie benötigten Energie eine Dauer von maximal vier Jahren für die sogenannte Naßlagerung als geeignet; diese bestätigte der Leiter für interne Kommunikation des Kernkraftwerks Grohnde.

Nach Angaben von Michael Sailer, dem ehemaligen Leiter der deutschen Reaktor-Sicherheitskommission, lagern in den Abklingbecken deutscher Kernkraftwerke die Brennelemente ca. 5 Jahre, in denen des japanischen Kernkraftwerks Fukushima Daiichi ca. 15 Jahre.

Mangels geeigneter Endlager werden zum Beispiel auch in den USA die dort vorgesehenen 5 Jahre deutlich überschritten. ...

## **Einwirkungen von außen**

Bei Kernkraftwerken mit internen Abklingbecken befinden sich diese stets direkt neben dem Flutraum des Reaktors, um die Brennelementhandhabung zu erleichtern, und somit innerhalb des Reaktorgebäudes. Der Schutz gegen Einwirkungen von außen hängt damit von der Gebäudekonstruktion des Reaktorgebäudes ab, die in Deutschland seit Mitte der 1980er Jahre beispielsweise den Schutz gegen Flugzeugabsturz berücksichtigt. Bei Druckwasserreaktoren befindet sich das Becken innerhalb des Sicherheitsbehälters.

## **Kühlung**

Bei einem Leck oder Ausfall der Kühlung kann das Becken durch Auslaufen bzw. Verdampfung <<https://de.wikipedia.org/wiki/Verdampfung>> (teilweise) trocken laufen. In diesem Fall können sich die dort gelagerten Brennelemente übermäßig erhitzen. Ist im Becken dabei noch Wasser vorhanden, kann bei ca. 800° C das Zircaloy (Metall-Legierung) der Hüllrohre mit dem Wasser(-dampf) in einer exothermen Redox-Reaktion zu Zirconiumoxid und Wasserstoff reagieren und sich in kurzer Zeit ein explosives Knallgasgemisch bilden.

Bei kompletter Trockenlegung der Brennstäbe können diese in Brand geraten, was eine Zerstörung der Brennelemente zur Folge hat. Auch bei diesem Szenario wird Radioaktivität freigesetzt; zusätzlich werden mit dem entstehenden Rauch die verschiedenen in den verbrauchten Brennelementen vorhandenen Radionuklide in die Atmosphäre freigesetzt (Kamineffekt, siehe Katastrophe von Tschernobyl).

Die einzige Gegenmaßnahme ist das rechtzeitige Nachfüllen kühlen Wassers, um den Wasserspiegel im Becken ausreichend hoch für die notwendige Kühlung zu halten. Da das Wasser neben der Kühlwirkung auch als Abschirmung für die ionisierende Strahlung der Brennelemente im Becken dient, ist im Falle eines zu niedrigen Wasserspiegels ein Auffüllen zusätzlich durch unter Umständen starke ionisierende Strahlung erschwert. Ebenfalls besteht die Gefahr, daß bei hoher Brennstofftemperatur durch die Wassernachspeisung die oben erwähnte Wasser-Zirkaloy-Reaktion gestartet wird. ...

### **Undichtigkeiten**

Sollte das Kühlwasser durch ein größeres Leck relativ schnell entweichen und sollten Notfallmaßnahmen zur Nachspeisung des Wassers etwa mittels Tanklöschfahrzeugen nicht rechtzeitig funktionieren, so droht bei starker Entleerung des Beckens ein sogenannter Zirkoniumbrand, d.h. die Zirkon-Hüllrohre der Brennelemente reagieren nach ihrer Aufheizung heftig mit Sauerstoff. Neue Experimente mit einzelnen Brennstäben haben ergeben, daß es nach einer durchschnittlichen Zeitdauer nach Entnahme aus dem Reaktor rund 12 Stunden dauert, bis eine Entzündung auftritt. Wurden die Brennelemente allerdings erst vor kurzer Zeit dem Reaktor entnommen (die Nachzerfallswärme ist so noch höher), kann sich diese Zeitdauer bis zur Entzündung jedoch erheblich verkürzen.

### **Wasserstoffbildung**

Im Normalbetrieb kann sich durch Radiolyse in der Nähe der eingelagerten Brennelemente das Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff spalten. Damit sich keine größeren Ansammlungen dieser beiden Gase (Knallgas) unter dem Dach des Abklingbeckens sammeln können, muß die Luft von dort kontinuierlich abgesaugt werden, da ansonsten gegebenenfalls nach einiger Zeit Explosionsgefahr besteht. ...<<

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 müßten zum Beispiel in den Abklingbecken von mindestens 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die Brennelemente mit Notstromaggregaten gekühlt werden. Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Falls es zu einer Kernschmelze der Brennelemente in den Abklingbecken und der Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen sollte, würden vermutlich viele Regionen der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der 9 mitteleuropäischen Nachbarländer unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen.

Die radioaktiven Strahlen führen je nach Verstrahlung unabwendbar binnen weniger Stunden oder Tagen zum Tod. Kein Arzt und keine Medikamente können den schleichenden Strahlentod verhindern. Alle tödlich verstrahlten Opfer sterben unter furchtbaren Qualen, falls sie keine starken Schmerzmittel erhalten.

### **Die 7 stillgelegten Kernkraftwerke, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden, befinden sich in folgenden deutschen Bundesländern:**

#### **Schleswig Holstein**

Kernkraftwerk Brokdorf (Druckwasserreaktor: 1.410 Megawatt), Laufzeit: 1986 bis zum 31. Dezember 2021.

#### **Niedersachsen**

Kernkraftwerk Grohnde (Druckwasserreaktor: 1.360 Megawatt), Laufzeit: 1985 bis zum 31.

Dezember 2021.

Kernkraftwerk Emsland (Druckwasserreaktor: 1.335 Megawatt), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

### **Baden Württemberg**

Kernkraftwerk Philippsburg 2 (Druckwasserreaktor: 1.402 Megawatt), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2019.

Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Druckwasserreaktor: 1.310 Megawatt), Laufzeit: 1989 bis zum 31. Dezember 2022.

### **Bayern**

Kernkraftwerk Gundremmingen C (Druckwasserreaktor: 1.288 Megawatt), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Isar 2 (Druckwasserreaktor: 1.410 Megawatt), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Der deutsche Katastrophenschutz ist gegenwärtig nur ungenügend vorbereitet, falls sich während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls Störfälle in den bis 2022 stillgelegten sieben Kernkraftwerken ereignen sollten.

Im Jahre 1977 gründeten die deutschen Kernkraftwerksbetreiber die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH (KHG) in Eggenstein-Leopoldshafen, um Stör- und Unfälle in kerntechnischen Anlagen zu bekämpfen.

[Das Online-Nachschlagewerk Wikipedia berichtete über die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH - KHG - \(x1.025/...\): >>Kerntechnischer Hilfsdienst](#)

Die **Kerntechnische Hilfsdienst GmbH (KHG)** ist ein von der deutschen Kerntechnik-Industrie getragenes privatwirtschaftliches Unternehmen, das bei Stör- und Unfällen in kerntechnischen Anlagen zur Gefahrenabwehr eingesetzt werden soll.

### **Gegenstand des Unternehmens und Struktur**

Die KHG wurde 1977 von Betreibern deutscher Kernkraftwerke, der Brennstoffkreislaufindustrie und Großforschungszentren gegründet. Den größten Anteil (87,6 %) an der KHG hält heute die "Beteiligungsgesellschaft der Energieversorgungsunternehmen an der KHG GbR", vertreten durch EnBW Kraftwerke AG, E.ON Kernkraft GmbH, RWE Power AG und Vattenfall Europe. Der Firmensitz befindet sich in unmittelbarer Nähe des Forschungszentrums Karlsruhe (früher *Kernforschungszentrum Karlsruhe*) in Eggenstein-Leopoldshafen.

Der Gegenstand des Unternehmens ist laut Handelsregisterbekanntmachung vom 29. Januar 2004 der Aufbau, Betrieb und Einsatz eines Kerntechnischen Hilfsdienstes als Einrichtung im Sinne des (damals gültigen) § 53 der Strahlenschutzverordnung ("Vorbereitung der Schadensbekämpfung bei sicherheitstechnisch bedeutsamen Ereignissen", seit 2019 gilt eine veränderte Verordnung). Die Gesellschaft hält das erforderliche Personal und die erforderlichen Hilfsmittel vor, um die durch Unfälle oder Störfälle innerhalb von Kontrollbereichen und betrieblichen Überwachungsbereichen entstandenen Gefahren einzudämmen oder zu beseitigen.

Der Stamm fester Mitarbeiter ist in eine ständige Rufbereitschaft eingebunden und rückt im Einsatzfall mit den am Firmensitz vorhandenen Fahrzeugen zum Einsatzort aus. Dort wird er von weiteren in die Ausrüstung eingewiesenen Personen, die von den beteiligten Unternehmen gestellt werden, unterstützt.

Dabei handelt es sich um 111 Mitarbeiter aus 11 Firmen. Mit diesem Fremdpersonal werden je nach Qualifikation und Einsatzzweck Trainingskurse an Geräten und Einrichtungen der KHG sowie Übungen bei Betreibern aus dem Gesellschafterkreis der KHG durchgeführt. Mehrere KHG-Mitarbeiter sind als ständige Mitglieder des Arbeitskreises Notfallschutz im Fachverband für Strahlenschutz e.V. und im Ausschuß Notfallschutz der Strahlenschutzkommission (SSK) des Bundes tätig.

Mit "Groupe Intra", einer französischen Organisation mit ähnlichen Aufgaben, besteht ein Abkommen über gegenseitige Hilfeleistung. Anlässlich des 40-jährigen Bestehens der KHG hat 2017 eine Übung mit Groupe Intra auf dem KHG-Gelände stattgefunden.

Die KHG beteiligte sich wiederkehrend an Ringversuchen und Vergleichsmessungen des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) zur Kernstrahlungsmeßtechnik und nimmt an Übungen zur Notfallvorsorge in kerntechnischen Anlagen teil.

Am 21. April 2020 meldete die bundeseigene BGZ-Gesellschaft für Zwischenlagerung die Absicht zur Übernahme der KHG beim Bundeskartellamt zur Prüfung an.

### **Fachbereiche**

Die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH gliedert sich in die Fachbereiche *Infrastruktur*, *Strahlenschutz*, *Dekontamination* und *Fernhantierung*. ...

### **Infrastruktur**

Der Fachbereich *Infrastruktur* stellt Ausrüstung zur Planung und Führung von Einsätzen zur Verfügung. Insbesondere können dort die Personen, die an der Behebung der Fehlfunktion, die zum Stör- oder Unfall geführt hat, beteiligt sind, mit Fachinformationen versorgt werden.

### **Strahlenschutz**

Der Bereich *Strahlenschutz* rüstet im Inneren der betroffenen Anlage eingesetzte Hilfskräfte mit Strahlenmeßgeräten aus. Außerdem führt er im Inneren und in der Umgebung der Anlage Strahlenmessungen selbst durch und untersucht Mitarbeiter, Hilfskräfte und Zivilisten auf mögliche Kontaminationen. Dazu stehen ihm Geräte zur Messung der Stärke ionisierender Strahlung und zur Identifizierung radioaktiver Stoffe zur Verfügung.

### **Dekontamination**

Im Fachbereich *Dekontamination* werden Duschen zur Reinigung kontaminierter Personen und Ausrüstung vorgehalten. Außerdem führt er Atemschutzgeräte und Schutzkleidung zur Ausstattung der Hilfskräfte mit.

### **Fernhantierung**

Der Fachbereich *Fernhantierung* besitzt mehrere ferngesteuerte Fahrzeuge, die mit Videokameras und verschiedenen Werkzeugmaschinen ausgestattet werden können, um in kontaminierten Bereichen handwerkliche Aufgaben durchzuführen und damit Störungen in der kerntechnischen Anlage zu beheben. ...<<

Die Befürchtungen und berechtigten Sorgen vor radioaktiven Verstrahlungen, wie sie sich zum Beispiel nach dem Super-GAU im Kernkraftwerk Tschernobyl ereigneten, sollten nicht länger ignoriert werden!

In der Ukraine ereignete sich am 26. April 1986 im Kernkraftwerk Tschernobyl der bisher schwerste Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Bei diesem Super-GAU (Größter Anzunehmender Unfall) im Kernkraftwerk Tschernobyl wurden mindestens 40- bis 50mal soviel Radioaktivität freigesetzt, wie bei der Atombombenexplosion in Hiroshima (Japan) im Jahre 1945 (x175/790).

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 8. April 2006: >>Wenn mit dem Wind die Angst kommt

### **Weißrußland 20 Jahre nach Tschernobyl**

Inmitten von Wald und Wildnis schläft das Monster. Unter einer 300.000 Tonnen schweren Decke aus Stahl und Beton. Sie soll die Umgebung vor der radioaktiven Strahlung schützen. Als der Block 4 der Kernkraftanlage Tschernobyl vor 20 Jahren explodiert, kommt es zur Kernschmelze. Die Radioaktive Rauch- und Aschewolke zieht nach Norden. Die 1986 freigesetzte Radioaktivität war 400 mal größer, als die der Explosion von Hiroshima und Nagasaki zusammen. Etwa zwei Drittel des radioaktiven Fallout von Tschernobyl gingen nach dem 26. April 1986 in Weißrußland nieder.

*Von Anja Schrum und Ernst-Ludwig von Aster*

Liquidatoren, so werden noch heute alle Menschen genannt, die nach der Katastrophe eilig nach Tschernobyl geschafft wurden. Feuerwehrleute, und Soldaten aus der gesamten Sowjetunion: insgesamt 800.000 Menschen kamen, um das strahlende Inferno einzudämmen. Die meisten von ihnen sind inzwischen tot. ...

Während die Weltgesundheitsorganisation WHO zusammen mit der Internationalen Atomenergiebehörde in einer Studie von wenigen tausend Toten aufgrund der Strahlenexposition ausgehen, sprechen andere Wissenschaftler von 50.000 bis 100 000 Toten. In ihre Berechnungen fallen nicht nur die Krebsopfer, sondern auch die Menschen, die sich nach der Explosion das Leben nahmen. ...

Viele denken bei Tschernobyl vor allem an die Ukraine. Dort steht zwar der Reaktor doch hinter der Grenze in Weißrußland waren die Folgen des Reaktorunglücks ungleich schlimmer. Mehrere 1.000 Quadratkilometer sind unbewohnbar, davon liegt rund die Hälfte im Rayon (Landkreis?) Choiniki. Doch um die Region scheint sich niemand mehr zu kümmern. Die internationale Hilfe kommt hier schon lange nicht mehr an.

Die Gefahr liegt heute weniger in der Luft, sondern viel mehr im Boden. An vielen Stellen ist die Humusschicht der Wälder mit dem radioaktiven Element Cäsium verseucht - Pilze und Wurzeln saugen es auf. ...

Unter der Stahl-Beton-Decke des Reaktorblocks 4 sind immer **noch 20 Tonnen Kernbrennstoffe**. Sicher liegen sie dort nicht, die Konstruktion, der sogenannte Sarkophag ist undicht. ...<<

### Gefährdung der Sicherheit, der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung sowie des Bestandes der Bundesrepublik Deutschland

## Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.

*Sprichwort aus China*

Aufgrund der Tatsache, daß alle deutschen Kernkraftwerke seit 1961 von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben wurden, blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der späteren Privatisierung der Kernkraftwerke völkerrechtlich weiterhin für den Rückbau dieser Kernkraftwerke und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle verantwortlich.

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente mindestens fünf Jahre in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden. Wenn die Kühlpumpen der Abklingbecken ausfallen, kommt es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen, deshalb muß vor allem eine sichere Stromversorgung gewährleistet sein, um Kernkraftwerke risikolos abschalten zu können.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten 6 Kernkraftwerke nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich.

Als im Jahre 1986 der Block 4 des Kernkraftwerkes in Tschernobyl explodierte und es zur Kernschmelze kam, mußten mindestens **800.000 Feuerwehrleute und Soldaten** aus der gesamten Sowjetunion eingesetzt werden, um die Umgebung mit einer 300.000 Tonnen schweren Stahlbetonschicht vor den radioaktiven Strahlen der restlichen **20 Tonnen Kernbrennstoffe**, die sich noch im sogenannten Sarkophag befanden, zu schützen.

Allein im Kernkraftwerk Brokdorf befinden sich zum Beispiel **193 Brennelemente mit einer**

### **Schwermetallmasse von insgesamt 103 Tonnen.**

Bis 2005 starben etwa 112.000 bis 125.000 Helfer (sog. Liquidatoren) an den Folgen des lebensgefährlichen Einsatzes in Tschernobyl.

Falls es in den Abklingbecken der 7 stillgelegten deutschen Kernkraftwerke zu einer Kernschmelze der Brennelemente **mit einer Schwermetallmasse von etwa 700 Tonnen** kommen sollte, müßte man in der Bundesrepublik Deutschland mindestens **5.600.000 Helfer** (sog. Liquidatoren) einsetzen, um die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität einzudämmen.

Die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH (KHG) in Eggenstein-Leopoldshafen verfügt derzeit lediglich über 111 Mitarbeiter, um Stör- und Unfälle in kerntechnischen Anlagen zu bekämpfen. Da man wahrscheinlich niemals 5.600.000 Liquidatoren für die lebensgefährlichen Rettungsmaßnahmen (Bau von 7 Stahlbetonsärgen) mobilisieren könnte, würden vermutlich große Teile der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der 9 Nachbarländer Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden durch radioaktive Strahlen unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen.

Die radioaktiven Strahlen führen je nach Verstrahlung unabwendbar binnen weniger Stunden oder Tagen zum Tod. Kein Arzt und keine Medikamente können den schleichenden Strahlentod verhindern. Alle tödlich verstrahlten Opfer sterben unter furchtbaren Qualen, falls sie keine starken Schmerzmittel erhalten.

Die Frage der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit und Haftungsregelungen wegen Verletzung von Handlungs- oder Unterlassungspflichten stellt sich vermutlich nicht mehr, weil die Bundesrepublik Deutschland nach dem Super-Gau nicht mehr existieren wird.

### **Verantwortlichkeit und Haftung wegen Verletzung von Handlungs- oder Unterlassungspflichten**

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel betrieb nicht nur die "dümmste und gefährlichste Energiepolitik der Welt", sondern sie schaffte es auch, innerhalb von 16 Jahren den ehemals vorbildlichen Industriestandort Deutschland systematisch und vorsätzlich zu ruinieren.

Der Great Reset, der großen Umbau unserer Gesellschaft, wird hauptsächlich durch die engeren Kreise der Finanzeliten, wie zum Beispiel die Familien Rothschild und Rockefeller sowie Gates, Schwab, Soros, Musk, Bezos, Zuckerberg und viele andere Milliardäre finanziert, um die klassischen demokratischen Strukturen durch eine Koalition von multinationalen Unternehmen zu verdrängen.

Die staatlich angeordnete ideologische "Energiewende" diente nachweislich nie dem Wohle des deutschen Volkes, sondern fügte den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland bereits gigantische Schäden zu. Bisher wurde jedoch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

Die aus Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland folgende Schutzpflicht des Staates (Abs. 2 Satz 1: *Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.* ...) umfaßt auch die Verpflichtung, das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung vor den Gefahren der sog "Energiewende", wie zum Beispiel vor den extremen Ereignissen während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls, zu schützen.

Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes begründet auch eine objektivrechtliche Schutzverpflichtung in Bezug auf künftige Generationen und unsere Nachbarstaaten, denn in den Abklingbecken von mindestens 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden sollen, droht bei einem längeren Blackout die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität.

In einem demokratischen Rechtsstaat, der vor allem die Lebensgrundlagen der Deutschen schützen muß, sind alle Politiker, die zweifelsfrei gegen geltendes deutsches Recht verstoßen haben, wegen ihrer Rechtsbrüche zur Verantwortung zu ziehen.

Gemäß § 81 Strafgesetzbuch begeht Hochverrat,

"(1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt

1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder

2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ...".

Das Bundesverfassungsgericht gab am 24. März 2021 den Beschwerden von verschiedenen Umweltverbänden und Vertretern der "Fridays for Future-Bewegung" (FFF) gegen das Klimaschutzgesetz teilweise statt, da die Maßnahmen der Bundesregierung nicht mit den Grundrechten vereinbar seien, weil konkrete Maßgaben für die weitere Emissionsreduktion ab dem Jahr 2031 fehlen würden. ...

Die Kläger hatten die Ansicht vertreten, daß das gegenwärtige Klimaschutzgesetz zu "schwach" wäre, um die drohende Klimakrise erfolgreich zu bekämpfen und damit ihr Recht auf eine menschenwürdige Zukunft zu bewahren. Ferner sahen sie ihre Grundrechte (Recht auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheit, Eigentum, Beruf und freie Entfaltung) gefährdet und kritisierten, daß die Bundesregierung ihren grundgesetzlichen Schutzauftrag nicht erfüllen würde.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. April 2021 über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz: >>Grüne und "Fridays for Future" jubeln über Karlsruher Klima-Urteil

... Das Bundesverfassungsgericht hatte am Donnerstag den Beschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise stattgegeben. Die Maßnahmen der Bundesregierung seien nicht mit den Grundrechten vereinbar, da konkrete Maßgaben für die weitere Emissionsreduktion ab dem Jahr 2031 fehlen. ...

Problematisch ist laut den obersten Richtern in Karlsruhe, daß die bisherigen Vorschriften die hohen Emissionsminderungslasten unumkehrbar auf Zeiträume nach 2030 verschieben. Das Klimaschutzgesetz verpflichte dazu, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 zu verringern. ...

Mit dem Urteil gab das Gericht der Klage gegen das Klimaschutzgesetz von verschiedenen Umweltverbänden und Vertretern der "Fridays for Future-Bewegung" (FFF) um Luisa Neubauer teilweise statt. Sie hatten geklagt, weil sie die Ansicht vertraten, daß das Gesetz zu "schwach" sei, um die Klimakrise einzudämmen und damit ihr Recht auf eine menschenwürdige Zukunft zu schützen. Sie sahen ihre Grundrechte wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheit, Eigentum, Beruf und freie Entfaltung in Gefahr und prangerten an, die Bundesregierung komme ihrem grundgesetzlichen Schutzauftrag nicht nach. ...

### **Spott für Altmaier**

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) bezeichnete das Urteil als "groß und bedeutend". Es sei "epochal für Klimaschutz und Rechte der jungen Menschen". Außerdem Sorge es für Planungssicherheit für die Wirtschaft. Diese Äußerung sorgte allerdings für Spott bei den Grünen. "Putzig: Der Rädelsführer der Klimaschutzbremse begrüßt seine Verurteilung durch das Bundesverfassungsgericht", antwortete der Grünen-Bundestagsabgeordnete und frühere Umweltminister Jürgen Trittin. ...<<

Wenn die obersten Richter in Karlsruhe für den Kampf gegen fiktive Treibhausgasemissionen und den angeblich menschengemachten Klimawandel eintreten, um die Rechte der Menschen zu schützen, dann darf der Karlsruher Bundesgerichtshof die dramatischen realen Folgen der staatlich angeordneten Energiewende nicht weiterhin ignorieren.

**Da das Recht nicht teilbar ist**, muß die Bundesanwaltschaft von Amts wegen prüfen, ob die gemeingefährlichen Folgen dieser staatlichen Maßnahmen tatsächlich mit dem Grundgesetz vereinbar sind oder ob die sogenannte Energiewende das Leben, die Gesundheit und Sicherheit der Menschen gefährden sowie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und der

Nachbarländer bedrohen.

Falls es zu einem gefürchteten Super-Gau in den 7 Abklingbecken (Kernschmelze der Brennelemente und Freisetzung von tödlicher Radioaktivität) kommt, würden die freigesetzten radioaktiven Stoffe je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen auch in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Die obersten Richter in Karlsruhe können eigentlich nur die geplante Abschaltung der letzten Kernkraftwerke verbieten und eine angemessene Laufzeitverlängerung für die letzten noch in Betrieb befindlichen 6 Kernkraftwerke in Deutschland fordern, weil es kurz- und mittelfristig die einzige Möglichkeit darstellt, einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu vermeiden.

### **Der Staat ist nicht der Vormund der mündigen Bürger**

Gemäß Grundgesetz soll der Staat um des Menschen willen, und nicht der Mensch um des Staates willen da sein.

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland heißt es zum Beispiel: >>Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.<<

Artikel 1 und Artikel 20 des Grundgesetzes sind nicht umsonst unabänderlich und resistent gegen Eingriffe aller staatlichen Gewalten.

Im Artikel 79 des Grundgesetzes heißt es zum Beispiel: >>(1) Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt.

(2) Ein solches Gesetz bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates.

(3) Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.<<

Der demokratische Rechtsstaat soll in erster Linie den Schutz der Bürger und die Sicherung des äußeren und inneren Friedens gewährleisten. Der Staat hat zwar einen gewissen rechtlichen Rahmen zu setzen, aber der Staat hat nicht alle Lebensgebiete der Menschen zu reglementieren. Die staatliche Ordnung ist kein Selbstzweck, sondern hat hauptsächlich den Menschen zu dienen. Der Staat darf nicht als Vormund auftreten und hat den mündigen Bürgern im Privatbereich grundsätzlich nichts vorzuschreiben.

Der aufgeklärte Mensch lehnt es ab, unentwegt von oben gelenkt zu werden, sondern er will sein Leben in Freiheit selbstbestimmt gestalten.

### **Widerstandsrecht gegen staatsgefährdende Maßnahmen der deutschen Regierung**

Falls die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die Schäden und Gefahren der planmäßig eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen der deutschen Regierung weiterhin ignoriert, obgleich sie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland nachweislich gefährden sowie die innere und äußere Sicherheit Deutschlands bedrohen, muß das Volk den Rechtsstaat unverzüglich selbst verteidigen.

Infolge der jahrzehntelangen raffinierten Gehirnwäsche (Schuld kult und Verächtlichmachung

des Eigenen: NS-Kollektivschuld, Nationalmasochismus und Schuldbewußtsein) ist den meisten Deutschen anscheinend jeglicher Realitätssinn und der gesunde Menschenverstand abhanden gekommen. Fast das gesamte Land ähnelt gegenwärtig einem Irrenhaus, in dem die gemeingefährlichsten Insassen die Herrschaft übernommen haben.

Nicht wenige ausländische Diplomaten und Journalisten zweifeln schon seit Jahren zu Recht an der Zurechnungsfähigkeit des deutschen Volkes oder kritisieren die weltfremde und ideologische Destabilisierungspolitik der selbstherrlich agierenden deutschen Politiker und Parteien sowie den alles beherrschenden Meinungs- und Gesinnungsterror der gleichgeschalteten Propagandamedien und der selbsternannten "Gutmenschen".

Jeder demokratische Staat hat die Pflicht, seinen Staatsbürgern ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Wenn die deutsche Regierung diese Aufgaben unentwegt ignoriert oder mißachtet, sind alle Staatsbürger verpflichtet, ihre demokratischen Rechte selbst zu verteidigen und die gegenwärtige "Scheindemokratie" grundlegend zu reformieren.

Es kann niemals zu den Aufgaben und Pflichten von gewählten deutschen Abgeordneten gehören, vorsätzlich die nationale Stromversorgung und damit zwangsläufig die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes systematisch zu zerstören. In einer Demokratie muß die Staatsgewalt vom Volk ausgehen und darf niemals von irgendwelchen kriminellen NWO-Organisationen sowie ihren gehorsamen Erfüllungsgehilfen dominiert werden.

Wir müssen unverzüglich zur Vernunft und Wahrheit zurückkehren! Der verdeckte Krieg gegen das eigene Volk, der derzeitige ideologische Wahnsinn sowie der Meinungs- und Gesinnungsterror dürfen nicht mehr ohne Gegenwehr hingenommen werden. Alle staatlich angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen müssen sofort eingestellt und korrigiert werden.

Alle Deutschen haben gemäß Artikel 20 Absatz 4 des deutschen Grundgesetzes "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung (gemäß Artikel 20 Absatz 1 bis 3) zu beseitigen, ... das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".

Die Elektrifizierung zählt nicht umsonst zu den wichtigsten Innovationen des 20. Jahrhunderts, denn ohne Strom kommen die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sowie das private Leben schlagartig zum Stillstand.

Die Energie- und Wasserversorgung gehört in jedem modernen Sozialstaat zu den wesentlichen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Die Haupttätigkeit des Staates ist es, die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen und zu gewährleisten. Ferner gehört es zu den vorrangigen Pflichten der deutschen Regierung, das persönliche Wohl und das Gemeinwohl der Deutschen, die diesen Sozialstaat aufgebaut haben, zu bewahren und zu schützen.

Die staatliche Daseinsvorsorge ist nach Artikel 20 und Artikel 28 des deutschen Grundgesetzes fester und wesentlicher Bestandteil der Sozialstaatlichkeit. Danach müssen u.a. lebenswichtige Güter und Dienstleistungen dem Gemeinwesen diskriminierungsfrei zur Verfügung stehen und eine gewisse Lebensqualität garantiert werden.

### **Jeder Mensch muß sich irgendwann für seine Taten vor Gott verantworten**

Der Apostel Paulus schrieb in seinem 2. Brief an die Korinther 5, 7, 10: >>Der uns aber dazu bereitet hat, das ist Gott, der uns als Unterpfand den Geist gegeben hat.

Denn wir wandeln im Glauben und nicht im Schauen.

Denn wir müssen alle offenbar werden vor dem Richterstuhl Christi, damit jeder seinen Lohn empfangen für das, was er getan hat bei Lebzeiten, es sei gut oder böse.<<

Im gegenwärtigen Kampf um die Neue Weltordnung handelt es sich um die **Fortsetzung des ewigen Kampfes zwischen Gut und Böse**. Dieser große Entscheidungskampf der Christen wird zwangsläufig das Schicksal des deutschen Volkes entscheiden, deshalb darf sich

niemand aus der Verantwortung stehlen.

Da die linkslastige Ampel-Koalition nicht daran denkt, die jahrzehntelange planmäßige Zerstörungsarbeit der fremdbestimmten NWO-Kanzlerin Angela Merkel zu beenden, werden die Deutschen letzten Endes alles verlieren und unsere Heimat Deutschland wird schon bald nicht mehr existieren, wenn wir diese gemeingefährlichen selbsternannten "Gutmenschen" nicht sofort stoppen.

Der Prophet Jesaja schrieb im Kapitel 41, Vers 10: >>Fürchte dich nicht, ich bin mit dir; weiche nicht denn ich bin dein Gott. Ich stärke dich, ich helfe dir auch, ich halte dich durch die rechte Hand meiner Gerechtigkeit.<<

Es geht gegenwärtig um Sein oder Nichtsein und ob nachfolgende Generationen eine lebenswerte Zukunft haben werden oder nicht. In dieser schicksalhaften Zeit darf sich niemand feige zurückhalten, sondern jeder muß sich jetzt persönlich entscheiden, ob er für die Freiheit und Selbstbestimmung kämpfen will oder ob er die Knechtschaft und Entmündigung widerstandslos akzeptiert.

Jeder Angehörige der staatlichen Einrichtungen (Verfassungsschutz, Polizei, Bundeswehr, Feuerwehr, Universitäten, Schulen, Verwaltungen etc), muß sich jetzt persönlich entscheiden, ob er endlich die Freiheitsrechte des Volkes und den Rechtsstaat verteidigt oder ob er sich weiterhin für die Interessen von fremdbestimmten Politikern und gemeingefährlichen NWO-Psychopathen einsetzt.

Jeder Kirchenvertreter, jeder Unternehmer, jeder Beschäftigte von privaten Unternehmen, jeder Feiberufler, jeder Landwirt und jeder Rentner muß sich jetzt persönlich entscheiden, ob er erbitterten Widerstand leistet oder ob er sich widerstandslos in den kollektiven Selbstmord treiben läßt.

Gemäß Grundgesetz Artikel 20 geht in einem demokratischen Staat die oberste Gewalt immer noch vom Volk aus. Wenn die politische Führung ihre Aufgaben und Pflichten nachweislich ignoriert oder mißachtet, sind alle Staatsbürger verpflichtet, ihr natürliches Recht auf Selbsterhaltung persönlich zu verteidigen.

## **Fragen und Antworten**

### **Wieso lehnen viele Bürger die ideologische Energiewende ab?**

Der deutsche Kernenergetiker und Autor Manfred Haferburg berichtete am 28. Oktober 2019 über die Energiewende (x1.021): >>... Die Energiewende ist ein politischer GAU, der Größte Anzunehmende Unsinn der Nachkriegsgeschichte. Und jetzt gießt die deutsche Regierung diesen GAU in Gesetzesform, genannt "Klimapaket". Der Verstoß gegen die Gesetze der Physik und Ökonomie wird in Deutschland Gesetz.

Liebe Politiker, Ihr habt die Energiewende vergurkt. Ihr meint, in einem Anfall von Größenwahn und Inkompetenz gegen die Gesetze der Physik und der Ökonomie verstoßen zu können, ohne dabei erwischt zu werden. Ihr meint, daß man den Wählern nur genug Angst vor einem nahen Weltuntergang eintrommeln muß, dann zahlt der kleine Mann willig seine mühsam verdienten Kröten auf die Konten der Umwelt-Investitionsmillionäre ein, und ein guter Teil des grünen Ablaßhandels bleibt beim Finanzminister hängen. Daher rührt ein Teil Eurer Begeisterung für den Klimaschutz. Der andere Teil ist die Abwesenheit des Verstehens energetischer Zusammenhänge.

Am Anfang sah es auch so aus, als würde es klappen. Die Begeisterung der Medien war groß, die Öffentlichkeit glaubte, es ginge um die Weltrettung durch Deutschland. Doch erst mal mußte eine "Anschubfinanzierung" für die Weltrettung her. Die EEG-Umlage - EEG-Steuer wolltet Ihr es aus Rücksichtnahme auf die Wähler nicht nennen - betrug im Jahr 2000 0,16 Cent. Im Jahr 2018 betrug sie 6,88 Cent. Das ist eine Steigerung von 3.600 Prozent.

Zwischen 2000 und 2019 bezahlten Stromkunden und Steuerzahler 300 Milliarden Euro EEG-Kosten als Anschubfinanzierung. Nun ja, das Geld war ja nicht weg. Es floß im Wesentlichen an die Investoren von Windkraft- und Solaranlagen sowie deren Geschäftspartner. So wurden aus Journalisten, Wissenschaftlern, ja sogar Bauern und ganzen Gemeinden "Geschäftspartner" eines aufstrebenden Umwelt-Industriellen-Komplexes. ...

Inzwischen sind 54 Prozent des Strompreises Steuern und Abgaben. Der größte Gewinner der Energiewende ist der Bundesfinanzminister. Während der Stromverbrauch zwischen 2000 und 2018 nur um fünf Prozent gestiegen ist, haben sich in derselben Zeit die Einnahmen des Staates aus der Strom- und Umsatzsteuer mehr als verdoppelt, auf inzwischen über 13,5 Milliarden Euro pro Jahr. Dann verstehen Sie jetzt auch, lieber Leser, warum die Politiker so parteiübergreifend die Kids von "Fridays for Future" und "Extinction Rebellion" bewundern.

Was hat der Energiewende-GAU denn nun wen gekostet? Schwer zu sagen. Rechnet man die gesamten der "Klimarettung" bekannten Positionen mit Umlagen, Abgaben und Steuern sowie die Kosten des jetzt beschlossenen Ausstiegs von etwa 40 bis 60 Milliarden zusammen, so ergibt sich eine Zahl, die selbst schlimmste Befürchtungen mehr als deutlich übertrifft: Zwanzig Jahre EEG werden bis 2020 rund eine halbe Billion Euro (500.000.000.000 Euro) gekostet haben (das ist eine 5 mit 11 Nullen). Das sind mehr als 6.000 Euro für jeden Bundesbürger, vom Baby bis zum Greis.

Liebe Politiker, Ihr habt es vergurkt und vergeigt

6.000 Euro auch von denen, die mit Zweit- und Drittjobs ihre Familie gerade so über Wasser halten und denen eine Stromabschaltung droht, weil sie die hohen Strompreise nicht mehr bezahlen können. ...

Unsinnige und falsche Politiker-Aussagen zur Energiewende haben in Deutschland eine lange Tradition. Politiker machten große Versprechungen zur Energiewende, von denen keines gehalten wurde. ...

Umweltminister Trittin prophezeite im Jahre 2004, daß die Energiewende eine Familie nicht mehr als eine Kugel Eis im Monat, nämlich einen Euro kosten würde. Heute entsprechen die Mehrkosten rund 42 Kugeln Eis im Monat. 2011 versprach Kanzlerin Angela Merkel den Bürgern, daß die EEG-Umlage nicht über 3,5 Cent/kWh steigen werde. Heute beträgt sie 6,88 Cent - Tendenz weiter steigend.

Wirtschaftsminister Peter Altmaier war der Vater der Strompreisbremse, die im Jahre 2013 eingeführt wurde. Den Strompreis hat sie nicht gebremst, er verdoppelte sich von 14 Cent pro kWh im Jahre 2000 auf 30.5 Cent im Jahr 2019, Tendenz steigend. ...

Die Energiewende ist wirtschaftlich schon lange vollkommen außer Kontrolle. Für das sich immer mehr vergrößernde Chaos büßen nicht die Verursacher, sondern Stromverbraucher und Steuerzahler. Das Ergebnis: Bis zum Jahr 2025 müssen geschätzt rund 520 Milliarden Euro für eine vergurkte Energiewende aufgewendet werden. Eine vierköpfige Familie zahlt somit bis 2025 direkt und indirekt mehr als 25.000 Euro ein. Schon 2013 äußerte der damalige Kanzleramtsminister und Strompreisbremsler Altmaier, die Kosten der Energiewende könnten sich, wenn nichts getan werde, "bis Ende der 30er Jahre dieses Jahrhunderts auf rund eine Billion Euro summieren."

Es wurde nichts getan, jedenfalls nichts Wirksames. Altmaier wurde für seine Aussage verlacht und angegriffen. Umgehend hielten große Magazine und Wochenzeitungen von "Wirtschaftswoche" bis "Zeit" dem treuen Merkel-Vasallen vor, daß er bloß nicht rechnen könne - mit seinem "Billionen-Ding".

"Sie dürfen die Leute nicht mit Horrorzahlen auf die Bäume jagen", verlangte Baden-Württembergs Regierungschef Winfried Kretschmann. Was aber, wenn die "Horrorzahlen" die Realität widerspiegeln? Dürfen die Leute auch mit der Realität nicht auf die Bäume gejagt werden? Die Hauptursache für die Misere sind die immer mehr ausufernden Subventions-

kosten des EEG und die damit einhergehenden steigenden Steuern - auch wenn sie nicht so heißen, sondern sich als Umlagen, Abgaben und Entgelte tarnen.

Die EEG-Umlage betrug im Jahr 2000 0,16 Cent. Im Jahr 2018 betrug sie 6,88 Cent. Das ist eine Steigerung von über 4.000 %. Zwischen 2000 und 2019 zahlten die Stromkunden mehr als 300 Milliarden Euro EEG-Kosten. Dieses Geld floß im Wesentlichen an die Investoren von Windkraft- und Solaranlagen sowie deren Geschäftspartner. Es wurde ein gigantisches Umverteilungssystem vom kleinen Mann zum wohlhabenden Investor geschaffen, die Sprechstundenhilfe bezahlt mit am Solardach ihres Chefs. ...<<

### **Weshalb wird die Energiewende nicht die Rettung des Weltklimas einleiten, sondern lediglich zur vollständigen Deindustrialisierung Deutschlands führen?**

Der nationale Alleingang bzw. die wahnwitzige Idee der deutschen Bundesregierung, im 21. Jahrhundert zur Energietechnik des Mittelalters zurückzukehren, führte statt der angekündigten Rettung des Weltklimas zunächst lediglich zu einer enormen Steigerung der Stromkosten für alle deutschen Verbraucher.

Aufgrund der hohen Strompreise können schon bald nicht wenige private Verbraucher ihre Stromrechnungen nicht mehr zahlen und viele Unternehmer werden ihre Betriebe wegen der hohen Stromkosten in ausländische Standorte verlagern, so daß diese destabilisierende politische Energiewende schließlich den offensichtlich planmäßig angestrebten unaufhaltsamen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Zusammenbruch Deutschlands einleiten wird.

Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird sich dank des "Flutterstroms" aus Windmühlen und Solaranlagen der Industriestandort Deutschland zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickeln.

Der deutsche Kernenergetiker und Autor Manfred Haferburg berichtete am 28. Oktober 2019 über die Rettung des Weltklimas (x1.021): >>... Ihr habt aus den ambitionierten deutschen Vorreitern verpeilte Geisterreiter gemacht, die auf Eurem toten Pferd im Welt-Klima-Ranking hinter Malaysia und Uruguay her humpeln. Ihr habt aus begeisterungsfähigen Jugendlichen hysterische Irrgeleitete gemacht, die einem wirren Okkultismus hinterherlaufen, dessen Heilige ein autistischer Teenager ist. Schon in wenigen Jahren werden dieselben Freitagshüpfer gegen Euch demonstrieren und fragen, wo denn ihre Arbeitsplätze und der Wohlstand geblieben sind. ...

Und was hat es gebracht, das viele ausgegebene Geld? Liebe Politiker, Ihr habt es vergurkt und vergeigt. Es gibt, entgegen Eurer Beschlüsse, keine Million Elektroautos. Und wehe, es gäbe sie - Ihr könntet den Strom zum Laden nicht bereitstellen. Noch an keinem einzigen ganzen Tag haben Eure Windmühlen und Solarpaneele zur normalen Stromversorgung Deutschlands gereicht.

Der CO<sub>2</sub>-Spurengas-Ausstoß ist nicht, wie geplant, gesunken. Wind und Sonne haben zwar keine Rechnung geschickt, aber Ihr, die Windmillionäre und Sonnenbarone sehr wohl. Und ihr stellt gerade verblüfft fest, daß es nicht ohne weiteres funktioniert, aus den beiden wichtigsten Grundlastquellen Kernenergie und fossile Brennstoffe gleichzeitig auszusteigen. ...

Um die mit fossilen Treibstoffen betriebenen 42 Millionen Autos, Transporter und Lkw nach und nach mit E-Antrieb zu ersetzen, bräuchte es beim derzeitigen Tempo des Zukaufs nicht einmal ganz 500 Jahre. Um den Strom für 42 Millionen deutsche Autos kohlefrei zu produzieren, wären zusätzlich 20 neue Gaskraftwerke und 27 Millionen Solaranlagen auf Häusern nötig. ...<<

## **Warum setzt die deutsche Bundesregierung ihre ideologische Energiewende unbeirrt fort?**

Die Online Zeitung "Epoch Times Deutschland" berichtete am 6. Februar 2019: >>Wall Street Journal: Deutsche Öko-Planwirtschaft markiert "dümmste Energiepolitik der Welt"

*Von Reinhard Werner*

In einem Kommentar der gesamten Redaktion wirft das Wall Street Journal der deutschen Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, die "dümmste Energiepolitik der Welt" zu betreiben. Nach dem überstürzten Atomausstieg beseitige man nun auch den einzig verbliebenen zuverlässigen Energieträger.

Es kommt nicht oft vor, daß das "Wall Street Journal" (WSJ) im Namen der gesamten Redaktion einen vernichtenden Kommentar über das Gebaren politischer Entscheidungsträger eines Landes abgibt, das geopolitisch nicht als expliziter Gegner der USA gilt.

Um so bemerkenswerter ist der Kommentar vom 29. Januar 2019 zur Energiepolitik der deutschen Regierung, der in Anbetracht der Empfehlung der sogenannten Kohlekommission, bis 2038 aus dieser Form der Energiegewinnung komplett auszusteigen, von der "dümmsten Energiepolitik der Welt" spricht.

Zwar sei dumme Umweltpolitik in ganz Europa Routine, heißt es zu Beginn unter Hinweis auf die Treibstoffsteuern des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der damit die Proteste der Gelbwesten ausgelöst hatte. Der sich abzeichnende deutsche Verzicht auf Kohle übertreffe jedoch selbst diesen Maßstab noch problemlos.

### **Am eigenen Ast sägen**

Nachdem die Führung in Berlin bereits bis dato unzählige Milliarden Euro für erneuerbare Energien verschwendet und europäischen Haushalten und Unternehmen mit die höchsten Energiepreise auferlegt habe, stelle Deutschland nun auch das Aus für die einzig zuverlässige Energiequelle in Aussicht, die dem Lande noch verblieben sei.

Derzeit werden 40 Prozent des im eigenen Land produzierten Stroms in Deutschland aus Kohle gewonnen, was, wie das WSJ anmerkt, der höchste Anteil im Norden Europas sei. Wenn sich die Regierung darüber beschwere, daß diese die Umwelt über Gebühr belaste, müsse sie sich die Frage stellen, warum sie dann über mehr als Jahrzehnt falsche politische Entscheidungen getroffen habe.

Dazu gehöre, daß Bundeskanzlerin Angela Merkel es durch eine einseitige Subventionierung unzuverlässiger Wind- und Sonnenenergie geschafft habe, für die Versorgungsunternehmen die Produktion von Erdgas attraktiv zu halten. Als sie im Jahr 2011 unter dem Eindruck der Ereignisse in Fukushima auch noch die "Energiewende" übers Knie gebrochen und das vorzeitige Aus für deutsche Atomkraftwerke verkündet hatte, sei das Zurückgreifen auf billigere, aber schmutzige Kohle die logische Vorgehensweise gewesen, um "die Versorgungslücken zu füllen, wenn der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint".

### **Importe aus Polen und Tschechien notwendig**

Das WSJ macht unter Verweis auf Kritiker wie Karen Pittel vom Forschungsinstitut ifo in München darauf aufmerksam, daß Deutschland als Folge des Verzichts auf die Eigenproduktion von Kohle künftig eben solche aus Polen und Tschechien importieren werde. Um die Versorger für die vorzeitige Schließung von Kohlekraftwerken zu entschädigen, würden zusätzliche 40 Milliarden Euro zur Subventionierung erneuerbarer Energien aufgewendet werden müssen, wie auch die Regierungskommission selbst schätze.

Daß sich Merkel deren Ansinnen verschließen werde, davon geht das WSJ nicht aus. Das Blatt hat jedoch noch Hoffnungen hinsichtlich der Einsichtsfähigkeit ihres Amtsnachfolgers:

"Ihre Amtszeit als Kanzlerin wird jedoch lange vor dem Kohlestrom enden. Ihr Nachfolger wird Gelegenheit haben, Frau Merkels grüne Torheiten zu benennen, und Deutschlands ge-

plagte Stromkunden sollten hoffen, daß dies der Fall ist."<<

Der deutsche Kernenergetiker und Autor Manfred Haferburg berichtete im Oktober 2019 über die eigentlichen Ziele der Energiewende (x1.021): >>... Schon heute ist die Energiewende ein absurdes Geldumverteilungssystem von unten nach oben. Der kleine Mann bezahlt die Subventionen, die der wohlhabende Investor einstreicht. Der zur Zeit des Kalten Krieges herrschende "Militär-Industrielle Komplex" überlebte den kalten Krieg nicht. Der "Klima-Industrielle-Komplex" ist ein Wiedergänger des Militär-Industriellen-Komplexes. Es geht um die Umverteilung des Weltvermögens. In den letzten Jahren hat sich eine Klimarettungsindustrie etabliert, die Milliarden wie nichts verschlingt.

Genau wie zu Zeiten des Kalten Krieges lassen einen heute die Summen schwindeln, die Größenwahnsinnige Klimaschutz-Apologeten verbraten wollen. Jährlich 100 Milliarden Dollar sollen allein in die Entwicklungsländer gepumpt werden. Ein paar Größenwahnsinnige fühlen sich wie Gott und wollen das Klima beherrschen. Dabei können sie noch nicht einmal das Wetter von morgen präzise vorhersagen. Und keiner weiß, ob das Klima mitspielt, auch wenn sich die 99-Prozentigen noch so wissenschaftlich geben. ...

Häufig wird von Politikern darauf verwiesen, daß an diesen exorbitanten Belastungen für den kleinen Mann die gierigen Energieriesen schuld sind. Oder wahlweise die böse Industrie, die ja gemeinerweise von den Energiewendekosten befreit wird. Das ist aber nur ein verzweifelter Ruf der Ertappten: "Haltet den Dieb".

In Wahrheit ist es nämlich der Staat, der am meisten von den Stromkosten absahnt. 54 Prozent des Strompreises sind Steuern und Abgaben, wohlgermerkt Abgaben von Geld, das schon einmal bei Einkommen versteuert wurde.

Der Rest des Strompreises: 24 Prozent sind Netzentgelte - die Gier-Konzerne bekommen gerade mal 21 Prozent für Erzeugung und Vertrieb. Die marktfernsten Technologien werden bevorzugt unterstützt In den vergangenen Jahren haben Steuern, Abgaben und Umlagen auf den Strompreis deutlich zugenommen.

Seit 2006 stieg die Abgaben-, Umlagen- und Steuerbelastung für alle Stromkunden um 110 Prozent. Mehr als 30 Milliarden Euro zahlen Verbraucher hierfür im Jahr 2018. Während der Stromverbrauch zwischen 2000 und 2018 nur um fünf Prozent gestiegen ist, haben sich in derselben Zeit die Einnahmen des Staates aus der Strom- und Umsatzsteuer mehr als verdoppelt, auf inzwischen über 13,5 Milliarden Euro.

Der größte Profiteur der Kostensteigerungen für Strom ist somit der Bundesfinanzminister. Die Energiewende ist aus ökonomischer Sicht ein absurdes Geldumverteilungssystem von unten nach oben, in der eine Billion Euro - sauer erarbeitet von Stromkunden und Steuerzahlern - an Investoren umverteilt wird und bei der der Staat hemmungslos abkassiert. ...<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages berichtete am 15. September 2020 in ihrem Antrag - Kernkraft für Umweltschutz, Drucksache 19/22435 über das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz (x1.022/...): >>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest: Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 werden von Lobbyisten der Antiatomszene gerne zu Propagandazwecken mißbraucht. Tatsächlich hat nicht die Reaktorhavarie, sondern Erdbeben und Tsunami das zigtausendfache Leid in Japan ausgelöst, doch in linksgrünen Kreisen instrumentalisiert man diese Opferzahlen noch immer, um die eigene Ideologie den Menschen aufzuzwingen.

In diesen Kreisen preist man die "Erneuerbaren Energien" als Heilsbringer für das erfundene Problem des "menschengemachten Klimawandels" und stellt in Aussicht, daß man durch Windräder und Solarpaneele eine Industrienation am Laufen halten kann. Die großen Probleme der "Erneuerbaren", allen voran ihre hoffnungslose Ineffizienz mit den damit verbundenen enormen Kosten und dem hohen Landschaftsverbrauch sowie ihre Abhängigkeit von der Zufälligkeit des Wetters würde man schon durch geeignete Erfindungen in den Griff bekommen

- geeignete Stromspeicher werde es bald geben.

Die "Erneuerbaren" müßten nur eine geeignete Anschubfinanzierung erhalten, schon würden sie zum "Selbstläufer". Kernenergie sei dagegen "böse", weil angeblich hochgefährlich und umweltschädlich. So wurde auf deren Druck vor 20 Jahren das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geschaffen und fast gleichzeitig der Atomausstieg beschlossen.

Nach 20 Jahren EEG sind die "Erneuerbaren" trotz exorbitanter Subventionen immer noch unbezahlbar. Wind- und Solaranlagen verursachen unter Berücksichtigung der Dauersubventionen Strompreise, die weit über denen von Kernenergie liegen: eine Megawattstunde Offshore-Windstrom und Photovoltaik kostet 100 bis 220 Euro. Dazu kommen die gern ignorierten Folgekosten für die großflächige Zerstörung der Umwelt und für den Rückbau.

Die einst von Umweltminister Trittin versprochene "Kugel Eis pro Monat" kostet heute bereits über 200 Euro. Kernenergie war im Vergleich dazu schon immer spottbillig: die weltweiten gewichteten Durchschnittskosten für eine Megawattstunde Strom aus Kernenergie lagen 2018 bei umgerechnet 60 Euro.

Die günstigsten Stromgestehungskosten liegen bei rund 35 Euro pro Megawattstunde. Und all dies trotz der massiven populistischen Angriffe und Fehlinformationen in den linksgrün dominierten Medien und der dadurch in Europa zunehmenden Projektschwierigkeiten. "Erneuerbare" produzieren nicht den billigsten, sondern den am Ende teuersten Strom.

Mit 10 Kilogramm CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Megawattstunde hat die Kernenergie den niedrigsten CO<sub>2</sub>-Fußabdruck aller Stromerzeugungstechniken, und zwar inklusive Uranförderung und Anreicherung. Die Uranförderung findet dabei ausschließlich in OECD-Staaten wie Kanada nach modernsten technischen Umweltstandards ... statt, ganz im Gegensatz zum ewigen linksgrünen Mythos eines angeblich "menschenrechtsverachtenden Uranbergbaus".

Weder Wind- noch Solarkraftwerke lassen sich in irgendeiner Form dem Bedarf anpassen, wenn es keine Speichertechniken gibt. Doch auch hier ist man in 20 Jahren keinen Schritt weitergekommen. Daher muß der gesamte fossil-nukleare Kraftwerkspark bereitstehen, falls mal eine Dunkelflaute eintritt. Somit konnte bisher kein einziges fossiles oder nukleares Kraftwerk eingespart werden. Nur weil Kernkraftwerke sich so gut und schnell regeln lassen, kam es durch die "Erneuerbaren" noch nicht zum Blackout. ...<<

## **Schlußbemerkungen**

Angesichts der zahlreichen Anträge der AfD-Fraktion, die sogenannte Energiewende drastisch zu reformieren, die bisher alle von der deutschen Bundesregierung abgelehnt wurden, muß man davon ausgehen, daß die Bundesregierung ihre verhängnisvollen Pläne bis zum bitteren Ende konsequent durchziehen wird.

Da die Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht über die lebensgefährlichen Folgen der sogenannten Energiewende informiert ist, muß die Bevölkerung endlich umfassend aufgeklärt werden, bevor es zu spät ist.

Wer seine Augen vor den Naturgesetzen und vor den Tatsachen verschließt, unterstützt stets gefährliche Ideologien und wahnhafte Illusionen. Die Naturgesetze und die Wirklichkeit waren bisher jedoch immer stärker als menschlicher Größenwahn und Menschenverachtung.

Die Menschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt (menschengemachter Klimawandel, geplante Massenmigration, Corona-Plandemie etc.) und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat.

Die Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise, Klimakrise Corona-Krise und die Ukraine-Krise waren anscheinend lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung in Deutschland, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, um Deutschland insgesamt zu liquidieren.

Gerhard Wisnewski berichtete im Februar 2020 in der schweizerischen "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31 (x355/4-8): >>>Hybride Kriegsführung: Wenn in Zeiten des Friedens Kriege toben

Tue Schlechtes und rede darüber. Und wenn du darüber redest, dann schiebe es anderen in die Schuhe: Das ist eine ganz neue Variante des alten Sprichwortes "Tue Gutes und rede darüber". Gemeint ist die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der hybride Krieg gegen Deutschland ...

Die hybride Kriegsführung verfolge "die Erosion von Staatlichkeit durch Instabilität der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie durch De-Legitimation von Regierung und Eliten"

... in Wirklichkeit ist der hybride Krieg real; er ist nicht nur ein versteckter Krieg, sondern auch ein universaler Krieg, der in allen Bereichen eines Staates und einer Gesellschaft tobt - um nicht zu sagen: ein "totaler Krieg". Und geführt wird er nicht zuletzt von niemand Geringerem als der deutschen Bundeskanzlerin selbst. Unter ihrer Regierung gab und gibt es Angriffe auf die Geburtenraten, die Wirtschaft, die Autoindustrie, die Luftfahrtbranche, die Energieversorgung, die Landwirtschaft, die Bildung, die Kultur, die Bundeswehr, das Recht, die freie Meinungsäußerung und nicht zuletzt auf die deutschen Grenzen und damit die Integrität des Staatswesens.

Um einen Feind zu vernichten, zielt der hybride Krieg nun mal auf alles: Fortpflanzung, Finanzen, Währung, Volkswirtschaft, Energieversorgung, Verkehr, Bildung, Verteidigung, Grenzen, Gesundheit - und auf der psychologischen Ebene auf Identität, Nationalbewußtsein und vieles andere mehr. ...

### **Sabotage an Staat und Gesellschaft**

Ein wirklich wirksamer Krieg kann daher auf Bombenteppiche verzichten, um statt dessen zentrale soziologische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Strukturen anzugreifen - zum Beispiel mit Verblödung. ...

Die "Energiewende", die "Verkehrswende", die Elektromobilität (die in Wirklichkeit eine Immobilität ist), der CO2-Wahn und die Masseneinwanderung sind nur einige wenige Bei-

spiele für Angela Merkels maoistische Sabotage an Staat und Gesellschaft. Daß diese katastrophalen Fehlleistungen auf Unvermögen oder Irrtümern beruhen, kann wohl ausgeschlossen werden. ...<<

Die weltweite totalitäre NWO-Zersetzungsstrategie und die hinterlistige Unterwanderung der Nationalstaaten müssen endlich entschlossen bekämpft und beseitigt werden.

Um dieses systematisch geplante epochale Zerstörungswerk durch die fremdbestimmte eigene Regierung doch noch zu verhindern, muß unbedingt sofort Widerstand geleistet werden, denn gemäß Grundgesetz (Artikel 20) geht in einem demokratischen Staat die oberste Gewalt (Souveränität) immer noch vom Volk aus.

Wenn wir dieses satanische Wahnprojekt "Energiewende" zur Rettung des Weltklimas nicht rechtzeitig stoppen können, werden wir letzten Endes alles verlieren und unser Land wird schon bald nicht mehr existieren.

Hier sind keine Wahnsinnigen am Werk, sondern es handelt sich offensichtlich bei der "Energiewende" um eine systematisch geplante Vernichtungsaktion der weltweit vernetzten gemeingefährlichen NWO-Psychopathen und ihrer willigen Marionetten gegen die Deutschen und indirekt auch gegen ihre europäischen Nachbarn in Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden.

Anstatt sich widerstandslos in den kollektiven Selbstmord treiben zu lassen, müssen alle Menschen, die noch einen gesunden Menschenverstand besitzen, endlich erbitterten Widerstand leisten und die totalitäre Klimasekte zum Teufel jagen. Nachfolgende Generationen sollen uns später nicht den Vorwurf machen, daß wir uns feige weggeduckt und keinen Widerstand geleistet hätten.

Erkennt endlich, was die Stunde geschlagen hat, denn die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Basis Deutschlands wurde durch die eigene Regierung bereits derartig destabilisiert, daß sofort gehandelt werden muß. Ohne die Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden.

Als Christen sind wir verpflichtet, zu vergeben, aber wir sind nicht verpflichtet, ideologische Lügen und Halbwahrheiten widerstandslos zu akzeptieren. Seit Jahrtausenden zählt es zu den natürlichen Pflichten der Menschen, künftigen Generationen nach Möglichkeit gute Lebensmöglichkeiten zu hinterlassen, deshalb muß diese unsägliche Energiewende sofort beendet werden.

Es geht gegenwärtig um Sein oder Nichtsein und ob nachfolgende Generationen eine lebenswerte Zukunft haben werden oder nicht. Niemand darf sich jetzt feige zurückhalten, sondern muß aktiv Widerstand leisten, denn was wollen die Überlebenden später ihren Kindern oder Enkelkindern antworten, wenn sie fragen: **Warum habt ihr diesen Wahnsinn widerstandslos hingenommen?**

Wir haben nur noch eine Chance, unsere Heimat vor dem drohenden Untergang zu bewahren, wenn wir gegen die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen und die hinterlistigen Machenschaften der fremdbestimmten Politiker, Öko-Hysteriker und falschen Klimapropheten unverzüglich Widerstand leisten.

Falls unser ein ehemals freiheitsliebendes und gebildetes Volk nicht die Kraft aufbringt, die fremdbestimmten Politiker und gemeingefährlichen NWO-Psychopathen auszuschalten, dann wird das Volk der Deutschen mit absoluter Sicherheit untergehen.

In dieser Endzeit geht es nicht nur um Sein oder Nichtsein, sondern es geht vor allem um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat und die Rückgewinnung un-

serer Freiheit zu tun.

Wenn wir nicht auch noch den letzten Rest unserer geschundenen deutschen Heimat verlieren wollen, dürfen wir nicht länger tatenlos zusehen, wie man den Industriestandort Deutschland zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickelt und damit die zivilisatorische Grundversorgung des Volkes zerstört, sondern wir müssen uns endlich aktiv gegen die angestrebten verbrecherischen Ziele der "Neuen Weltordnung" wehren und erbitterten Widerstand leisten.

Jeder aufrechte deutsche Patriot, der sich mit seinem Volk sowie seinem Heimatland identifiziert und gemäß Artikel 20 (Absatz 4) des deutschen Grundgesetzes Widerstand leistet bzw. seine staatsbürgerliche Pflicht erfüllt, kann seine gesamte Existenz oder sogar sein Leben verlieren, aber dieser Einsatz ist letzten Endes gerechtfertigt, wenn man damit seine Heimat vor dem Untergang bewahren und das Schicksal der ewigen Heimatlosigkeit vermeiden kann.

In diesem Kampf um Sein oder Nichtsein können wir nur siegen, wenn wir uns an den jahrhundertealten Tugenden unserer Vorfahren orientieren, denn ein Volk von Feiglingen und Mitläufern wird sang- und klanglos für alle Zeiten verschwinden.

**Wenn Lügen und Betrug, Angst und Schrecken, Unrecht und Unfreiheit das tägliche Leben bestimmen, wird ziviler Widerstand zur ersten Bürgerpflicht.**

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!  
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,  
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien  
und für unsere Nachkommen bewahren können.  
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk  
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften  
bis zum letzten Atemzug verteidigen,  
denn wir sind es unseren Vorfahren und  
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel  
Geheiligt werde dein Name.  
Dein Reich komme.  
Dein Wille geschehe,  
wie im Himmel, so auf Erden.  
Unser tägliches Brot gib uns heute.  
Und vergib uns unsere Schuld,  
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.  
Und führe uns nicht in Versuchung,  
sondern erlöse uns von dem Bösen.  
Denn dein ist das Reich  
und die Kraft und die Herrlichkeit  
in Ewigkeit.  
Amen.

## GOTT MIT UNS

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.04.2021, letzte Aktualisierung: 27.05.2022.

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Das Sonderheft Nr. 1 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Dieses Sonderheft ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.

Beispiel: (x175/79) = Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert, Seite 79.

x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x351	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Klimawandel</u> . Fakten gegen Hysterie. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 15. Werder (Havel) 2017.
x355	Barmettler, André (Hg.): Die hybride Kriegsführung. ExpressZeitung. Ausgabe 31. Februar 2020. Oberwil/Schweiz.

## **Internet**

x858	<a href="http://horst-koch.de/68er-und-die-kernkraft/">http://horst-koch.de/68er-und-die-kernkraft/</a> - Oktober 2015.
x864	<a href="http://horst-koch.de/erneuerbare-energie-gegen-kernenergie/">http://horst-koch.de/erneuerbare-energie-gegen-kernenergie/</a> - Januar 2016.
x866	<a href="http://horst-koch.de/welche-energietechnik-ist-den-deutschen-erlaubt/">http://horst-koch.de/welche-energietechnik-ist-den-deutschen-erlaubt/</a> - Januar 2016.
x887	<a href="http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html">http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html</a> - Dezember 2016
x1.000	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> – März 2021
x1.002	<a href="https://www.bmu.de/">https://www.bmu.de/</a> (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) – März 2021
x1.010	<a href="https://www.stmichael-online.de/klimaluege1.htm">https://www.stmichael-online.de/klimaluege1.htm</a> – April 2021
x1.014	<a href="https://kenfm.de">https://kenfm.de</a> - Juni 2021
x1.016	<a href="https://afd-fraktion.nrw/2021/06/22/versorgungssicherheit-verbessern-kernkraftwerk-emsland-muss-weiterlaufen-duerfen/">https://afd-fraktion.nrw/2021/06/22/versorgungssicherheit-verbessern-kernkraftwerk-emsland-muss-weiterlaufen-duerfen/</a> - August 2021
x1.018	<a href="https://blackout-news.de/aktuelles/katastrophenschutz-bei-blackout-wird-in-deutschland-komplett-versagen/?">https://blackout-news.de/aktuelles/katastrophenschutz-bei-blackout-wird-in-deutschland-komplett-versagen/?</a> - August 2021
x1.019	<a href="https://dserver.bundestag.de/btd/19/304/1930404.pdf">https://dserver.bundestag.de/btd/19/304/1930404.pdf</a> - September 2021

x1.021	<a href="https://ulrich-von-kusserow.de/images/Beitraege/Arbeitskreise/GBE/Energiewende-_Gau_im_Illusions-Reaktor.pdf">https://ulrich-von-kusserow.de/images/Beitraege/Arbeitskreise/GBE/Energiewende-_Gau_im_Illusions-Reaktor.pdf</a> - September 2021
x1.022	<a href="https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922435.pdf">https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922435.pdf</a> - September 2021
x1.023	<a href="https://www.hallo-meinung.de/die-entzauberung-der-gruenen/">https://www.hallo-meinung.de/die-entzauberung-der-gruenen/</a> - September 2021
x1.024	<a href="https://de.wikipedia.org/wiki/Abklingbecken">https://de.wikipedia.org/wiki/Abklingbecken</a> - September 2021
x1.025	<a href="https://de.wikipedia.org/wiki/Kerntechnischer_Hilfszug">https://de.wikipedia.org/wiki/Kerntechnischer_Hilfszug</a> - September 2021
x1.026	<a href="https://www.planet-wissen.de/technik/energie/elektrizitaet/blackout-deutschland-ohne-strom-100.html">https://www.planet-wissen.de/technik/energie/elektrizitaet/blackout-deutschland-ohne-strom-100.html</a> - September 2021
x1.027	<a href="https://www.energie-lexikon.info/reaktorsicherheit.html">https://www.energie-lexikon.info/reaktorsicherheit.html</a> - September 2021
x1.029	<a href="https://dserver.bundestag.de/btd/20/000/2000032.pdf">https://dserver.bundestag.de/btd/20/000/2000032.pdf</a> - November 2021